



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das erste Kabinett Kreisky –
Aufbruch in eine soziale Zukunft“

Verfasserin

Sabine Verena Wlazny

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
1 Einleitung	9
1.1 Forschungsleitende Fragen und methodischer Zugang	11
1.2 Aufbau der Arbeit	13
2 Theorien	15
2.1 Der Parlamentarismus – Definition	15
2.2 Parlamentarismus in Österreich.....	17
2.2.1 Der Nationalrat	20
2.2.2 Der Bundesrat	25
2.2.3 Die Funktionen des Parlaments	27
2.3 Die Bundesregierung	37
2.3.1 Die Aufgaben der Bundesregierung	40
3 Die SPÖ unter Bruno Kreisky	43
3.1 Die Gallionsfigur Bruno Kreisky	43
3.2 Die 60er – ein schwieriges Jahrzehnt für die SPÖ	54
3.2.1 In der ideologischen Krise	54
3.2.2 Die Habsburg Affäre	55
3.2.3 Die Olah Krise	57
3.2.4 Die Affäre Fußach	59
3.2.5 Die Wahl 1966.....	61
3.3 Die SPÖ unter der Führung von Bruno Kreisky	64
3.3.1 Reformbestrebungen innerhalb der Partei	64
3.3.2 Der 01. Februar 1967 – der neue Vorsitzende Bruno Kreisky	67
4 Die Wahlen 1970	73
4.1 Wahlkampf	73
4.2 Wahlergebnisse.....	77
4.3 Das Scheitern der Regierungsverhandlungen – Bildung der Minderheitsregierung	80
5 Die Regierung Kreisky I	84
5.1 21. April 1970 – Angelobung des neuen Kabinetts.....	84
5.1.1 Eine Frau an der Spitze der Wissenschaft	89
5.1.2 Die „Schatten der Vergangenheit“ über dem Kabinett Kreisky I.....	91
5.2 Regierungsprogramm der SPÖ 1970.....	96
5.3 Regierungserklärung Bruno Kreisky	100
5.4 Die Umsetzung der Reformen im ersten Kabinett.....	106

6 Zusammenfassung	114
7 Anhang.....	118
7.1 Interview BM a.D. Karl Blecha.....	118
7.2 Interview BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek	126
8 Literaturverzeichnis	136
9 Internetquellen.....	140
10 Abstract	146
11 Lebenslauf	147

Abkürzungsverzeichnis

BAWAG	Bank für Arbeit und Wirtschaft
BM	Bundesminister
BM a.D.	Bundesminister außer Dienst
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
DFP	Demokratische Fortschrittliche Partei
EU	Europäische Union
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRITZ	Liste Fritz Dinkhauser
GP	Gesetzgebungsperiode
IAKW-AG	Internationales Amtssitz und Konferenzzentrum Wien AG
IFES	Institut für empirische Sozialforschung
KLS	Kommunisten und Linksozialisten
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KZ	Konzentrationslager
LIF	Liberales Forum
LPÖ	Liberale Partei Österreichs
MLÖ	Marxisten-Leninisten Österreichs
MRF	Liste Adolf Glantschnig - für Menschlichkeit Recht und Freiheit in Österreich
NAPOLA	Nationalpolitische Erziehungsanstalten
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Nationaldemokratische Partei
NÖ	Niederösterreich
NR	Nationalrat
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖAAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OÖ	Oberösterreich
ORFIII	Österreichischer Rundfunk - 3. TV-Kanal des ORF
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
UOG	Universitätsorganisationsgesetz
US	United States
VDU	Verband der Unabhängigen
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VSM	Verband Sozialistischer Mittelschüler
VSSTÖ	Verband Sozialistischer Studenten Österreichs

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Wahlergebnis der Nationalratswahl 1970 in eigener Darstellung..... 78

Abbildung 2: Die Mandatsverteilung auf Grund der beiden Ermittlungsverfahren 1966 und 1970 79

Hinweis im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes¹

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung, wie z.B. Teilnehmer/Innen, verzichtet.

Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

¹ Das Gleichbehandlungsgesetz:
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395>,
17.1.2012

Vorwort

Die „70er Jahre“ – ein Jahrzehnt voll Hoffnung, Modernisierung und positiver Energie. Der Mensch rückte in den Mittelpunkt der Gesellschaft und der Politik. Es wurde zum Jahrzehnt des sozialen Aufschwungs in Österreich und zur Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates. All dies ist bis heute untrennbar mit dem Namen Dr. Bruno Kreisky verbunden, einem Jahrhundertpolitiker, der das Land nachhaltig geprägt hat.

Bruno Kreisky und seine Politik begleiten und faszinieren mich seit vielen Jahren. „Kreisky und sein Team“ verstanden es, durch ihren Zugang zu den Menschen, sie zu politisieren. Betrachtet man nun die Entwicklung der politischen Landschaft in den letzten Jahren, muss man feststellen, dass sich eine immer größere Politikverdrossenheit in der Bevölkerung breit macht, ein Umstand gegen den die Politik aktiv werden sollte und der meine Motivation für diese Arbeit darstellt. Ebenso wie meine Tätigkeit im Pensionistenverband Österreichs, u.a. mit der Generation, die die 70er prägte, der tägliche Kontakt zu den (immer noch) charismatischen Politikern der Ära Kreisky und eine Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Angelobung des ersten Kabinetts Kreisky am 21. April 2010, im Theater Akzent, forcierten den Entschluss, mich mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen.

Es ist mir nun ein großes Bedürfnis, einigen Menschen zu danken, die mich durch mein (doch schon längeres) vergangenes Leben begleitet haben und die zur Entstehung dieser Arbeit und der Absolvierung des Studiums nicht unmaßgeblich beigetragen haben:

Ich möchte an dieser Stelle Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer aufrichtig danken, für all die fachliche Unterstützung, die Motivation, die Begeisterung und auch den Humor, den er in seinen Lehrveranstaltungen und auch in der Betreuung seiner Diplomanden transportiert – er setzt für mich das „Humboldt’sche Bildungsideal“ in die Realität um.

Weiters möchte ich zwei Politikern danken, die die Ära Kreisky mitprägten und von deren Erfahrungsschatz ich für die Arbeit erheblich profitieren konnte: Bundesminister a.D. Karl Blecha, für die aufgewendete Zeit, Geduld und den Erfahrungsschatz, an dem ich teilhaben konnte. Bundesministerin a. D. Dr. Hilde Hawlicek für interessante, kurzweilige Erzählungen und Einblicke (auch hinter die Kulissen von damals) und für

die Zurverfügungstellung wertvoller Literatur. Danke auch an Mag.^a Maria Steiner vom Kreisky Archiv für ihre Unterstützung bei den Recherchen und die Aufmunterung zum „Mut zur Lücke“.

Mein großer Dank gilt auch Bundesratsvizepräsident a.D. Reinhard Todt, meinem beruflichen Mentor, ohne dessen Förderung, Verständnis, Entgegenkommen und gelegentliche Herausforderung meines Ehrgeizes, die letzten Studienjahre nicht so produktiv gewesen wären. Ebenso gilt hier mein Dank all meinen Kolleginnen und Kollegen im PVÖ, die mich stets ermutigt, unterstützt und vertreten haben.

Meinem, von mir sehr geschätzten Studienkollegen Mag. Moritz Moser, einen besonderer Dank dafür, dass er sich dazu bereit erklärte, als Lektor zur Entstehung dieser Arbeit beizutragen und für viele, ob der Eloquenz des Herrn Kollegen, vergnügliche gemeinsame Seminar- und Vorlesungsbesuche. Danke auch an meine Mitstreiterinnen Andrea Schenk und Karin Arneitz, für die gemeinsamen Erlebnisse im Unileben und auf viele noch kommende.

Nicht vergessen möchte ich meinen privaten Rückhalt. Spezieller Dank gilt hier Gabi Slany und den tollsten Freundinnen und Freunden die man nur haben kann, für Euer Verständnis, Eure Aufmunterung und Euer für mich Dasein!

Unter dem Motto „Das Wichtigste zuletzt“, möchte ich nun den drei wichtigsten Menschen in meinem Leben aus tiefsten Herzen danken: Meinen Eltern für die bedingungslose Liebe, die maßlose Unterstützung, Eure konstruktive Kritik, die Motivation trotz gelegentlicher Rückschläge nicht aufzugeben. Euer Vorbild, etwas im Leben zu erreichen, kurz für das, was ihr aus mir gemacht habt. Aber auch für Eure nächtelangen Lektoren-Tätigkeiten während des gesamten Studiums – ihr werdet das sicher vermissen. Schließlich dem Mann an meiner Seite, Peter Pallan, für seine Liebe, Unterstützung und Zuneigung, der meine Launen während des Studiums und der Entstehung dieser Arbeit geduldig hingenommen hat, dem besten nächtlichen Kaffeekocher der Welt, wenn Seminararbeitsabgaben anstanden,... – ohne Euch wäre dies hier nicht möglich gewesen.

Sabine Wlazny

Wien, Jänner 2012

1 Einleitung

Die Aufbruchsstimmung der späten 60er und beginnenden 70er Jahre gipfelte im Vormarsch der sozialdemokratischen Politik in vielen westeuropäischen Ländern. In Österreich steht diese politische Entwicklung untrennbar mit einem Namen in Verbindung: Dr. Bruno Kreisky.

Der charismatische Politiker bestimmte die Geschehnisse der österreichischen Bundespolitik in verschiedenen Ämtern, aber seine wohl prägendste Funktion ist die des am längsten amtierenden Bundeskanzlers der Zweiten Republik. Er bestritt vier Legislaturperioden – von der XII. bis zur XV. – in den Jahren 1970 bis 1983, bis er sich, krankheitsbedingt und nach Verlust der absoluten Mehrheit, aus der Politik zurückzog.

Dreizehn Jahre, die die Politik Österreichs maßgeblich bestimmen und verändern sollten. Das sogenannte „Kreisky-Prinzip“, welches in den Mittelpunkt der Politik den Menschen stellt, dominierte die österreichische Innen- und auch Außenpolitik. Mit dem Programm „Für ein modernes Österreich“ schaffte die SPÖ unter dem Parteiboss Kreisky eine Weichenstellung für einen sozialen Aufschwung, der beispielgebend für viele Länder war. Viele Maßnahmen und politische Entscheidungen waren umstritten, sind es heute noch und führten zu Protesten und Widerstand in der Bevölkerung – Kreisky war und ist ein Mensch der polarisiert.

Seine außenpolitischen Bestrebungen brachten Österreich internationale Beachtung ein. Die Staatsvertragsverhandlungen in den 50er Jahren in Moskau, seine Bestrebungen diese zu einem gesicherteren Abschluss zu bringen und die Neutralität Österreichs bis zum erfolgreichen Ende durchzusetzen. Der umstrittene Bau der UNO-City und des Konferenzzentrums in Wien und somit Ansiedelung einer der wohl bedeutendsten Organisationen der internationalen Politik – der United Nations Organisation (UNO) – rückte die Bundeshauptstadt in den internationalen Focus. Kreiskys aktive Nahostpolitik und sein Bestreben eine friedliche Lösung zu finden, brauchen hier nicht näher erwähnt zu werden.

Doch Kreisky war auch ein brillianter Innenpolitiker, der auf sein Gegenüber offen zuging, egal, welcher Fraktion es angehörte. Das war auch das Erfolgsrezept seines

„Programms der 1400 Experten für ein modernes Österreich“ zu deren Erarbeitung er auch die konservativen Kreise des Landes einlud. Er holte sich somit den Erfahrungsschatz und die Sichtweise des Gegners in Form der Experten des ÖAABs und der Mitarbeiter in den diversen Ministerien und gab ihnen das Gefühl mitentscheiden zu können.

Die Meinung anderer war Bruno Kreisky grundsätzlich wichtig – ein Detail, das in Österreich wohl jeder wusste: Der Bundeskanzler war für jedermann telefonisch erreichbar. Ein Umstand, der so manchen Besucher in Kreiskys Haus in der Armbruster Gasse im 19. Wiener Gemeindebezirk länger warten ließ, während ein besorgter Bürger dem Kanzler am Telefon sein Leid klagen konnte. Aber genau das war es, was Kreisky bei der Bevölkerung beliebt machte. Er gab seinen Wählerinnen und Wählern und auch denen, die ihn nicht gewählt hatten, das Gefühl sich um ihre Belange zu kümmern und sie ernst zu nehmen.

Seinen Gegnern begegnete er mit Respekt, aber immer mit einem Quäntchen Arroganz und Scharfzüngigkeit, das ihn auch zu einem gefürchteten Rhetoriker machte. Kreisky war auch ein geschickter Taktiker und Machtpolitiker, der genau wusste, wie er seine Ziele erreichen konnte und darauf zusteuerte. Das beste Beispiel in Bezug auf diese Arbeit ist wohl die Auflösung der Regierung Kreisky I, um zum bestmöglichen Zeitpunkt, gegen den Widerstand der ÖVP, um eine vorgezogene Nationalratswahl 1971 zu erzwingen. Eine Nationalratswahl, die ihm und der SPÖ die absolute Mehrheit für mehrere Jahre bringen sollte.

1.1 Forschungsleitende Fragen und methodischer Zugang

Diese Arbeit beschäftigt sich einleitend mit der politischen Entwicklung der Sozialistischen Partei Österreichs² vom Ende der 60er Jahre bis zur Bildung des ersten Kabinetts Kreisky 1970 und der Umsetzung sozialdemokratischer Politik während der ersten Minderheitsregierung der Zweiten Republik.

Die Hauptforschungsfrage ist:

- Wie setzte die Sozialistische Partei Österreichs, nach ihren internen Reformen in den späten 60er Jahren, sozialistische Regierungspolitik im Rahmen einer Minderheitsregierung um?

Als Unterfragen wurden herangezogen:

- Wer war Bruno Kreisky?
- Welche Probleme beschäftigte die Sozialistische Partei in den sechziger Jahren?
- Wie wurde Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden?
- Welche Reformbestrebungen verhalfen der SPÖ zur relativen Mehrheit?
- Welche Mitstreiter hatte Kanzler Kreisky im Kabinett I?
- Welche Programminhalte sollten in der Legislaturperiode XII. umgesetzt werden?
- Waren Kreisky und sein Team in der Umsetzung erfolgreich?
- War die Minderheitsregierung wirklich ein Aufbruch in eine sozialere Zukunft?

Zur Behandlung des Themas wurde ein qualitativer Forschungszugang gewählt, da dieser flexibler und freier gestaltet werden kann und für das vorliegende Thema besser geeignet erscheint.

Im ersten Schritt erfolgte eine umfassende Literaturrecherche zum Abgrenzen des Forschungsinhalts und der Schwerpunktsetzung, die während des gesamten Forschungsprozesses spezifizierter weitergeführt wurde. Sie diente als Hauptforschungsinstrument zur Erstellung dieser Arbeit.

² Seit 1991 „Sozialdemokratische Partei Österreichs“.

Nachdem eine erste Eingrenzung des Themas erfolgt war, ging die Überlegung in Richtung qualitative Experteninterviews. Wer würden die richtigen Ansprechpartner für die zu untersuchende Zeitspanne sein?

Hier bot sich Kreiskys langjähriger Weggefährte, Bundesminister a.D. Karl Blecha an, der seit 1952 einer von Kreiskys engsten Mitarbeitern war. Er war maßgeblich an der Planung des „*Programms der 1400 Experten für ein modernes Österreich*“ beteiligt und begleitete den Bundeskanzler in der zu untersuchenden Zeit auch als einer von Österreichs ersten Meinungsforschern, im Rahmen seiner Tätigkeiten im IFES (Institut für empirische Sozialforschung). Die Terminvereinbarung erfolgte über sein Sekretariat und war für Mitte Dezember 2011 geplant, um bereits mit der Materie vertraut, das Interview zu gestalten.

Als Expertin für das Thema Wissenschaft und speziell für die erste sozialdemokratische Ministerin DDr. Hertha Firnberg, wurde Bundesministerin a.D. Dr. Hilde Hawlicek kontaktiert, die die als ehemalige Unterrichtsministerin das Bildungsprogramm der SPÖ mitprägte und auch die „Grande Dame“ der österreichischen Politik durch ihre gemeinsame Arbeit in den Parlaments- und Parteigremien gut kannte. Dr. Hawlicek wurde persönlich telefonisch kontaktiert und erklärte sich gerne bereit Ende November 2011 ein Interview zu geben. Beide Interviews fanden in den Büroräumlichkeiten des Pensionistenverbandes Österreichs im 18. Wiener Gemeindebezirk statt. BM a.D. Karl Blecha ist Präsident des PVÖ und BM a.D. Dr. Hawlicek ist Vizepräsidentin der größten österreichischen Seniorenvertretung.

Die Interviews fanden in Form eines Leitfadeninterviews³ statt, wobei keine standardisierten Fragen verwendet wurden, da die beiden Experten unterschiedliche Themengebiete abdecken sollten – daher auch eine unterschiedliche Fragestellung. Teilweise bekam die Fragebeantwortung narrativen Charakter, was ob der Informationsflut und –tiefe durchaus erwünscht war.

Weiters wurden Recherchetätigkeiten in der Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Rechte Wienzeile 97, im fünften Wiener Gemeindebezirk durchgeführt. Nach telefonischer Vorankündigung und Abklärung des Forschungsgegenstandes mit Mag.^a Maria Steiner,

³ Vgl. Jochen Gläser/ Grit Laudel (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrument rekonstruierender Untersuchungen. VS Verlag. S. 116.

erfolgten drei Besuche mit erfolgreicher Forschungstätigkeit in den Archivboxen den zu untersuchenden Zeitraum betreffend. Dabei wurden interessante Hintergrunddokumente zur Regierungsbildung 1970 gesichtet, die unter anderem persönliche Bemerkungen Bruno Kreiskys zu den Regierungsmitgliedern seines ersten Kabinetts enthalten, Hintergrundinformationen zu den Koalitionsverhandlungen sowohl 1966 als auch 1970, sowie bürointerne Bemerkungen zur Erstellung vom Regierungsprogramm 1970. Als besondere Rarität ist der Schriftverkehr zwischen der „World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims“ in Israel und dem Büro des Kanzlers Bruno Kreisky, die NS-Vergangenheit einzelner Regierungsmitglieder betreffend, zu werten.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist chronologisch aufgebaut. Vorab beschäftigt sich Kapitel zwei mit der Theoriefrage „Was ist Parlamentarismus“. Als Theoriegebiet wurde gerade dieser Bereich gewählt, da das Thema „Das erste Kabinett Kreisky – Aufbruch in eine soziale Zukunft“ Bildung und Arbeit der Regierung Kreisky beschreibt, die untrennbar mit Demokratie und Parlamentarismus verbunden ist. Daher ist es fundamental die Kompetenzen und Aufgaben der parlamentarischen Institutionen Nationalrat und Bundesrat zu kennen. Ebenso wird auf die Aufgaben einer Bundesregierung in Kapitel zwei eingegangen.

In Kapitel drei erfolgt ein Einblick in das Leben von Bruno Kreisky, seine Kindheit, seine Jugend mit ersten Repressalien aufgrund seiner politischen Überzeugung, das Leben im Exil, Rückkehr nach Österreich, seine Bedeutung im Rahmen der Verhandlungen des Staatsvertrags bis hin zu seinem Werdegang in der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ). Der biographische Teil endet mit den sechziger Jahren, als Kreiskys Leben immer stärker mit den Geschicken der Partei verknüpft wurden. Kapitel drei Punkt zwei erläutert dann die Krisen, die die SPÖ in den sechziger Jahren erschütterte – die ideologische Verlorenheit, die Habsburg Affäre, die Olah Krise, die der Partei massiven Schaden zufügen sollte. Die Affäre Fussach, ein föderalistischer Gau und schließlich die Wahl 1966, die die SPÖ in die Opposition bringen sollte. Drei Punkt drei schildert dann den systematischen Weg aus der Krise – die Wahl Kreiskys als Parteivorsitzenden und seine Reformbestrebungen.

Kapitel vier wendet sich nun den Nationalratswahlen 1970 zu. Der Wahlkampf, die phänomenalen Ergebnisse und schließlich die kontroversiellen Koalitionsgespräche mit

der ÖVP, in die Bruno Kreisky bereits mit dem Gedanken an eine Minderheitsregierung ging.

Das fünfte Kapitel beschreibt das Kabinett Kreisky I. Um Politik zu verstehen, ist es auch wichtig, die Menschen zu kennen, die sie machten. Die Unterkapitel fünf eins eins und fünf Punkt eins zwei geben auch einen Einblick in eine sehr erfreuliche Entwicklung – die erste sozialistische Ministerin, DDr. Hertha Firnberg und ein dunkles Kapitel dieser Regierungsmannschaft – die „Schatten der Vergangenheit“ einzelner Regierungsmitglieder. Unterkapitel fünf Punkt zwei erläutert die Schwerpunkte des Regierungsprogrammes der Minderheitsregierung. Das folgende Unterkapitel gibt dann einen Einblick in die Regierungserklärung des gerade ins Amt berufenen Kanzlers Kreisky. Schließlich endet Unterkapitel fünf Punkt vier mit einer Übersicht, was tatsächlich in den 562 Tagen des ersten Kabinetts Kreisky vom geplanten Regierungsprogramm umgesetzt wurde.

Kapitel sechs gibt schließlich eine Zusammenfassung des Themas und Resümee der Forschungsfragen wieder.

In Kapitel sieben finden sich als Anhang die beiden ausführlichen Interviews mit den ehemaligen Bundesministern Karl Blecha und Dr. Hilde Hawlicek.

Kapitel acht und neun beinhalten die Quellen – sowohl die literarischen als auch die Quellen aus dem Internet.

Nach dem Abstract in Kapitel zehn findet sich in Kapitel elf schließlich der Lebenslauf der Verfasserin.

2 Theorien

2.1 Der Parlamentarismus – Definition

Seit Beginn des letzten Jahrhunderts ist „Parlamentarische Demokratie“ in den meisten westeuropäischen Ländern die gängigste Regierungsform. Der Begriff des Parlamentarismus an sich, ist mannigfaltig genug, um Bücher damit füllen zu können. In welchem Bezug stehen aber Demokratie und Parlamentarismus zum Thema dieser Arbeit? Entwickelte der Parlamentarismus unter der Minderheitsregierung Kreisky eventuell eine neue Dimension? Dieses Kapitel soll als kurze Einführung in die Begriffsdefinitionen des Parlamentarismus dienen. Weiterführend beschäftigt es sich mit seinen Grundzügen in der österreichischen Ausprägung, in Form des Zweikammersystems (National- und Bundesrat)⁴. Es wird auch kurz auf die Kreation von Gesetzen im Gefüge des parlamentarischen Procedere eingegangen. Schließlich wird die Betrachtung mit den Funktionen abgerundet, die das Parlament im österreichischen Staatgefüge ausübt.

Der Begriff „Parlament“, leitet sich aus dem Altfranzösischen „parlement“ ab. Dies kommt von „*parler = sprechen, sich unterhalten*“⁵ und bedeutet so viel wie „Versammlung“ oder „Unterredung“. Im 12. Jahrhundert wurde dieser Begriff in Frankreich für die Reichsversammlung der fränkischen Könige gebraucht, später für die obersten Gerichtshöfe in Paris. Auf dem englischen Kontinent wurde bereits im 13. Jahrhundert eine Unterredung des englischen Königs mit seinen Beratern und den Vertretern der Stände als „*king in parliament*“ bezeichnet – eine Titulierung die dem heutigen Parlamentsverständnis schon sehr nahe kommt.⁶

„Die englischen „Parliaments“ waren bis 1688/89 im wesentlichen zeitlich befristetere Ereignisse – ähnlich den Ständeversammlungen auf dem Kontinent, aber schon früh als Zwei-Kammern-System (House of Lords, House of Commons) organisiert...“⁷

⁴ Karl Ucakar/ Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas. S. 105.

⁵ Stefan Marschall (2005): Parlamentarismus. Eine Einführung. Studienkurs Politikwissenschaft. S. 24.

⁶ Vgl. Ebenda, S. 24.

⁷ Hannes Wimmer (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Böhlau. S. 439.

Die heutige Begriffsdefinition des Parlamentarismus lässt sich in Westeuropa, geschichtlich gesehen, hauptsächlich auf die bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts – Frankreich 1789, Deutschland und Österreich 1848 – rückführen, die erste Ansätze von parlamentarischer Demokratie in sich bargen. Der Parlamentarismus, als einer der wichtigsten Pfeiler der Demokratie, konnte sich allerdings erst Ende des 19. Jahrhunderts bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts durchsetzen.⁸

„Die Parlamentarisierungen des 19. und beginnenden 20. Jh. haben gemeinsame Ursprünge in der sozialen und ökonom. Emanzipation des Bürgertums, die zur polit. Emanzipation von feudalen und spätabsolutistischen Zwängen drängte.“⁹

Eine klassische Definition stammt vom „Vater“ der österreichischen Bundesverfassung von 1920, Hans Kelsen, der in seinem Lehrbuch der Staatswissenschaft *„Vom Wesen und Wert der Demokratie“* den Parlamentarismus als

„Bildung des maßgeblichen staatlichen Willens durch ein vom Volke auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, also demokratisch, gewähltes Kollegialorgan nach dem Mehrheitsprinzip“¹⁰

definiert. Kelsen sieht die Verwirklichung der Demokratie alleine im Parlamentarismus gegeben, räumt aber sehr wohl ein, dass der dadurch formulierte Staatswille nicht immer dem Willen des repräsentierten Volkes entsprechen muss.¹¹

Karl Ucakar und Stefan Gschiegl greifen im Standardwerk für Politikwissenschaftler *„Das politische System Österreichs und die EU“*, auf diese klassische Definition zurück und bilden diesen durch die Gleichstellung des Parlamentarismus mit der repräsentativen Demokratie neu ab:

⁸ Vgl. Dieter Nohlen/ Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), (2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2 N - Z: Theorien, Methoden, Begriffe. Beck, S. 624 f.

⁹ Ebenda, S. 625.

¹⁰ Hans Kelsen (1929): Vom Wesen und Wert der Demokratie. S. 28.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 27 f.

„Parlamentarismus und repräsentative Demokratie können in letzter Konsequenz als synonym zu verwendende Begrifflichkeiten verstanden werden. Politische Akteure werden durch den Kurationsakt der Wahlen autorisiert und legitimiert, für das von ihnen repräsentierte Wahlvolk in verbindlicher Weise zu handeln. Es geht dabei nicht unbedingt um die Rekonstruktion des Volkswillens, sondern vielmehr um die Schaffung eines solchen durch die Repräsentation selbst. Können sich die Repräsentierten nicht mit dem Handeln der Repräsentanten identifizieren, so steht es den Erstgenannten frei, bei der nächsten Wahl andere Stellvertreter für sich auszuwählen.“¹²

Das Volk wählt in Österreich durch die Nationalratswahlen die Partei, die seine Interessen am besten repräsentiert ins Parlament, um so indirekt auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen zu können. Missfallen dem Wähler im Laufe der Legislaturperiode die Arbeitsweise und die Ergebnisse seiner Repräsentanten, hat er die Möglichkeit bei der nächsten Nationalratswahl dies durch eine andere Entscheidung zu korrigieren.¹³

2.2 Parlamentarismus in Österreich

In Österreich findet Parlamentarismus sowohl auf Bundes- und Landesebene statt. Art. 1 B-VG besagt: *„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“*¹⁴ Die Grundlage der indirekten Vertretung des Volkswillens auf Bundesebene findet sich dann ebenfalls in der Bundesverfassung in den Art. 24 ff.

Das in Österreich auf Bundesebene verwirklichte Zweikammersystem, die Gliederung der Gesetzgebung in Nationalrat und Bundesrat, und die Kompetenzen der jeweiligen Kammern, sind im zweiten Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes „Gesetzgebung des Bundes“, in Art. 24 bis Art. 59b geregelt.¹⁵ Interessant ist hier auch anzuführen, *„dass der umgangssprachlich doch recht häufig verwendete Terminus Parlament keinerlei gesetzliche Deckung in den verfassungsrechtlichen Normen findet.“*¹⁶ Das B-VG kennt zwar sowohl die Parlamentsdirektion, als auch die

¹² Karl Ucakar /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas, S. 105.

¹³ Vgl. ebenda, S. 105.

¹⁴ Bundes-Verfassungsgesetz, Art. 1, Demokratisches Prinzip BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

¹⁵ Vgl. Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

¹⁶ Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas, S. 105.

parlamentarischen Klubs und das Europäische Parlament. Allerdings wird die Bundesgesetzgebung nie ausdrücklich als Parlament bezeichnet.

Wie bereits erwähnt, fußt der Parlamentarismus in Österreich auf der bürgerlichen Revolution von 1848, konnte sich aber damals noch nicht erfolgreich durchsetzen. Kaiser Franz-Joseph lehnte den Parlamentarismus kategorisch ab. Er betrat zwar das Parlamentsgebäude am Ring, welches in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn die Heimat des Reichsrats, das Parlament ab 1861, war, zu dessen Firstfeier, hat den Reichsrat aber nie offiziell eröffnet.¹⁷ Erst mit Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1918 für Männer und Frauen konnte der Parlamentarismus wirklich Fuß fassen.¹⁸

„Der Übergang von der Monarchie zur Republik war ein parlamentarischer: Die in der provisorischen Nationalversammlung zusammengeschlossenen Abgeordneten der deutschsprachigen Reichsratswahlbezirke hatten die Republik proklamiert und ihr eine vorläufige Verfassung gegeben. Die endgültige – den Grundzügen nach bis heute geltende – gab ihr die Konstituierende Nationalversammlung, welche am 1.10.1920 das Bundes-Verfassungsgesetz verabschiedete. Unter dem Eindruck der Erfahrungen aus der Zeit der Monarchie, als die politisch dem Monarchen verantwortliche Regierung häufig mittels Verordnungen am Parlament vorbei oder gar mittels Notverordnungen ohne Parlament regiert hatte, wurden nunmehr durch das Legalitätsprinzip des Art. 18 Abs.1 B-VG die Organe der Vollziehung strikt an gesetzliche Aufträge gebunden; ...“¹⁹

In der ersten Republik erfreute sich der Parlamentarismus in Österreich ebenfalls keiner großen Beständigkeit. Er diente in erster Linie den politischen Lagern als Mittel zum Machterwerb, was 1933 schließlich in der, von Engelbert Dollfuß bezeichneten „Selbstausschaltung des Nationalrates“²⁰ gipfelte. Am 4. März 1933

¹⁷ Vgl. Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 34.

¹⁸ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 139.

¹⁹ Vgl. Ebenda, S. 139 f.

²⁰ Peter Gerlich (2001): Das Parlament in der Zweiten Republik. In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.) (2001): Parlamentarismus in Österreich. S. 170.

hinderte die Exekutive auf Geheiß der Regierung, die Abgeordneten des Nationalrates, nach einer Geschäftsordnungskrise, sich erneut zu versammeln. Unter Berufung auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917, riss die Regierung Dollfuß, nach dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten, eigenmächtig die Gesetzgebung an sich und schaltete somit das Parlament und in der Folge auch den Verfassungsgerichtshof aus.²¹

Der Parlamentarismus in der Zweiten Republik, ab 1945, lässt sich laut Günther Schefbeck in drei Entwicklungsphasen unterteilen:

1. *„Die Phase der Konzentrationsregierung bzw. der „alten“ großen Koalition (1945 – 1966)*
2. *Die Phase der Alleinregierungen (1966 – 1983) und*
3. *Die Phase wechselnder Koalitionsregierungen (seit 1983)“²²*

Peter Gerlich bezeichnet die erste Periode als „Legitimationsparlamentarismus“ (1945 bis 1966), er stellt hier den Proporzgedanken in den Mittelpunkt des parlamentarischen Werkens. Die zweite Phase des österreichischen Nachkriegsparlamentarismus nennt er „Kontrollparlamentarismus“ (1966 bis 1986 – hier differiert er von Günther Schefbeck), mit jeweils starken oppositionellen Kräften. Die bis heute andauernde Periode seit 1986 bezeichnet Gerlich schließlich als „Arbeitsparlamentarismus“²³.

Seit 1986 kam es zu einer Vermehrung der im Nationalrat vertretenen Parteien, was nicht nur zu einer Strukturveränderung im Parlament führte – sondern auch zu einer besseren Arbeit in den Ausschüssen, es wurden mehr parlamentarische Mitarbeiter benötigt, eine bessere Infrastruktur geschaffen und vor allem der Frauenanteil im Bereich der Mandatare erhöhte sich.²⁴ Die derzeit im Parlament vertretenen Parteien sind die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die Österreichische

²¹ Vgl. Stenographisches Protokoll der 125. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich vom 4. März 1933: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0006&page=3756&size=45>, 28.12.2011.

²² Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs[Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 140.

²³ Vgl. Peter Gerlich (2001): Das Parlament in der Zweiten Republik. In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.) (2001): Parlamentarismus in Österreich. S. 170.

²⁴ Vgl. Ebenda, S. 174.

Volkspartei (ÖVP), die Grünen, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Außerdem waren in der Zeit von 1945 bis 1959 die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und von 1993 bis 1999 das Liberale Forum (LIF) ebenfalls im Parlament vertreten.²⁵ All dies ermöglichte „auch Veränderungen und Intensivierungen der parlamentarischen Tätigkeiten, des Aktivitätsniveaus und der Funktionserfüllung.“²⁶

Was sind nun die wichtigsten Aufgaben der österreichischen Bundesgesetzgebung? Schaut man auf die Homepage des Österreichischen Parlaments wird hier, für jedermann verständlich erklärt, dass die zwei wichtigsten Aufgaben des Hauses die Prüfung und Beschlussfassung der Bundesgesetze sind. Die eigentliche Hauptaufgabe des Parlaments ist allerdings die Kontrolle der Bundesregierung. Da ja der absolute Großteil der Gesetzesbeschlüsse Regierungsvorlagen sind, die unverändert angenommen werden, findet die eigentliche Gesetzgebung im Ministerrat statt. Das Parlament gewinnt eigentlich nur dann Einfluss auf diese, wenn die Regierung im Nationalrat keine Mehrheit (mehr) besitzt bzw. die Koalition zerbrochen ist (siehe auch „Abschaffung“ der Studiengebühren etc. nach dem Ende der letzten Bundesregierung).²⁷ Als Teil dieser Kontrolle können auch der Rechnungshof und die Volksanwaltschaft, beides Organe des Nationalrates und der Landtage, aufgefasst werden. Daher müssen sich die Mitglieder der Bundesregierung – Bundeskanzler und Minister – In regelmäßigen Abständen vor den parlamentarischen Gremien für ihre Arbeit verantworten.²⁸

2.2.1 Der Nationalrat

Spricht man vom Parlament, ist im Allgemeinen der Nationalrat gemeint. Dieser wird alle fünf Jahre neu gewählt.²⁹ Art. 26 Abs. 1 B-VG besagt dahingehend:

²⁵ Vgl. Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 60.

²⁶ Peter Gerlich (2001): Das Parlament in der Zweiten Republik. In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.) (2001): Parlamentarismus in Österreich. S. 174.

²⁷ Abschaffung der Studiengebühren durch den Nationalrat:

http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2008/PK0771/, 28.12.2011

²⁸ Vgl. Die Aufgaben des Parlaments:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/PARL/WAS/AUFGABEN/index.shtml>, 28.12.2011.

²⁹ Im Rahmen der 24. Nationalratswahl am 28. September 2008 wurde eine Wahlrechtsreform vollzogen – die Länge der Legislaturperiode änderte sich von vormals vier Jahre auf fünf Jahre und es war auch erstmals möglich bereits im Alter von 16 Jahren zu wählen.

„Der Nationalrat wird vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechtes der Männer und Frauen, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.“³⁰

Die seit 2008 fünfjährige Legislaturperiode kann durch drei Ereignisse verkürzt werden: Die Auflösung des Nationalrates durch ein Bundesgesetz, die Bundesregierung schlägt dem Bundespräsidenten vor, den Nationalrat aufzulösen oder dieser gilt automatisch als aufgelöst nachdem ein Absetzungsversuch des Bundespräsidenten in einer Volksabstimmung gescheitert ist³¹. Alle drei Szenarien ziehen Neuwahlen nach sich.³² Das Nationalratsplenum setzt sich aus 183 Mandataren³³ verschiedener Parteien zusammen.³⁴ Die Mandatsverteilung hängt vom Ergebnis der Nationalratswahl ab und wird aufgrund eines dreistufigen Ermittlungsverfahrens bestimmt. In den Regional- und Landeswahlkreisen wird hierzu das Verfahren nach Hare, für die dritte und letzte Ermittlung auf Bundesebene schließlich das Höchstzahlenverfahren nach D'Hondt, angewendet.³⁵

Die 183 Abgeordneten zum Nationalrat haben jeweils ein sogenanntes „Mandat“ inne. Mandataren einer Partei sind in sogenannten „parlamentarischen Klubs“ organisiert.

„Die Parlamentsklubs bilden auch die wichtigste Plattform, auf welcher die der gleichen politischen Partei angehörenden Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates sowie nunmehr auch des Europäischen Parlaments miteinander verbunden sind.“³⁶

Zur Gründung eines Parlamentsklubs benötigt man fünf Abgeordnete. Interessant ist hier die Tatsache, dass auch Abgeordnete unterschiedlicher Parteien sich zu einem Klub

³⁰ Bundes-Verfassungsgesetz Art. 26 Abs. 1 B-VG BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

³¹ Bundes-Verfassungsgesetz Art. 60 Abs. 6 B-VG BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

³² Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 106.

³³ Mit der Änderung des Wahlrechtes, in der ersten Regierung Kreisky 1970/71, erhöhte sich auch die Mandatszahl von den seit 1945 gültigen 165 auf die bereits 1920 gültigen 183 Mandate.

³⁴ Wahlergebnisse 1919 – 2001 (2001). In: Ernst Bruckmüller (Hrsg.) (2001): Parlamentarismus in Österreich. S. 186 – 208.

³⁵ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 89.

³⁶ Günther Schebeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 149.

zusammenschließen könnten, dies bedarf allerdings der Zustimmung einer Mehrheit des Nationalrates.³⁷ Der Parlamentsklub bietet nicht nur den administrativen Rückhalt, er gibt auch die inhaltliche Richtung vor. Aufgrund der Fülle der Themenbereiche erscheint es als sinnvoll, die inhaltliche Arbeit in den einzelnen Parlamentsausschüssen auf die Abgeordneten aufzuteilen. So erarbeiten die einzelnen Experten die Sichtweisen vorgegebener Gesetzesvorschläge und Problemstellungen für die gesamte Fraktion. Bei Abstimmungen im Nationalratsplenum besteht in der Regel der sogenannte „Klubzwang“, d.h. es wird den Mandataren derselben Fraktion angeraten, wie sie abstimmen sollten.³⁸ Dies klingt in der Theorie wesentlich autoritärer, als es in der Praxis gehandhabt wird:

„Die Mandatäre/-innen haben eine gemeinsame ideologische und weltanschauliche Basis, auf das [sic!] sich ein gemeinsames Parteiprogramm gründet. Dadurch kommen Meinungsunterschiede grundsätzlicher Natur innerhalb einer Fraktion nicht allzu oft vor. Bevor eine Abstimmung stattfindet, werden die Meinungen der einzelnen Klubmitglieder nach Möglichkeit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, was auch der Verständlichkeit des Auftritts und einer einheitlichen Präsentation nach außen dienlich ist.“³⁹

Sollten sie dennoch im Rahmen dieser Ausübung einmal in Interessenskonflikt mit der eigenen Partei geraten, dann bedeutet dies nicht automatisch den Ausschluss aus der Fraktion. Es schützt die Mandatäre, für die Dauer der Legislaturperiode, das in Art. 56 B-VG geregelte „freie Mandat“, *„welches besagt, dass Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates in der Ausübung ihres Mandats frei von rechtlichen Bindungen, Wünschen und Aufträgen sind. Rein verfassungsrechtlich gibt es daher keine Klubdisziplin, bei der alle Mandatäre/-innen eines parlamentarischen Klubs das gleiche Abstimmungsverhalten an den Tag legen.“⁴⁰* Dieses garantiert u.a. dem Mandatar, dass er seinen Sitz im Nationalrat auch im Falle einer groben Unstimmigkeit mit der Fraktion zumindest für die Dauer der Legislaturperiode nicht verliert.⁴¹

³⁷ Vgl. Parlamentarische Klubs: <http://www.parlinkom.gv.at/PERK/PK/PK/index.shtml>, 2.1.2012.

³⁸ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 106.

³⁹ Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 61.

⁴⁰ Ebenda, S. 61.

⁴¹ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 106.

Bei groben Differenzen kann es allerdings bis zum Fraktionsausschluss kommen und der Mandatar verliert nicht nur seine „fraktionelle Heimat“, sondern auch seinen administrativen Hintergrund, was die parlamentarische Arbeit enorm erschwert. Derzeit, in der XXIV. Legislaturperiode des Nationalrates, betrifft das nur zwei Abgeordnete, Ing. Robert Lugar und Erich Tadler, beide ehemals BZÖ, jetzt ohne Klubzugehörigkeit.⁴²

Eine weitere Erleichterung, seine Meinung frei äußern zu können, bietet die Immunität eines Mandatars. „*Grundintention der außerberuflichen Immunität*⁴³ ist sowohl der Schutz der politischen Tätigkeit des einzelnen Mandatars wie auch des gesamten Parlaments vor potentiellen Übergriffen anderer Staatsgewalten.“⁴⁴ Diese schützt den Mandatar zwar vor straf- und zivilrechtlichen Verfolgungen für Handlungen und Aussagen, die im Rahmen seiner parlamentarischen Immunität erfolgt sind, die Sinnhaftigkeit dieser Immunität wäre allerdings in den letzten Monaten und Jahren, durch die Taten einiger Abgeordneter und auch ehemaliger Minister, zu hinterfragen.

Zur internen Organisation, sowie der Geschäftsführung im Nationalrat und externen Repräsentation desselben dient das dreiköpfige Präsidium. Die Fraktionen stellen ihre Kandidaten und die Wahl erfolgt im Plenum. In der Zweiten Republik wurde es zu einer politischen Usance, dass der Posten des Nationalratspräsidenten der stimmenstärksten und der des zweiten Präsidenten der an Stimmen zweitstärksten Partei zufällt. In jüngerer Zeit hat sich diese informelle Regelung auch auf den dritten Präsidenten bzw. die drittstärkste Partei ausgeweitet. Ein Rechtsanspruch auf die Wahl der durch diesen Modus vorgeschlagenen Kandidaten besteht jedoch nicht. Den Vorsitz als Präsidentin des Nationalrates hat derzeit Mag. Barbara Prammer (SPÖ) inne. Sie ist die erste Frau in diesem Amt. Die Nationalratspräsidentin, gilt nach dem österreichischen Bundespräsidenten als zweithöchste Repräsentantin des Landes. An ihrer Seite befinden sich als zweiter Präsident Fritz Neugebauer (ÖVP) und als dritter Präsident Mag. Dr.

⁴² Vgl. Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit: <http://www.parlinkom.gv.at/WWER/NR/>, 28.12.2011.

⁴³ Es gibt auch eine berufliche Immunität. Der Unterschied zwischen beiden Immunitäten besteht darin, dass der Abgeordnete im Rahmen der beruflichen Immunität für Aussagen im Plenum nicht belangt werden kann.

Im Rahmen der außerberuflichen darf der Abgeordnete für Vergehen außerhalb seiner eigentlichen politischen Tätigkeit nur mit Zustimmung des NR verfolgt werden.

⁴⁴ Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 107.

Martin Graf (FPÖ).⁴⁵ Die allermeisten Rechte stehen dem (ersten) Präsidenten des Nationalrates allein zu. So vertritt er z.B. den Nationalrat nach außen und übt das Hausrecht in den Gebäuden Parlamentsverwaltung aus. Als weiteres wichtiges Organ muss außerdem die Präsidialkonferenz erwähnt werden. Hier treffen die Präsidenten und die Klubvorsitzenden regelmäßig zusammen, um die Arbeitspläne für den Nationalrat und die Ausschüsse zu koordinieren.⁴⁶

„Der Arbeitsplan des Nationalrates beruht in der Regel auf einem vierwöchigen Rhythmus: Auf zwei Wochen, die für Ausschusssitzungen vorgesehen sind, folgt eine Plenarsitzungswoche, in der zumeist zweit bis drei Plenarsitzungstage angesetzt sind; die jeweils vierte Woche wird von parlamentarischen Sitzungen freigehalten und bietet den Abgeordneten insbesondere die Möglichkeit, ihrer Wahlkreisarbeit nachzukommen.“⁴⁷

Die eigentliche Arbeit des Nationalrates findet in diversen Ausschüssen⁴⁸ statt, die sich, so wie das Nationalratsplenum anhand der Fraktionsstärke zusammensetzen. Die Ausschüsse decken die verschiedensten Themenbereiche ab: Fachausschüsse für große Themenbereiche wie z.B. Gesundheit oder Familienpolitik, Ausschüsse mit spezifischen Aufgaben, die in erster Linie die Kontrollfunktionen wahrnehmen, z.B. Unvereinbarkeits- und Immunitätsausschuss, Unterausschüsse und diverse Spezialausschüsse. Hier haben die Mandatäre die Möglichkeit die Arbeitsthemen eingehend zu behandeln und auch Experten in ihre Überlegungen miteinzubeziehen.⁴⁹ Als der wichtigste Ausschuss gilt der Hauptausschuss des Nationalrates, der der Präsidialkonferenz in koordinatorischen Dingen zur Seite steht⁵⁰ und dem gemeinsam mit seinem ständigen Unterausschuss auch wichtige Angelegenheiten der Verfassungsvollziehung übertragen sind (vgl. etwa Art, 18 Abs. 3 B-VG).

⁴⁵ Vgl. Das Präsidium des Nationalrats: <http://www.parlinkom.gv.at/WWER/NR/>, 28.12.2011.

⁴⁶ Vgl. Die Präsidialkonferenz:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/NR/PRAESNR/index.shtml>, 28.12.2011.

⁴⁷ Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 146.

⁴⁸ Es gibt hier ständige und nicht ständige Ausschüsse. Die einen bestehen auch nach dem Ende der Legislaturperiode fort, die anderen nicht.

⁴⁹ Vgl. Ausschüsse des Nationalrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/NR/ANR/index.shtml>, 28.12.2011.

⁵⁰ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 109.

Bevor hier die Funktionen des Nationalrates besprochen werden, ist es unabdinglich, die Funktionen und Kompetenzen der zweiten Kammer im österreichischen Parlament zu umreißen. Der Bundesrat ist zwar strukturell vom Nationalrat weitgehend unabhängig, ihre internen Abläufe greifen aber im Gesetzgebungsprozess häufig ineinander.⁵¹

2.2.2 Der Bundesrat

„Der Bundesrat wird von den Landtagen beschickt und bringt die Länderinteressen in den Prozess der Bundesgesetzgebung ein. Das bedeutet, dass der Bundesrat nicht direkt gewählt wird: Die Landtage wählen die Vertreter/innen des eigenen Bundeslandes jeweils nach der Landtagswahl neu. Da die Landtagswahlen zu unterschiedlichen Zeitpunkten stattfinden, wird der Bundesrat nie als Ganzes neu gewählt, sondern immer nur teilweise oder partial. Man sagt daher, dass im Bundesrat das Prinzip der Partialerneuerung gilt und er in Permanenz tagt.“⁵²

Interessant ist auch die Tatsache, dass sich die Zusammensetzung der Mitglieder des Bundesrates nach zwei Kriterien richtet – einerseits nach der Bürgerzahl der Länder⁵³ und andererseits nach dem im Lande herrschenden Mehrheitsverhältnissen. Organisatorisch ist der Bundesrat dem Nationalrat sehr ähnlich aufgebaut. Auch die „zweite oder Länderkammer“ gliedert sich in Fraktionen, und zwar auch gemäß Parteien- und nicht nach Länderzugehörigkeit. Entscheidungen fallen daher auch in den allermeisten Fällen nicht nach den Zielsetzungen der Länder, sondern nach den Interessen der Parteien. Für die 62 Bundesratsmandatare gilt im Rahmen ihrer Tätigkeit auch eine Immunitätszusicherung, laut Art. 58. B-VG: *„Die Mitglieder des Bundesrates genießen während der ganzen Dauer ihrer Funktion die Immunität von Mitgliedern des Landtages, der sie entsendet hat“*,⁵⁴ ebenso wie das „freie Mandat“ nach Art. 56 B-VG. Jedoch wird auch in den Bundesratsfraktionen „Klubzwang“ praktiziert.⁵⁵

⁵¹ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 144.

⁵² Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 10.

⁵³ Hier darf pro Land die unterste Grenze von drei zu entsendende Mitgliedern nicht unterschritten werden.

⁵⁴ Bundes-Verfassungsgesetz Art. 58 B-VG: <http://www.bka.gv.at/site/4780/Default.aspx>, 01.01.2012.

⁵⁵ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 110.

Das Präsidium wechselt in einem halbjährigen Rhythmus, dadurch, dass der Bundesrat in „Permanenz tagt“ gibt es hier auch keine Legislaturperiode wie im Nationalrat. Im ersten Halbjahr 2012 führt das Land Steiermark, in Person von Präsident Georg Hammerl, (ÖVP) den Vorsitz.⁵⁶ Dahingehend sehr bemerkenswert, als dass die ÖVP im steiermärkischen Landtag ja nicht die stärkste Partei ist, die normalerweise im Bundesrat den Vorsitz führt. Die Umreihung dürfte ein koalitionsfähiges Zugeständnis an die ÖVP gewesen sein.⁵⁷ Administrativ stehen dem Präsidium der Bundesratsdienst und den Bundesräten ihre Fraktionen zur Verfügung. Auch hier bedarf es zur Gründung einer Fraktion fünf Mitglieder.⁵⁸ Derzeit gibt es im Bundesrat vier fraktionslose Mandatäre, wovon drei Mitglieder den Grünen zuzurechnen sind und ein vom Tiroler Landtag entsandter Mandatar der Liste Fritz Dinkhauser – FRITZ.⁵⁹ Im Unterschied zu ihren Kollegen im Nationalrat, verfügen sie aber über keine zusätzlichen Mittel für personelle Ressourcen.⁶⁰

Der Bundesrat tagt für gewöhnlich zwei Wochen nach dem Nationalratsplenum. In seiner Sitzungswoche werden die Ausschüsse einberufen, gegebenenfalls zu aktuellen Themen parlamentarische Enqueten veranstaltet und ein Bundesratsplenum abgehalten.⁶¹ Im Rahmen des Plenums übt der Bundesrat auch u.a. eine seiner wichtigsten Aufgaben aus – die Begutachtung von Gesetzesbeschlüssen und Staatsverträgen, die vom Nationalrat verabschiedet wurden.⁶² Hierzu merken Karl Ucakar und Stefan Gschiedl an, dass „*die Mitwirkungsmöglichkeit des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung... im Rahmen der österreichischen Bundesverfassung relativ schwach akzentuiert... „*⁶³, ist. Zu seiner Funktion im Rahmen der Gesetzgebung wird im kommenden Kapitel dann näher eingegangen.

⁵⁶ Vgl. Das Bundesratspräsidium: <http://www.parlinkom.gv.at/WWER/BR/>, 28.12.2011.

⁵⁷ Steiermark übernahm mit 1. Jänner Vorsitz im Bundesrat:

<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/420BR-Vorsitz.shtml>, 2.1.2012.

⁵⁸ Vgl. Die Mitglieder des Bundesrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/MBR/index.shtml>, 2.1.2012.

⁵⁹ Vgl. Mitglieder des Bundesrates ohne Fraktionszugehörigkeit:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/BR/>, 2.1.2012.

⁶⁰ Vgl. Die Mitglieder des Bundesrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/MBR/index.shtml>, 2.1.2012.

⁶¹ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 146.

⁶² Vgl. Plenarsitzungen des Bundesrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/PLBR/index.shtml>, 2.1.2012.

⁶³ Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 114.

Abschließend sollte hier noch erwähnt werden, dass aufgrund seiner doch eher eingeschränkten Handlungskompetenzen der Bundesrat in den letzten Jahren immer wieder regelmäßig in die Medien und in den Focus der Öffentlichkeit gerät, wenn seine Abschaffung gefordert wird.

2.2.3 Die Funktionen des Parlaments

2.2.3.1 Die Gesetzgebung

Die wohl wichtigste Funktion des Parlaments ist die Gesetzgebung, die der Nationalrat, laut Art. 24 B-VG, gemeinsam mit dem Bundesrat ausübt.⁶⁴

Es gibt, laut Günther Schefbeck, drei verschiedene Arten der Gesetzgebung:

- Die proaktive Gesetzgebung: Hier handelt es sich um, aus gesellschaftspolitischer Sicht relevante, neue politische Inhalte, die oft in den Regierungsabkommen beschlossen wurden und nun der Umsetzung bedürfen.⁶⁵ „... die Form der Initiative ist zumeist die Regierungsvorlage, da die legislativen Abteilungen der Ministerien mit der Vorbereitung der Umsetzung des jeweils ressortspezifischen Teils des Regierungsprogramms beauftragt werden. Proaktiv sind natürlich auch viele oppositionelle Initiativanträge, die zwar keine Aussicht auf Annahme haben, aber Gelegenheit zur Präsentation alternativer gesellschaftspolitischer Konzepte bieten.“⁶⁶

Die Regierungsvorlagen nehmen wohl den größten Anteil an der Gesetzgebung ein – rund 75% der Gesetzesbeschlüsse gehen darauf zurück.⁶⁷

- Die reaktive Gesetzgebung: Hier reagiert das Parlament auf einen Anlassfall – z.B. eine neue Richtlinie der Europäischen Union, die in nationales Recht transformiert werden muss oder auf Forderungen, die bereits eine breite

⁶⁴ Vgl. Art. 24 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

⁶⁵ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien, S. 151.

⁶⁶ Ebenda, S. 151.

⁶⁷ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 111.

Öffentlichkeitswirkung nach sich gezogen haben.⁶⁸ „Die reaktive Gesetzgebung wird oftmals medial inszeniert und in die Form von Initiativanträgen gekleidet, da durch die öffentlich zur Schau gestellte Eile die Dringlichkeit besonders betont wird und keine Verzögerung durch das vorparlamentarische Begutachtungsverfahren gewünscht wird.“⁶⁹

- Und schließlich die fortschreibende Gesetzgebung: Dies ist jene Form der Gesetzgebung, die sich auf Verwaltungsinitiativen rückführen lässt. Sie ist von der Öffentlichkeitswirksamkeit her die unspektakulärste, und fußt auf den Wünschen der Administration nach Erleichterung im Arbeitsablauf.⁷⁰

Wie gestaltet sich nun der Gesetzgebungsprozess? Wie bereits erwähnt, spielt hier die Bundesregierung eine zentrale Rolle, da ein Großteil der Gesetzesinitiativen in Form von Regierungsvorlagen dem Parlament zugeht. Da Regierungsvorlagen im Ministerrat eine Einstimmigkeit erzielen müssen, um ins Parlament zu gelangen,⁷¹ ist eine gründliche Vorarbeit das Geheimnis zum Erfolg der Gesetzesinitiative. Das für den Inhalt eines neuen Gesetzes zuständige Ministerium, entwirft im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe einen Gesetzesentwurf. Hierzu können wichtige Interessensgruppierungen, Experten aus Wirtschaft und Verwaltung, die Sozialpartner oder andere Verbände gehört werden. Wichtig ist hier schon im Vorfeld eine breite Zustimmung zu finden, um das Gesetz ohne Probleme durch das Procedere des Gesetzgebungsprozesses zu bekommen.

„Die konsensual angenommene Regierungsvorlage wird sodann an den Nationalrat und die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet. Ein derart offenes und langes Begutachtungsverfahren führt naturgemäß zu einem gewissen Maß an kritischer Öffentlichkeit und beruht indirekt auf der notwendigen Bereitschaft der Regierung, der auf Grundlage der Gesetze eigentlich ein ungeschmälertes Recht der Gesetzesinitiative zusteht. Diese Bereitschaft zu einem transparenten Begutachtungsverfahren konnte

⁶⁸ Vgl. Günther Scheffbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 151.

⁶⁹ Karl Ucakar /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 112.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 112.

⁷¹ Vgl. Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 66.

während der Zeit der ÖVP-FPÖ/ BZÖ - Regierung häufig nicht ausgemacht werden, da die Verletzung des Begutachtungsrechts keinerlei Sanktionen nach sich [sic!] zieht. Initiativanträge der Abgeordneten unterliegen nämlich nicht der vorparlamentarischen Begutachtungsprozedur und werden daher von der Regierung manchmal absichtlich eingesetzt, um den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen.“⁷²

Neben der Regierungsvorlage besteht auch noch die Möglichkeit der Ausschüsse einen Antrag, und einen, von mindestens fünf Abgeordneten zum Nationalrat unterstützten, Initiativantrag einzureichen. Weiters hat auch der Bundesrat die Möglichkeit einen Antrag zu stellen. Eine weitere direktdemokratische Möglichkeit zur Behandlung einer Gesetzesinitiative im Nationalrat stellt das Volksbegehren dar. Hierzu sind 100.000 Unterschriften stimmberechtigter Bürger nötig.⁷³

Hat die Gesetzesinitiative das Parlament erreicht, muss sie in drei öffentlichen Lesungen im Nationalratsplenum und in den dafür vorgesehenen Ausschüssen gehört werden. Die erste Lesung dient der Einführung und einer „Grundsatzdebatte“. Nach einer weiteren Behandlung in einem Ausschuss finden dann im Rahmen einer zweiten Lesung die sogenannte „Generaldebatte“ und die „Spezialdebatte“ statt, bevor in der dritten Lesung über den Gesetzestext abgestimmt wird. Änderungen an den Gesetzestexten sind bis zum Schluss möglich und durchaus üblich.⁷⁴

„Der signifikante Anstieg der Zahl im Plenum beschlossener Abänderungen im Verlauf der XXI. bis XXII. GP ist ein Indikator für die Beschleunigung des Gesetzgebungsprozesses, die impliziert, dass oft bewusst auf die Erarbeitung einer definitiven Fassung des Gesetzesvoranschlages im Ausschuss verzichtet wird und die Verhandlung in informellen parlamentarischen Strukturen bis an den Vorabend der Plenarsitzung weitergeführt werden, damit zugleich aber auch ein Indikator für die Zunahme der Bedeutung dieser informellen gegenüber den formelle

⁷² Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 113.

⁷³ Vgl. Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 66.

⁷⁴ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 113 f.

parlamentarischen Strukturen für die materielle Gestaltung der beschlossenen Gesetze.“⁷⁵

Hat der Gesetzesbeschluss nun den Nationalrat passiert, findet die Gesetzgebung ihre Fortsetzung in der zweiten Kammer, dem Bundesrat. Ein Gesetz kann für gewöhnlich nur beurkundet und veröffentlicht werden, wenn es den Bundesrat passiert hat. Auch hier wird das Gesetz nochmals in einem Ausschuss behandelt und im Plenum den Mitgliedern des Bundesrates präsentiert, gegebenenfalls wird der zuständige Minister gehört. Der Bundesrat hat nun die Möglichkeit, innerhalb von einer Frist von acht Wochen gegen die gesamte Gesetzesvorlage, Änderungen einzelner Paragraphen sind hier nicht möglich, ein aufschiebendes Veto – das sogenannte „suspensive Veto“ einzulegen. In diesem Fall kann allerdings der Nationalrat einen „Beharrungsbeschluss“ für die Beibehaltung des Gesetzes stellen, der ursprüngliche Gesetzesbeschluss bleibt also aufrecht. Dies ist an sich nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Nationalratsabgeordneten möglich.⁷⁶ Die Vetomöglichkeiten des Bundesrates sind ein Recht, dass in der herrschenden Lehre immer als nur marginal vorhanden dargestellt wird.⁷⁷ Aber alleine zwischen 1945 und 2004 hat der Bundesrat 111 Einsprüche gegen Gesetze erhoben. --Gegen 90 davon hat der Nationalrat einen Beharrungsbeschluss gefällt, aber in 21 blieb das Veto des Bundesrates aufrecht.⁷⁸ In Hinblick auf seine eigene Abschaffung und die Schmälerung von Länderrechten, steht dem Bundesrat sogar ein absolutes Veto zu. Im Rahmen der Finanzgesetzgebung, der Geschäftsordnung des Nationalrates und der Auflösung desselben hat der Bundesrat allerdings laut Art. 42 Abs. 5 B-VG keinerlei Mitsprachrechte.⁷⁹

Hat das Gesetz den Bundesrat passiert, gelangt es durch den Bundeskanzler zur Beurkundung zum Bundespräsidenten, der mit seiner Unterschrift das

⁷⁵ Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 153.

⁷⁶ Vgl. Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 67.

⁷⁷ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 154: „Seine Zustimmung zu einem zustimmungsbedürftigen Gesetzesbeschluss hat der Bundesrat noch nie verweigert. Dem Selbstverständnis des Bundesrates nach deutet dies darauf hin, dass bereits in einer frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens ein zustimmungsbedürftiges Projekt, das im Bundesrat keine Zustimmung finden würde, wieder von der politischen Agenda genommen wird...“

⁷⁸ Peter Bußjäger / Daniela Larch (2005): Grundlagen und Entwicklungen der bundesstaatlichen Instrumente in Österreich. <http://www.foederalismus.at/contentit25/uploads/129.pdf>, S. 9, 2.1.2012.

⁷⁹ Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) Art. 42 (5): <http://www.bka.gv.at/site/4780/Default.aspx>, 2.1.2012.

verfassungskonforme Entstehen des Gesetzes bezeugt. Vor der Veröffentlichung muss auch noch der Bundeskanzler das Gesetz gegenzeichnen. Mit dieser Gegenzeichnung ist der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen. Die Veröffentlichung erfolgt im Bundesgesetzblatt – in der Regel tritt das Gesetz mit Ablauf des Tages⁸⁰ der Kundmachung sofort in Kraft, sofern nichts anderes verlautbart wird.⁸¹

2.2.3.2 Die Mitwirkungsfunktion

Eine weitere wichtige Funktion des Parlaments ist die Mitwirkungsfunktion. Hier kann das Parlament „*die traditionelle, idealtypisch ohnedies niemals verwirklicht gewesene Vorstellung einer Trennung der exekutiven von der legislativen Gewalt...*“⁸² überwinden. Das Parlament kann durch Mitwirkung und Kontrolle die Vollziehung beeinflussen. Der Nationalrat und der Bundesrat kann mittels des Resolutions- und Entschließungsrechts „*rechtlich nicht verbindliche Wünsche über die Ausübung der Vollziehung formulieren*“⁸³ Oft wird auch im Rahmen einer Entschließung des Nationalrates die Bundesregierung aufgefordert, eine Regierungsvorlage zu verfassen. Häufig wird der Entschließungsantrag auch von den oppositionellen Kräften benützt, um ihre Standpunkte oder programmatische Schwerpunkte in legislativ einfacher Form zu transportieren.

Der Nationalrat muss „*politische, gesetzesändernde und gesetzesergänzende Staatsverträge*“⁸⁴ genehmigen. Diese können nicht durch den Bundespräsidenten⁸⁵ alleine abgeschlossen werden, sondern müssen, gemäß der materiellen Gesetzgebung, den Weg durchs Parlament gehen. Die Position in dieser Funktion ist nicht allzu stark, da „*ein Staatsvertrag nur in seiner Gesamtheit genehmigt oder eben in seiner Genehmigung verweigert werden*“⁸⁶ kann. Interessant ist hier die Tatsache, dass die

⁸⁰ Vgl. Art. 49 Abs. 1 B-VG BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

⁸¹ Vgl. Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 115 f.

⁸² Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 155.

⁸³ Karl Ucakar / Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 117.

⁸⁴ Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 156.

⁸⁵ Staatsverträge fallen in die Außenvertretungskompetenz des Bundespräsidenten (vgl. Art. 65 Abs. 1 B-VG BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012)

⁸⁶ Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 156.

Einstimmigkeit in den Beschlüssen der Staatsverträge deutlich höher liegt, als bei den einfachen Bundesgesetzen.⁸⁷

Ein dritter Punkt, der die Mitwirkungsfunktion betrifft, ist die Information des National- und des Bundesrates durch die Bundesregierung über die Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union. Dem Nationalrat wird, bei Erlassung eines neuen Rechtsakts, ein Recht auf Stellungnahme eingeräumt⁸⁸, an die sich das jeweilige Organ der Bundesregierung bei Tätigkeiten im Rahmen der EU zu halten hat. *„Es darf davon nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen und nach neuerlicher Befassung des Nationalrates abweichen.“*⁸⁹ Dieses Recht wurde speziell in den ersten Jahren der Mitgliedschaft genutzt.

2.2.3.3 Die Kontrollfunktion

Die Kontrollfunktion ist historisch gesehen, neben der Gesetzgebungsfunktion, eine der ältesten Funktionen des Parlaments. Laut Bundesverfassung steht es dem Nationalrat und dem Bundesrat zu, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu kontrollieren.

*„Artikel 52. (1) Der Nationalrat und der Bundesrat sind befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen sowie ihren Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in Entschließungen Ausdruck zu geben.“*⁹⁰

Im Laufe der Zeit änderte sich die interparlamentarische Struktur dahingehend, dass die Kontrollfunktion nun in erster Linie von der parlamentarischen Opposition zur Überprüfung der parlamentarischen Majorität genutzt wird.

⁸⁷ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, S. 156.

⁸⁸ Es gibt auch parallel ein entsprechendes Recht des Bundesrates (vgl. Art. 23e Abs. 4 B-VG BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012).

⁸⁹ Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 156.

⁹⁰ Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) Art. 52 (1) BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

Das wohl älteste Kontrollrecht ist das sogenannte **Interpellations-oder Fragerecht**⁹¹, das Recht der Abgeordneten, an die Mitglieder der Bundesregierung Anfragen zu stellen.⁹² Dies ist in variabler Form möglich:

- *„Fragestunde: Am Beginn von Plenarsitzungen kann jede/r Parlamentarier/in kurze mündliche Fragen sowie zwei Zusatzfragen an die Bundesminister/ innen stellen. Daran schließen sich Fragen von anderen Fraktionen zum selben Thema an. Die Fragestunde soll die Dauer von 60 Minuten nicht überschreiten.*
- *Schriftliche Anfrage: Jeweils fünf Parlamentarier/innen können schriftlich formulierte Fragen an die Bundesregierung oder eine/n Bundesminister/ in stellen. Die Beantwortung muss innerhalb von zwei Monaten erfolgen.*
- *Aktuelle Stunde: Auf Antrag von fünf Abgeordneten findet im Nationalrat eine Aktuelle Stunde über ein aktuelles Thema der Vollziehung des Bundes statt. Pro Woche kann nur eine Aktuelle Stunde stattfinden. Die Themen werden von den parlamentarischen Klubs abwechselnd festgelegt.*
- *Dringliche Anfrage: Fünf Parlamentarier/innen können verlangen, dass eine schriftlich eingebrachte Anfrage an eine/n Bundesminister/in noch am selben Sitzungstag beantwortet wird. Eine detaillierte Beantwortung kann auch innerhalb von zwei Monaten vorgelegt werden.“⁹³*

Die härteste Form der Kontrolle manifestiert sich in der Einberufung eines **Untersuchungsausschusses**. Dieses Recht steht ausschließlich dem Nationalrat zu und bedarf eines Mehrheitsbeschlusses. Die Anzahl der Untersuchungsausschüsse hält sich daher in Grenzen. In der Zeit von 1945 bis heute wurden lediglich 18 Untersuchungsausschüsse⁹⁴ eingesetzt, von denen allerdings einige an politischer Brisanz nicht zu überbieten waren und die auch so manche politische Opfer forderten.

⁹¹ Die Informationsrechte des Parlaments haben sich mit dem Vertrag von Lissabon und durch das neue EU-Informationsgesetz auch auf die europäische Ebene ausgedehnt:
<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007573>, 3.1.2012.

⁹² Vgl. Günther Scheffbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 158.

⁹³ Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. S. 77.

⁹⁴ Untersuchungsausschüsse: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, 3.1.2012.

Eine kleine Auswahl:

„XI. Gesetzgebungsperiode (1966 - 1970)

Untersuchungsausschuss zu "**Vorfälle im Bundesministerium für Inneres (Spionageaffäre)**" auf Antrag von ÖVP, SPÖ und FPÖ mit 16 Sitzungen zwischen Dezember 1968 und Oktober 1969. Vorsitzender: Abg. Dr. Otto Kranzlmayr (ÖVP). Bericht: 1391 d.B.⁹⁵

„XIII. Gesetzgebungsperiode (1971 - 1975)

Untersuchungsausschuss für alle "**mit der Übertragung der Planung, Errichtung, Erhaltung, Verwaltung und Finanzierung des Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien an der IAKW-AG zusammenhängenden Vorgänge**" auf Antrag von ÖVP und FPÖ mit 23 Sitzungen zwischen Mai 1972 und Juni 1975. Vorsitz: Abg. Dr. Tassilo Broesigke (FPÖ). Bericht 1688 d.B.⁹⁶

„XVII. Gesetzgebungsperiode (1986 - 1990)

Untersuchungsausschuss zur "**Untersuchung der Tätigkeit der am Verfahren beteiligten beziehungsweise in dieses involvierten Behörden und der damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona sowie der Verantwortlichkeiten im österreichischen Bundesheer für die angebliche Überlassung von Sprengmitteln an Udo Proksch**" auf Antrag von SPÖ und ÖVP mit 38 Sitzungen zwischen August 1988 und Juni 1989. Vorsitz: Abg. Dr. Ludwig Steiner (ÖVP). Bericht: 1000 d.B.⁹⁷

„XXIII. Gesetzgebungsperiode (2006 - 2008)

Untersuchungsausschuss zur "**Beschaffung von Kampfflugzeugen (Eurofighter)**" auf Antrag von SPÖ, Grünen und FPÖ mit 48 Sitzungen

⁹⁵ Untersuchungsausschuss „Spionageaffäre“: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, 3.1.2012.

⁹⁶ Untersuchungsausschuss „Bau des Konferenzentrum“: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, 3.1.2012.

⁹⁷ Untersuchungsausschuss „Lucona“: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, 3.1.2012.

zwischen November 2006 und Juli 2007. Vorsitz: Abg. Dr. Peter Pilz (Grüne). Bericht 192 d.B.“⁹⁸

2.2.3.4 Kurations- und Rekrutierungsfunktion

Die ursprünglichen Kompetenzen des Nationalrates in Bezug auf die Rekrutierung und Kuration der Bundesregierung, wie noch in der Bundesverfassung in der Fassung von 1920 vorgesehen, nämlich, dass der Nationalrat die Mitglieder der Bundesregierung wählen konnte, wurde im B-VG 1929 dahingehend eingeschränkt bzw. geändert, dass er, gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG dieser nur mehr ein Misstrauensvotum aussprechen darf.⁹⁹

*„Dieses Instrument gewährleistet freilich alleine durch seine Existenz, dass der Nationalrat weiterhin der Bundesregierung gegenüber die Rekrutierungsfunktion ausübt, weil es die Bestandsabhängigkeit der Bundesregierung vom Nationalrat sicherstellt.“*¹⁰⁰

Dazu kommen dem Nationalrat noch weitere Berufungsrechte zu: Er wählt den Präsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Volksanwaltschaft, weiters werden drei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder des Verfassungsgerichtshofes auf seinen Vorschlag hin vom Bundespräsidenten bestellt¹⁰¹.

Auch für die politische Laufbahn dient die Zugehörigkeit zum Nationalrat oft als Sprungbrett in weitere spitzenpolitische Ämter – oft ist der Wechsel in die Bundesregierung oder an die Spitze einer Organisation der Sozialpartner die Fortsetzung eines Mandates im Nationalrats.¹⁰²

2.2.3.5 Tribünenfunktion

Diese wohl jüngste Funktion des Parlaments wird heute, im Zeitalter der Medien, verstärkt von der Öffentlichkeit wahrgenommen, wenn die Nationalratsdebatten oder

⁹⁸ Untersuchungsausschuss „Eurofighter“: <http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, 3.1.2012.

⁹⁹ Vgl. Günther Schebeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 160.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 160.

¹⁰¹ Der Großteil auf Vorschlag der Bundesregierung, der Rest auf Vorschlag des Bundesrates. (vgl. Art. 147 Abs. 2 B-VG)

¹⁰² Vgl. Günther Schebeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 161.

die Plenarsitzung des Bundesrates in voller Länge übertragen werden. Im Parlamentarismus wird die Öffentlichkeitsfunktion durch drei Instrumente weitergegeben¹⁰³:

„Die Sitzungsöffentlichkeit, also die Möglichkeit den Plenarsitzungen persönlich beizuwohnen, die schriftliche Verfahrensöffentlichkeit, also die Veröffentlichung der Dokumente des parlamentarischen Verfahrens sowie von Stenographischen Protokollen der Plenarsitzungen, und schließlich, als wichtigstes, weil weitreichendes Instrument, die mediale Verfahrensöffentlichkeit, also die Berichterstattung über das parlamentarische Geschehen durch die Massenmedien.“¹⁰⁴

Die Übertragung der Plenarsitzungen begann bereits in den 60er Jahren und hat mit Einrichtung des neuen Kanals ORFIII eine neue Qualität erlangt. Dieser überträgt jede Plenarsitzung des Nationalrates und auch des Bundesrates. Dies gibt den Staatsbürgern die Möglichkeit, dem Agieren ihrer Vertreter faktisch live beizuwohnen. Eine weitere, sehr gelungene Informationsquelle bietet seit 1996 die Homepage des österreichischen Parlaments¹⁰⁵: www.parlinkom.gv.at. Auch hier können mittels Video Stream die Plenarsitzungen live verfolgt werden. Außerdem hat jeder die Möglichkeit, unter dem Punkt „Parlament aktiv“ die stenographischen Protokolle, nicht nur der Plenarsitzungen des Bundesrates und Nationalrates sondern auch der Bundesversammlung¹⁰⁶ einzusehen. Weiters ist die Einsicht in aktuelle Regierungsvorlagen und Gesetzesinitiativen möglich, um die Debatte auch mit dem nötigen Hintergrundwissen verfolgen zu können. In die Kontrollfunktion des Parlaments kann man mittels Download von Anfragen und Beantwortungen der Bundesregierung, Ausschussvorsitzender, Nationalrats- und Rechnungshofpräsidenten Einsicht nehmen. Europäischen und internationalen Angelegenheiten ist ebenfalls ein Unterpunkt gewidmet, wo in die entsprechenden Dokumente Einblick gewonnen werden kann.

¹⁰³ Vgl. Günther Schefbeck (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 161.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 161.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 162.

¹⁰⁶ Die Bundesverfassung setzt sich aus dem Nationalrat und dem Bundesrat zusammen und ist kein Gesetzgebungsorgan, sondern ein Organ der „Verfassungsvollziehung“.

Auch dem politisch aktiven Bürger selbst, ist mittels Abfrage von Bürgerinitiativen, -petitionen und Volksbegehren ein Informationspunkt gewidmet.¹⁰⁷

Die Homepage des Parlaments stellt eine gelungene Informationsquelle dar, wo wirklich jede Frage das Parlament, Parlamentarismus, die aktuellen und bereits ausgeschiedene Abgeordneten der beiden Kammern, das Gebäude und viele Servicefragen des interessierten Bürgers betreffend, beantwortet werden.¹⁰⁸

Ebenfalls relativ neu ist die Tatsache, dass die Pressemitteilungen abonniert werden können. Auf diese Weise kann der Abonnent, oft täglich mehrmals, Meldungen der Parlamentskorrespondenz beziehen, über die er sich mit der Homepage des Pressedienstes verlinken kann.¹⁰⁹

Eine weitere Akteurin, die zwar nicht mehr in der Intensität wie im B-VG 1920, mit dem Parlament verbunden ist, aber trotzdem in Verbindung mit dem Parlamentarismus unbedingt wenigstens kurz erwähnt werden muss, ist die Bundesregierung. Da sich diese Arbeit in weiterer Folge mit der ersten Bundesregierung von Bruno Kreisky beschäftigt, soll auch deshalb hier der Konnex zum Thema gegeben werden.

2.3 Die Bundesregierung

Die Bundesregierung ist laut B-VG mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betraut. Sie besteht aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und den Bundesministern.

„Artikel 69. (1) Mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes sind, soweit diese nicht dem Bundespräsidenten übertragen sind, der Bundeskanzler, der Vizekanzler und die übrigen Bundesminister betraut. Sie bilden in ihrer Gesamtheit die Bundesregierung unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers.“¹¹⁰

Die Bundesverfassung nennt neben dem Bundes- und dem Vizekanzler den Finanzminister als einziges verfassungsrechtlich vorgesehenes Mitglied der

¹⁰⁷ Parlament aktiv: <http://www.parlament.gv.at/PAKT/>, 3.1.2012.

¹⁰⁸ Republik Österreich. Parlament: <http://www.parlament.gv.at/index.shtml>, 3.1.2012.

¹⁰⁹ Pressedienst-Parlamentskorrespondenz:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0001/index.shtml, 3.1.2012.

¹¹⁰ Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) Art. 69 (1) BGBl. Nr. 1/1930 idF BGBl. I Nr. 1/2012.

Bundesregierung. Die Anzahl der restlichen Ministerien, ihre Bezeichnung und auch ihr Kompetenzbereich, werden im jeweils geltenden Bundesministeriengesetz geregelt.¹¹¹ Laut Bundesministeriengesetz – Novelle 2009, mit der das Bundesministeriengesetz von 1986 abgeändert wurde, bestehen gemäß § 1 Abs. 1, aktuell folgende Ministerien:

- „1. das Bundeskanzleramt,
2. das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
3. das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz,
4. das Bundesministerium für Finanzen,
5. das Bundesministerium für Gesundheit,
6. das Bundesministerium für Inneres,
7. das Bundesministerium für Justiz,
8. das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport,
9. das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
10. das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur,
11. das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie,
12. das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und
13. das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.“¹¹²

Eine neue Bundesregierung wird für gewöhnlich nach den Nationalratswahlen geformt. Normalerweise wird der Vorsitzende der stimmenstärksten Partei vom Bundespräsidenten beauftragt eine Regierung zu bilden.¹¹³ In der Geschichte der Zweiten Republik gab es bereits einige Varianten an Regierungsformen – von der Minderheitsregierung Bruno Kreiskys, die später Gegenstand der Ausführungen sein wird, über Einparteienregierungen der SPÖ und auch der ÖVP, bis hin zur - in den letzten Jahren, wahrscheinlichsten Form - die Koalitionsregierung.¹¹⁴ Steht die Regierungsform fest, werden, seit 1929, die Mitglieder der Bundesregierung, auf Vorschlag des Bundeskanzlers, vom Bundespräsidenten ernannt. Zuvor wird auch der Bundeskanzler selbst vom Staatsoberhaupt bestellt. Art. 70 (2) B-VG regelt, dass zum Mitglied der Bundesregierung nur ernannt werden kann, der auch zum Nationalrat wählbar ist. Interessant ist hier auch, dass der Bundeskanzler zwar Vorsitzender der Bundesregierung ist, aber rein rechtlich als „primus inter pares“ gilt – d.h. er ist Erster unter Gleichen und nicht berechtigt den anderen Regierungsmitgliedern Weisungen zu

¹¹¹ Vgl. Karl Ucakar /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 134 f.

¹¹² Bundesministeriengesetz-Novelle 2009 BGBl. Nr. 3/2009.

¹¹³ Vgl. Karl Ucakar /Stefan Gschiegl (2010): Das politische System Österreichs und die EU. S. 136.

¹¹⁴ Vgl. Wolfgang C. Müller (2006): Regierung und Kabinettsystem. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 168 ff.

erteilen.¹¹⁵ Auch in seinen Personalkompetenzen unterliegt der Bundeskanzler mehrfachen Restriktionen. In Koalitionsregierungen ist de facto der jeweilige Parteivorsitzende für die Personalentscheidungen seiner Regierungsmitglieder betreffend, zuständig. Doch nicht nur parteiübergreifend sind Einschränkungen gegeben, sondern auch bei der parteiinternen Personalauswahl muss häufig die interne Parteistruktur – im Falle der ÖVP etwa auf die einzelnen Bünde – Rücksicht genommen werden.¹¹⁶

„Zu den fixen Regeln gehört auch, dass ein von der SPÖ gestellter Sozialminister ein Repräsentant der Sozialdemokratischen Gewerkschafter sein muss und im Falle der ÖVP, dass ein Landwirtschaftsminister Repräsentant des Bauernbundes und ein Handelsminister Repräsentant des Wirtschaftsbundes sein muss.“¹¹⁷

W.C. Müller unterscheidet in seinem Artikel „Regierung und Kabinettsystem“ in drei Kategorien von Kandidaten, die in ein Regierungsamt berufen werden können:

- Spitzenrepräsentanten der Partei: Sie erlangen ein Regierungsamt oft aufgrund des innerparteilichen Standings und gehören bereits sehr oft zu den Bundespartei vorständen.
- Politische Experten: Hier handelt es sich um der jeweiligen Partei nahestehende Spezialisten, die in ein Amt berufen werden.
- Unabhängige Experten: Ihre Berufung erfolgt aufgrund hoher fachlicher Kompetenz und ihrer Parteiunabhängigkeit.¹¹⁸ Ein gutes Beispiel hierfür ist sehr oft schon die Besetzung des Justizministers gewesen.

Die erste Berufung einer Frau erfolgte übrigens unter der ÖVP Alleinregierung 1966 – 1970. Hier wurde Grete Rehor, aus dem ÖAAB kommend, zur Sozialministerin ernannt. Kreisky ging hier 1970, mit der Ernennung von Hertha Firnberg zur

¹¹⁵ Vgl. Wolfgang C. Müller (2006): Regierung und Kabinettsystem. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 173.

¹¹⁶ Vgl. ebenda S. 173f.

¹¹⁷ Ebenda, S. 174.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 181.

Wissenschaftsministerin, noch einen Schritt weiter, indem er eine Frau in einer, bis dahin absoluten Männerdomäne zur Ministerin bestellte.

Auch die Abberufung der Minister erfolgt, wieder auf Vorschlag des Bundeskanzlers, durch den Bundespräsidenten. Auch hier zeigte die Geschichte, dass der Bundeskanzler sich oft nicht so einfach über parteiinterne Strukturen hinweg setzen kann, z.B. brachte die Ablöse von Vizekanzler Androsch durch Bruno Kreisky in der SPÖ einige Turbulenzen mit sich.¹¹⁹ Der Bundespräsident kann jedoch theoretisch auch ohne den Vorschlag des Kanzlers die gesamte Bundesregierung entlassen. Dies ist, dem parlamentarischen Grundcharakter des österreichischen politischen Systems entsprechend, bisher jedoch noch nicht vorgekommen.

2.3.1 Die Aufgaben der Bundesregierung

In der Aufgabenerfüllung der Bundesregierung unterscheidet man die Bundesregierung in ihrer Funktion als Kollegialorgan und die einzelnen Mitglieder, die jeweils als oberste Bundesverwaltungsorgan ihren Ressorts vorstehen.

Die Handlungskompetenzen der Regierung als Kollektivorgan umfassen u.a. folgende Agenden:

- *„Die Beschlussfassung über Gesetzesvorlagen (Art. 41) und über Berichte an den Nationalrat,*
- *die Erstattung von Vorschlägen an den Bundespräsidenten (Art. 18 und Art. 67)*
- *die Erhebung von Einsprüchen gegen Gesetzesbeschlüsse von Landtagen (Art. 98)*
- *die Stellung von Anträgen an den Verfassungsgerichtshof,*
- *die Tätigkeit der Bundesregierung im Rahmen des Notverordnungsrechts und*
- *Bestimmungen über die Abhaltungen von Wahlen sowie die Einberufung von Nationalrat und Bundesrat.“¹²⁰*

¹¹⁹ Vgl. Wolfgang C. Müller (2006): Regierung und Kabinettsystem. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. S. 174.

¹²⁰ Ebenda. S. 172.

Vor allem im Rahmen der Gesetzgebung kommt der Bundesregierung somit, wie oben bereits dargestellt, massive Bedeutung zu, da ein Großteil der Gesetzesinitiativen auf Regierungsvorlagen zurückgeht.

Was erstaunt ist die Tatsache, dass regierungsinterne Prozesse rechtlich nicht normiert sind – d.h. es gibt keine Geschäftsordnung der Bundesregierung. Auch das Erfordernis der Einstimmigkeit im Ministerrat ist rechtlich nicht normiert. Es haben sich zwar im Laufe der Zeit jedoch gewisse „bürokratische Routinen“ herausgebildet – im Speziellen zur Entwicklung von Gesetzesinitiativen, aber auch der administrative Alltag des Ministerrats beruht auf bürokratischen Gewohnheiten. Entscheidungen werden daher auf Basis von Unterlagen der jeweiligen Ministerien, die den Ministern in der Regel einige Tage vor dem Ministerrat zugehen, erarbeitet und dann in der, einmal in der Woche stattfindenden, Sitzung getroffen. Hier gibt es einige Faktoren, die laut W.C. Müller die Entscheidungsfähigkeit des Kollegialorgans beeinträchtigen können. Er spricht hier u.a. die Größe der Regierung an – mit mehr als 15 Mitgliedern – hierbei darf man auch die jeweils ernannten Staatssekretäre nicht außer Acht lassen, die jedoch ohne Stimmrecht am Ministerrat teilnehmen – erschwert sich eine Entscheidungsfindung erheblich. Auch die nur einmal wöchentliche Frequenz der, oft nur kurzen, Ministerratssitzung wird kritisiert. Weiters ist natürlich jeder Minister darauf bedacht sein Ressort zu favorisieren und wird daher Vorlagen, die seinen Interessen schaden könnten, abschmettern. Da außerdem Einstimmigkeit bei den Gesetzesinitiativen gefordert ist, kann dies durchaus zu Problemen führen. Einen weiteren Interessenskonflikt kann auch die Nähe zu Landesgremien des Heimatbundeslandes eines Ministers bringen. An Lösungsansätzen für all diese Probleme arbeiten die unterschiedlichen Regierungskonstellationen seit Beginn der Zweiten Republik.¹²¹

In der Folge wird sich diese Arbeit nun schwerpunktmäßig der Untersuchung des ersten Kabinetts Kreiskys, der ersten und einzigen Minderheitsregierung Österreichs in der Zweiten Republik, widmen. Die als „Ära Kreisky“ bekannte politische Periode der Zweiten Republik begann überraschend und entwickelte sich zu einer Erfolgsgeschichte

¹²¹ Vgl. Wolfgang C. Müller (2006): Regierung und Kabinettsystem. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, S. 176 f.

unter der Ägide des Mannes, dessen Namen wohl untrennbar mit dem Aufbruch in eine soziale Zukunft der Nachkriegsgenerationen verbunden ist: Bruno Kreisky.

3 Die SPÖ unter Bruno Kreisky

3.1 Die Gallionsfigur Bruno Kreisky

Bruno Kreisky wurde am 22. Jänner 1911 in Wien-Margareten als Sohn von Irene und Max Kreisky geboren. Beide Elternteile entstammten bürgerlichen Familien aus Böhmen und waren nach Wien ausgewandert. Vater Max Kreisky, der aus einer weniger betuchten Lehrerfamilie kam, machte seinen beruflichen Weg in Wien. Er wurde aus Böhmen als Generaldirektor der Österreichischen Wollindustrie AG und Textil AG in die Reichshauptstadt berufen und bekleidete u.a. auch noch weitere hohe Posten z.B. war er Zensor der Österreichischen Nationalbank, Zollbeirat, etc... Mutter Irene Kreisky, geborene Felix, entstammte der berühmten Konservenfabrikanten Dynastie und brachte eine beachtliche Mitgift in die Ehe mit.¹²² Politisch gesehen war die *„Einstellung der Familie Felix ... konservativ-liberal, es gab in der Familie keinen einzigen Sozialdemokraten. Man war schwarzgelb „bis in die Knochen“, und nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Christlich-Soziale Partei gewählt.“*¹²³

Lediglich der Bruder seiner Großmutter väterlicherseits, Josef Neuwirth, ehemals einer der Gründer der Neuen Freien Presse, saß von 1873 bis 1895 als Abgeordneter für die Liberalen im österreichischen Reichsrat. Er unterstützte zur damaligen Zeit schon die Arbeitervereine und warnte vor Verabschiedung des Anarchistengesetzes, das seiner Ansicht nach zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und dem Kapital führen würde.¹²⁴ Einen Aufstieg in ministerielle Weihen verhinderte seine Konfessionslosigkeit. Hierzu gibt es die Erzählung, dass Kaiser Franz Joseph, auf die Erklärung, was denn Konfessionslosigkeit wäre, gemeint hätte: *„Nein, da wär mir schon lieber, er wär ein Jud.“*¹²⁵ Auch Kreiskys Eltern teilten diese konfessionslose Einstellung. Kreisky lernte zwar von seinem Großvater Benedikt Kreisky Hebräisch lesen, wurde aber weder im Jüdischen Geiste erzogen, noch war ihm die mosaische Religion sehr vertraut – sie wurde ihm Hause Kreisky als gesellschaftlich nicht relevant, einfach nicht thematisiert.¹²⁶ In späteren Jahren, während des Naziregimes und auch mit

¹²² Vgl. Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag, S. 45 ff.

¹²³ Ebenda, S. 45.

¹²⁴ Vgl. ebenda, S. 46.

¹²⁵ Vgl. ebenda, S. 47.

¹²⁶ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 28 f.

Beginn seiner politischen Laufbahn, sollte dies wieder zum Thema werden. Kreisky selbst stand seiner religiösen Herkunft kritisch gegenüber:

„Selbst wenn ich es wollte, ich könnte meine jüdische Herkunft nicht verleugnen,“ pflegte Kreisky später zu sagen, bezeichnete sich aber als Agnostiker und setzte sich gegen „Vereinnahmungen“ durch Exponenten des Judentums zur Wehr, man denke nur an seine hasserfüllten Auseinandersetzungen mit Simon Wiesenthal, (...) Sein sehr persönlich bestimmtes Verhältnis zum Judentum, das auch nach 1945 von den Vor-Holocaust-Erfahrungen bestimmt geblieben war, sollte während seines späteren politischen Lebens eine Quelle des Konflikts, aber auch großer Missverständnisse bleiben. Eines steht jedoch fest: In den Matriken der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien findet sich ein Eintrag, Dr. jur. Bruno Kreisky sei am 13. Oktober 1931 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten.“¹²⁷

Kreiskys Kindheit und Jugend war vom Untergang des Habsburgerreiches geprägt. Neben den Eindrücken der untergehenden Monarchie - die Kreiskys wohnten in der Nähe der Schule in der Mollardgasse, wo ein Lazarett für die, aus Italien kommenden, verwundeten Soldaten untergebracht war – kam Kreisky auch relativ jung mit dem Elend der Arbeitersiedlungen in Kontakt.¹²⁸ Kreisky selbst beschreibt das erste Zusammentreffen mit der Realität in den Vorstädten in eindrucksvoller Weise, eine Begegnung, die ihn nachhaltig prägen sollte:

„Der Krieg hat die Kinder rasch reif werden lassen. Mit sechs Jahren gehörte ich zu einem Kreis von eigentlich recht wohlerzogenen Buben. Wir hatten einen Anführer, dem wir vollkommen hörig waren. Er war zehn Jahre älter und hat seine Autorität bis zum Letzten ausgespielt. Durch ihn bin ich zum ersten Mal in die Elendsviertel in der Umgebung Wiens gekommen, nach Inzersdorf hinaus, wo seinerzeit Viktor Adler der ganze Jammer der Menschheit angefasst hat und wo die großen Sozialreportagen entstanden,

¹²⁷ Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag., S. 29.

¹²⁸ Vgl. Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S.18.

die viele aufrüttelten. Als Viktor Adler von einer alten Frau gebeten wurde, angesichts dieses Elends doch zu helfen, musst er ihr sagen: ‚Leutln, euch kann kein Doktor helfen.‘“¹²⁹

Kreiskys Schullaufbahn gestaltete sich, nach vier Jahren Volksschule im fünfzehnten Wiener Gemeindebezirk, eher turbulent. Bereits in der Schule zeigte sich sein politisches Talent und er begann sich im Rahmen der SAJ, der Sozialistischen Arbeiterjugend, politisch zu engagieren. Markante Ereignisse für diesen Entschluss stellten 1924 der Selbstmord eines Schulkameraden und die daraufhin, vor dem Gebäude des Wiener Stadtschulrates, stattfindende Demonstration gegen Jugendunterdrückung, sowie 1927 der Brand des Justizpalastes¹³⁰ nach den Prozessen gegen die Schützen von Schattendorf dar.¹³¹

Im Gymnasium zeichnete sich der Schüler Bruno Kreisky sowohl durch viele Abwesenheitstage als auch durch seine Aufsässigkeit den Lehrern gegenüber aus. Nach einem Schulwechsel in das Gymnasium Radetzkystraße im dritten Wiener Gemeindebezirk, konnte er schließlich 1929 seine Matura ablegen.¹³² Auch in der SAJ machte Kreisky, trotz seiner bourgeoisen Herkunft und seiner Matura Karriere – binnen kurzer Zeit war er zum Wiener Jugendobmann aufgestiegen. Einer seiner Gegenkandidaten bei dieser Wahl war übrigens Otto Probst, der auch 1967, bei seiner Wahl zum Bundesparteivorsitzenden auf der Gegenseite stehen sollte.¹³³ In der Maturazeitung wurde Kreisky wegen seiner radikalen Einstellung von seinen Mitschülern verspottet, ein Umstand, der ihn sehr getroffen hat:

„Kreisky, der ein Idealist

¹²⁹ Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S.19.

¹³⁰ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 10.

¹³¹ Im burgenländischen Schattendorf war es 1927 zwischen der rechten „Bürgerwehr“ und dem sozialdemokratischen „Republikanischen Schutzbund“ zu einer Schießerei gekommen. Durch einen Hinterhalt der Bürgerwehr wurden ein achtjähriges Kind und ein Kriegsversehrter getötet. Im Prozess wurden die feigen Mörder freigesprochen. Ihr Mord wurde als Notwehr dargestellt und sie als Ehrenmänner bezeichnet. Eine Ungerechtigkeit, die tausende Arbeiter auf die Straßen Wiens trieb, wo als Zeichen gegen die klassenfeindliche Rechtssprechung der Justizpalast in Brand gesteckt wurde.

¹³² Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 10.

¹³³ Vgl. Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag. S. 52 f.

*Ist ein wenig Kommunist.
Jeder, der anders orientiert,
Ist ein Bourgeois total borniert.
Besonders wenn er über Vaugoin, [Carl Vaugoin, christlichsozialer Politiker,
Anm.]
Oder sonst wen beginnt loszuziehen,
Bemerkt man in dem Kandidat
Den künftigen Gemeinderat.“¹³⁴*

Seine Tätigkeit in der SAJ begründete auch die langjährige Verbundenheit Bruno Kreiskys zur niederösterreichischen SPÖ, wo er seine politische Heimat in der Bezirkspartei Tulln fand. Kreisky selbst sagte, dass er in Wien nie die Karriere gemacht hätte, die ihm aus den niederösterreichischen Reihen möglich war.¹³⁵

Nach der Schulzeit hatte Kreisky begonnen Jus zu studieren. Seinen ursprünglichen Plan in die Medizin zu gehen, hatte er auf Anraten Otto Bauers, der von Kreisky sehr verehrt wurde, aufgegeben. Bauer hatte ihm die Juristerei ans Herz gelegt, da er die Meinung vertrat, dass die Partei gute Juristen bräuchte.¹³⁶ Die Zeit an der Universität zählt zur negativsten in Kreiskys Leben. Kreisky erlebte einen aggressiven Antisemitismus, eine Hatz auf Sozialdemokraten und den aufkeimenden brutalen Deutschnationalismus. Hörer jüdischer Herkunft und die „Roten“ wurden von Nazistudenten aus dem Hörsaal getrieben und durch die Universität zum Ausgang geprügelt.¹³⁷

Die kommenden Ereignisse 1934 warfen ihre langen Schatten voraus – am 4. März 1933 hatte Dollfuss durch eine Geschäftsordnungspanne den Nationalrat ausgeschaltet und die „Vaterländische Front“ als Regierungspartei, auf Basis des Notverordnungsrechts von 1918, etabliert.¹³⁸ Am 12. Februar 1934 – dem wohl schwärzesten Tag in der Geschichte der Sozialdemokratie – erstürmten in Linz

¹³⁴ Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag, S. 52.

¹³⁵ Vgl. Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S. 93 ff.

¹³⁶ Vgl. ebenda. S.112 f.

¹³⁷ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 11.

¹³⁸ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 40.

Polizisten das Arbeiterheim „Hotel Schiff“ mit der Vermutung dort auf ein Waffenlager zu treffen. Diese darauf folgende Schießerei zog ihre Kreise und weitete sich zu einem landesweiten Bürgerkrieg zwischen den rechtsextremen Heimwehrverbänden und sozialistischen Schutzbündlern aus. In Wien fanden diese Kämpfe rund um die „roten Hochburgen“ in den Gemeindebauten statt und forderten hunderte Opfer, darunter auch zahlreiche Unbeteiligte.¹³⁹ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass Kreisky in einem Interview mit der Politologin Elisabeth Horvath gemeint hat:

„Es haben jene Leute recht, die sagen, „der Kreisky hat eigentlich die Christlichsozialen mehr gehasst als die Nazis.“ Die Christlichsozialen haben uns ja am 12. Februar 1934 besiegt, und wir sind die Unterlegenen gewesen. Unsere unmittelbare Niederlage hat in dem Feuer des Februar gebrannt. (...) Die wirklichen Faschisten waren für uns die Christlichsozialen. Das ist auch der Schlüssel, warum ich gegen junge Leute, die vom Hitler-Regime verführt worden sind, keinen Hass empfunden habe, außer jemand trägt durch seine Taten das Stigma des Holocaust.“¹⁴⁰

Als nach den Vorkommnissen im Februar 1934 die sozialistische Partei endgültig verboten wurde, arbeitete der junge Bruno Kreisky in der Illegalität weiter für seine Überzeugung. Um die Arbeiter-Zeitung, die nunmehr in Brünn gedruckt wurde, weiter verteilen zu können, schmuggelte Kreisky Briefmarken über die tschechische Grenze. Bei einer Versammlung der illegalen „Vereinigten Sozialistischen Partei“ Ende Dezember 1934 gelang es der Polizei einen Spitzel einzuschleusen. Es folgte eine Verhaftungswelle, der auch Kreisky am 31. Jänner 1935 zum Opfer fiel. Er wurde verhaftet und musste bis zu Beginn der sogenannten „Sozialistenprozesse“ in Haft bleiben. In dieser Zeit lernt Kreisky viele politische Mithäftlinge – auch illegale Nazis – kennen und respektieren, eine Haltung, die ihm in seinem späteren Leben noch von Nutzen sein wird.¹⁴¹ Die Haft hinterlässt tiefe Spuren bei dem 25jährigen. Er beginnt ein Hafttagebuch zu schreiben. Sein Vater aber weigerte sich in dieser Zeit seine Beziehungen für seinen Sohn spielen zu lassen – er hält dies für unehrenhaft.¹⁴²

¹³⁹ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 41 f.

¹⁴⁰ Ebenda. S. 43.

¹⁴¹ Vgl. ebenda. S. 47 ff.

¹⁴² Vgl. ebenda. S. 51.

Im Rahmen des Prozesses hält Kreisky eine flammende Verteidigungsrede, die im internationalen Raum Beachtung findet. Er bekennt sich darin zur Sozialdemokratie und zur Unabhängigkeit Österreichs – man wird auf den jungen Sozialdemokraten aufmerksam – ein Umstand, der ihm in den folgenden Jahren noch zugutekommen wird.¹⁴³

Kreisky wird zu zwölf Monaten schweren Kerkers verurteilt, kommt aber aufgrund der Anrechnung der Untersuchungshaft frei. *„Als er 1970 Bundeskanzler werden sollte, war er übrigens der erste wegen „Hochverrats“ verurteilte Staatsmann: „Ich habe nie den Versuch unternommen, dieses Urteil tilgen zu lassen.“*¹⁴⁴ Es wird vermutet, dass die vergleichsweise milden Urteile sowohl dem internationalen Interesse zu verdanken ist, als auch der Anmahnung Kardinal Innitzers, der das Regime vor den Auswirkungen in der Arbeiterschaft warnte.¹⁴⁵

Nach seiner Haft nimmt Kreisky seine Studien wieder auf – sein Ziel ist es, sein Studium zu beenden. Dies gelingt ihm auch in letzter Sekunde – am 14. März 1938, einen Tag vor Hitlers Rede am Wiener Heldenplatz, legt Kreisky sein letztes juridisches Rigorosum ab. Zur gleichen Zeit sucht die Gestapo seine Eltern auf, um den jungen Mann zu verhaften. –um Repressalien seiner Familie gegenüber zu vermeiden, stellte sich Kreisky einen Tag später der Gestapo. Er wird in deren Hauptquartier, dem vormaligen Hotel Metropol, in „Schutzhaft“ genommen und ein Opfer der Verhörmethoden der Nazischergen. Im Zuge der Vernehmungen wird ihm, aufgrund seiner Freundlichkeit gegenüber seinen Nazi-Zellengenossen während der ersten Haft, die Ausreise in ein möglichst weit entferntes Land gestattet.¹⁴⁶

Durch Interventionen eines schwedischen Parteigenossen – dem späteren Außenminister – Torsten Nilsson konnte Kreisky nach Schweden auswandern, wohin er, durch die Familie seiner Mutter, auch familiäre Bindungen hatte. Sein Cousin Herbert Felix hatte nach Schweden geheiratet und betrieb dort eine Dependence des Familienunternehmens Felix Konserven. Diese Bindung, auch mit einem gewissen finanziellen Rückhalt, politische Kontakte zur sozialistischen Internationale und der

¹⁴³ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 14.

¹⁴⁴ Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 57.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda. S. 57.

¹⁴⁶ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 14 f.

Kontakt zu bereits nach Schweden geflüchteten Genossinnen und Genossen machte Kreisky zu einem „privilegierten“ Exilanten.¹⁴⁷ Im Jahr 1940 konnte er seine Eltern endlich davon überzeugen, ihm ins schwedische Exil zu folgen – Max Kreisky hatte zunächst gezögert, nun wick auch er den politischen Entwicklungen in Österreich. Kreiskys Vater wurde im Exil aber nicht glücklich – er starb bereits 1944 im Alter von 68 Jahren. Kreiskys älterer Bruder Paul, der einzige in der Familie, der sich als Jude gefühlt hatte und so leben wollte, war bereits 1938 nach Palästina ausgewandert,¹⁴⁸ wo ihn Kreisky zeitlebens finanziell unterstützte, da sein Bruder aufgrund einer Kopfverletzung, die er sich in der Kindheit zugezogen hatte, psychisch labil war.¹⁴⁹ Kreiskys privates Glück gipfelte 1942 in der Verhehlung mit der österreichisch-schwedischen Industriellentochter Vera Fürth und seine beiden Kinder Peter und Susanne erblickten noch in Schweden das Licht der Welt.¹⁵⁰

Im Exil arbeitete Kreisky sieben Jahre lang als ökonomischer Berater der Stockholmer Konsumgenossenschaft und als Korrespondent bzw. Mitarbeiter zahlreicher Journale und Zeitungen.¹⁵¹ Im Zuge seiner Arbeit traf Kreisky auf einen jungen deutschen Sozialdemokraten, der ihn bis zu seinem Tod in Freundschaft begleiten sollte – den späteren deutschen Kanzler Willy Brandt. Gemeinsam mit dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, dem beide auch freundschaftlich verbunden waren, sollten sie die Weltpolitik in den 70ern nachhaltig beeinflussen.¹⁵² Der junge Politiker Kreisky schaffte es sehr rasch, sich auch in der schwedischen Politszene einen Namen zu machen und wurde 1944 Obmann der „Österreichischen Vereinigung in Schweden“. Eine Organisation, die nach dem Krieg vom schwedischen Innenminister beauftragt wurde, Hilfslieferungen – die sogenannte „Schwedenhilfe“ (Lebensmittel-, Medikamentenlieferungen und Zubehör für die Wiener Feuerwehr) nach Österreich zu organisieren. Im Zuge dieser Aufgabe betrat Kreisky, wenn auch durch anfängliches Einreiseverbot der Amerikaner erschwert, erstmals im Mai 1946, nach achtjähriger

¹⁴⁷ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 65-73.

¹⁴⁸ Vgl. ebenda S. 75 f.

¹⁴⁹ Vgl. Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S.50 f.

¹⁵⁰ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 77, 85 und 93.

¹⁵¹ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 15 f.

¹⁵² Vgl. Die drei Musketiere: <http://www.zeit.de/2011/04/A-SI-Dreigestirn/seite-1>, 5.1.2012.

Abstinenz, wieder österreichischen Boden.¹⁵³ Er schilderte dies in seinen Memoiren auf höchst bewegende Weise:

„Es war ein froher Empfang. Am Wiener Westbahnhof, der völlig zerstört war, standen viele Freunde, und zum Unterschied von dem, was mein Schwiegervater prophezeit hatte, empfingen sie mich mit gewaltigen Blumensträußen im Arm. (...) Es war – ich weiß es noch heute – die Zeit der Blüte des Jasmins: duftende Sträuße in den Armen ausgemergelter Leute, gezeichnet vom Hunger und der Not der Zeit und durch die Gefängnisjahre, die viele hinter sich hatten. Die Seligkeit der Rückkehr, der Duft der Blüten: Ich war wie betäubt und „schwebte“ über den Trümmern des Wiener Westbahnhofs. Binnen weniger Augenblicke schien es mir so, als wenn ich nie weggegangen wäre.“¹⁵⁴

In Wien zurückgekehrt, trat Kreisky auf Anraten von Karl Renner und Adolf Schärf in den diplomatischen Dienst ein und wurde dem, als schwierig geltenden Paul Winterstein 1947 als Attaché der österreichischen Gesandtschaft in Stockholm zugeteilt. *„Ein österreichische Baron als Vorgesetzter eines revolutionären Sozialisten: heraus kam ein Arbeitsteam, dessen so entgegengesetzte Pole einander respektierten, ja sogar verstanden.“¹⁵⁵*

Im Jänner 1951 kehrte die Familie Kreisky dauerhaft nach Wien zurück und Bruno Kreisky trat seinen Dienst im Außenministerium an. Kreisky nahm auch seine Tätigkeit in der Sozialistischen Partei wieder auf. Unter dem Bezirksvorsitzenden Franz Olah, einem Mann, der seinen politischen Weg noch maßgeblich beeinflussen sollte, wurde Kreisky Subkassier in Wien Hernals. Eine erste große Chance bot sich dem Politiker Kreisky als Theodor Körner am 21. Mai 1951, nach dem Tode Karl Renners,

¹⁵³ Vgl. Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 16 f.

¹⁵⁴ Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S. 265.

¹⁵⁵ Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag. S. 72.

Österreichischer Bundespräsident wurde und ihm das Amt des Kabinettvizeleiters angeboten wurde.¹⁵⁶

„Kreisky konnte in dieser Funktion an wichtigen und informativen Beratungen der Staatsspitze teilnehmen, sowie Einfluß auf den Bundespräsidenten ausüben, etwa in der Forderung nach der Neutralität (Eisenstadt, 1951) und in der strikten Ablehnung einer Regierungsbeteiligung des VDU, 1953 (Verband der Unabhängigen) durch den Bundespräsidenten.“¹⁵⁷

Als 1953 die SPÖ stimmenstärkste Partei wurde, bot man Bruno Kreisky den Posten des Staatssekretärs im Außenministerium an – er wurde am 2. April 1953 für dieses Amt angelobt. Die kommenden Jahre waren durch die Verhandlungen zum Staatsvertrag geprägt. Kreisky setzte sich sowohl innen- und auch außenpolitisch vehement für die Neutralität Österreichs ein. Bei den Alliierten stieß er damit auf wenig Gegenliebe.¹⁵⁸

„Die Sowjets reagierten negativ. Sie konnten sich unter dieser „Neutralität“ nichts Rechtes vorstellen. Die Westmächte waren böse. Sie nämlich konnte sich unter dem Neutralitätsbegriff, wie er hier geprägt wurde, sehr gut was vorstellen. Für sie bedeutete ein neutrales Österreich die Trennung des NATO-Bereiches in Deutschland und Italien durch einen österreichischen Riegel; praktisch die Sprengung der NATO-Brücke zwischen Nord und Süd.“¹⁵⁹

Nach einer diplomatischen Niederlage bei der Viermächtekonferenz 1954 in Berlin – Russland verweigerte die Zustimmung zu einem Staatsvertrag mit der darin verankerten Neutralität, sondern verlangte die fortdauernde Stationierung von symbolischen „5.000“ Mann auf österreichischem Staatsgebiet – bot sich, im März 1955, im informellen Rahmen eines Abendessens die Möglichkeit den russischen Vertretern seine Sichtweise

¹⁵⁶ Vgl. Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag. S. 73.

¹⁵⁷ Gerhard Schmid (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983); Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien. S. 19.

¹⁵⁸ Vgl. ebenda. S. 19.

¹⁵⁹ Spectator (1971): Mann auf Draht. Österreichische Portraits. Bruno Kreisky. Elbemühl Ges.m.b.H. Buch-, Kunst- und Musikalienverlag, S. 55.

der Neutralität näher zu bringen – mit großem Erfolg.¹⁶⁰ Im April 1955 flog eine hochrangige Delegation mit Leopold Figl, Julius Raab, Adolf Schärf und Bruno Kreisky nach Moskau, um weiter über den Staatsvertrag zu verhandeln. Interne politische Umwälzungen, v.a. die deutliche Distanzierung zum Stalinismus, hatten die Führung in der UdSSR unter Nikita Chruschtschow zum Umdenken gebracht und man wollte dies nun auch nach außen signalisieren. Die Zustimmung zum österreichischen Staatsvertrag erwies sich hierfür als gute Gelegenheit.¹⁶¹ Am 15. April 1955 wurde das Moskauer Memorandum, das Schlüsseldokument auf dem Weg zum Staatsvertrag, unterschrieben. Kreisky beschreibt hier in seinen Memoiren seine Gefühle auf höchst berührende Weise:

„Zu Mittag flogen wir nach Hause. Dort wurden wir mit ungeheurem Jubel empfangen. Tausende säumten die Straßen vom Flughafen Bad Vöslau nach Wien. Dieser 15. April 1955 war der größte Tag meines politischen Lebens. Nie wieder, so schien mir, würde ich Ähnliches erleben. Und so ist es bis heute geblieben.“¹⁶²

Die Nationalratswahl 1959 hatte die SPÖ wieder, diesmal unter dem Vorsitz von Bruno Pittermann, erfolgreich bestritten. Durch die Wahlarithmetik war sie allerdings, aufgrund eines fehlenden Mandats, gezwungen als Koalitionspartner in die Regierung Raab III einzutreten. Aufgrund seiner Verdienste wurde Bruno Kreisky das Amt des Außenministers angeboten, welches dieser allerdings nur unter der Prämisse übernahm, dass das Außenministerium, bis 1959 ein Ressort unter der Ägide des Bundeskanzleramtes, ein eigenständiges Ministerium werden sollte. Dieser Schachzug sicherte dem sozialdemokratischen Politiker auch die Sympathien seiner zu einem großen Teil konservativen Mitarbeiter.¹⁶³

Kreiskys Errungenschaften im Rahmen seiner außenpolitischen Tätigkeiten – sei es die Südtirolfrage, seine Bemühungen um die Nachbarschaftspolitik, sein Engagement Österreichs in den internationalen Organisationen wie z.B. der UNO und nicht zuletzt

¹⁶⁰ Vgl. Spectator (1971): Mann auf Draht. Österreichische Portraits. Bruno Kreisky. Elbemühl Ges.m.b.H. Buch-, Kunst- und Musikalienverlag., S. 61 - 76.

¹⁶¹ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 107 ff.

¹⁶² Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S. 315.

¹⁶³ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 121 ff.

natürlich auch seine Anstrengungen für eine friedliche Nah-Ost Politik würden den Rahmen dieser Arbeit mehr als sprengen. Festgestellt werden kann aber, dass Österreich nach der Regierungszeit Bruno Kreiskys außenpolitisch nie wieder die Bedeutung erlangen konnte, die es in den 70er Jahren bis Mitte der 80er Jahre gehabt hatte.¹⁶⁴

Parteiintern entwickelten sich die beginnenden 60er Jahre für Bruno Kreisky mehr als positiv. Die massiven Rückschläge, die die Sozialistische Partei hinnehmen musste, boten ihm die Chance, eine devastierte Partei durch Reformen und einem neuen Politikstil in die wohl erfolgreichste Ära ihrer Geschichte zu führen.

¹⁶⁴ Vgl. Helmut Kramer (2006): Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945 – 2005). In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. S. 816 ff.

3.2 Die 60er – ein schwieriges Jahrzehnt für die SPÖ

3.2.1 In der ideologischen Krise

Betrachtet man die Entwicklung der Sozialistischen Partei Ende der 50er Jahre, Anfang der 60er Jahre befand sich die Bewegung an einem kritischen Wendepunkt. Die ideologische Position der ehemaligen Partei der „klassenlosen Gesellschaft“ erwies sich im Zeitalter des beginnenden Weltwirtschaftswunders als nicht mehr zeitgemäß. Das nach wie vor geltende Grundsatzprogramm der SPÖ war bis 1958 das „Linzer Programm“ von Otto Bauer, beschlossen am Parteitag 1926 in Oberösterreich:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs, gestützt auf die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus und auf die Erfahrungen jahrzehntelanger sieghafter Kämpfe, eng verbunden den sozialistischen Arbeiterparteien aller Nationen, führt den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und setzt ihm als Ziel die Überwindung der kapitalistischen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.“¹⁶⁵

Es stammte aus der Zwischenkriegszeit und umfasste neben Grundzüge des Austromarxismus, den Kampf gegen die Katholische Kirche und die „Diktatur des Proletariats“. Bereits nach dem Krieg hatte eine kleine Gruppe rund um Adolf Schärf und Theodor Körner mit der Adaptierung des Programms an die Gegebenheiten der Nachkriegszeit begonnen, doch die Dogmatiker setzten sich durch und eine Programmdiskussion wurde vertagt. Im Jahr 1957 begann eine Gruppe, rund um den neuen Vorsitzenden Bruno Pittermann, darunter auch Bruno Kreisky, mit der Überarbeitung des Programms. Nach heftigen Debatten am Parteitag, wo den Verfassern ein Rechtsruck, Verunglimpfung der traditionellen, ideologischen Werte, eine Kollaboration mit dem alten „Feind“, der Katholischen Kirche etc..., vorgeworfen wurde, kam es nach einigen Bereinigungen 1958 zur Abstimmung.¹⁶⁶ Es endete in einem Kompromissprogramm, mit folgenden Schwerpunkten:

¹⁶⁵ Otto Bauer (1926): Das Linzer Programm. In: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.) (2001): ROT. Die österreichische Sozialdemokratie. Politik. Geschichte. Kultur. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende. CD-ROM. Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien. Unterpunkt Organisation, Utopie Klassenlose Gesellschaft. Parteiprogramme.

¹⁶⁶ Vgl. Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiohmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 11.

„Der Sozialismus wird als politisches Staats- und Wirtschaftssystem angesehen und nicht als Weltanschauung. Eine Öffnung der Partei wird angestrebt, sie vertritt alle Arbeitenden. Das Verhältnis zur Religion und zur Katholischen Kirche wird entspannt. Glauben und Sozialismus sind keine Gegensätze mehr. Gemeinsames Wirken von Privat- und Gemeinwirtschaft wird anerkannt und nicht automatisch verteufelt. Das Allgemeinwohl steht im Vordergrund.“¹⁶⁷

Die Ansätze zur Modernisierung waren in dem Parteiprogramm durchaus gegeben, alleine an der Umsetzung krankte es, da es nicht mit Begeisterung von den Genossen getragen wurde. Eine Umsetzung des Wandels sollte erst Bruno Kreisky zehn Jahre später gelingen.¹⁶⁸

3.2.2 Die Habsburg Affäre

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Familie Habsburg-Lothringen, durch die sogenannten „Habsburgergesetze“¹⁶⁹, ihrer Güter enteignet und mit Einreiseverbot nach Österreich belegt.

Im Zuge eines Ministerrats im Jahr 1961, zwei Jahre nachdem die große Koalition, abermals unter der Führung Gorbachs, erneuert worden war und es um das Klima in der Regierung bereits nicht zum Besten stand, kam es zu einer Diskussion und Abstimmung über eine Loyalitätserklärung Otto Habsburgs, die er nach dem Zweiten Weltkrieg abgegeben hatte, um wieder nach Österreich einreisen zu können.

Die SPÖ zweifelte die Glaubwürdigkeit dieser Erklärung an und stimmte gegen den Antrag der ÖVP, Otto Habsburg wieder einreisen zu lassen. Der Sohn des letzten österreichischen Kaisers beschritt daraufhin zu den Gerichtsweg, bis der Verwaltungsgerichtshof schließlich 1963 die Loyalitätserklärung für ausreichend erklärte. Helle Aufregung in der heimischen Politszene war die Folge. Die SPÖ verlangte eine Nationalratssondersitzung und thematisierte auch auf ihrem nächsten

¹⁶⁷ Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiohmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 11.

¹⁶⁸ Vgl. ebenda. S 12.

¹⁶⁹ Die „Habsburgergesetze“: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=19190004&seite=00000513>, 10.1.2012.

Parteitag die Habsburgergesetze, nicht zuletzt, da Otto Habsburg im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen Karl Renner vor der US-Regierung als Kommunisten dargestellt hatte, was die Verhandlungen gefährden hätte können.¹⁷⁰

Das Ergebnis der Sondersitzung des Nationalrates war ein gemeinsamer Entschließungsantrag der SPÖ und FPÖ zur Neuinterpretation der „Habsburgergesetze“ und ein weiterer gemeinsamer Beschluss brachte die Verlängerung des Einreiseverbotes für Otto Habsburg.¹⁷¹

„Dies war ein Bruch des Koalitionsabkommens, aber die beiden Großparteien konnten im letzten Augenblick die Krise überwinden. Nur Franz Olah [Olah war damals Innenminister, Anm.] goß noch Öl ins Feuer, indem er gegen die dezidierte Weisung Gorbachs Gendarmerie und Polizei befahl, die Einreise Habsburgs zu verhindern.“¹⁷²

Erst Bruno Kreisky konnte diese Affäre 1972 durch einen „historischen Handschlag mit Otto Habsburg“ bereinigen.¹⁷³

Nachdem Bundespräsident Schärp die FPÖ als demokratische Partei anerkannt hatte, begann nun auch eine gewisse Annäherung zwischen der SPÖ und der FPÖ auf Basis einer Diskussion rund um eine Wahlrechtsreform. Das vorherrschende Wahlrecht hatte der SPÖ zweimal die Mandatsmehrheit gekostet, trotzdem sie stimmenstärkste Partei gewesen war und benachteiligte die kleinen Parteien. Eine weitere Zusammenarbeit mit der FPÖ, in der sich zahlreiche Nationalsozialisten wiederfanden, wurde allerdings von Funktionären und Funktionärinnen wie Rosa Jochmann und weiteren Opfern des NS-Regimes aus verständlichen Gründen abgelehnt. Außerdem befürchtete der Vorsitzende Bruno Pittermann eine Koalition mit der FPÖ unter der Führung eines Bundeskanzlers Franz Olah, der dieser Lösung durchaus etwas abgewinnen konnte. Bruno Kreisky gehörte damals ebenfalls den Gesprächszirkeln an und konnte wahrscheinlich so bereits

¹⁷⁰ Vgl. Oliver Rathkolb (2011): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Haymon, S. 313.

¹⁷¹ Vgl. Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 20.

¹⁷² Ebenda. S 20.

¹⁷³ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 149.

Kontakte knüpfen, die ihm 1970, für die Unterstützung der Minderheitsregierung, von Nutzen waren.¹⁷⁴

3.2.3 Die Olah Krise

Kreiskys Mentor Franz Olah, der ihn nach Hernals in die Kommunalpolitik geholt und durch eine Streichungsaktion am Parteitag 1956, den damals noch unbeschriebenen Kreisky, in den Bundespartei Vorstand geholfen hatte,¹⁷⁵ erwies sich im Laufe seiner Karriere als Machtpolitiker, der die SPÖ in eine der schwersten Krisen der Nachkriegszeit stürzte.

Nach dem Krieg, ab 1938 war Olah wegen seiner Gesinnung sieben Jahre in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald, kletterte Franz Olah schnell die Karriereleiter im ÖGB und in der SPÖ hinauf. Vom Zentralsekretär der Bau-Holzarbeiter Gewerkschaft, Wiener Landtagsabgeordneter, Nationalratsabgeordneter, ab 1955 ÖGB Vizepräsident, 1959 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und zweiter Präsident des Nationalrates, bis hin zum Innenminister in der Regierung Gorbach II 1963.¹⁷⁶

Olah galt als charismatischer, aber cholerischer Politiker:

„...von unbändigen Ehrgeiz getrieben, ein Machtmensch durch und durch. (...) Er hatte eine ungewöhnliche Durchsetzungskraft, sowohl innerparteilich wie auch in den Verhandlungen mit der ÖVP. Ein großer Mangel in der Politik des Franz Olah war das fast vollständige Fehlen einer Ideologie, er machte sich nicht die Mühe, Probleme der Partei in ihrer Struktur anzugehen, er versuchte, alles auf eine Obmanndebatte zu reduzieren. Olah verkörperte den echten Arbeiterführer mit proletarischer

¹⁷⁴ Vgl. Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiohmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 19 ff.

¹⁷⁵ Vgl. ebenda. S 37 ff.

¹⁷⁶ Fritz Klenner/ Brigitte Pellar (1999): Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 633 ff.

Herkunft und entsprechendem Auftreten, er konnte die Massen begeistern und hatte das Charisma eines Volkstribunen.“¹⁷⁷

Als Olah 1963 Innenminister geworden war, legte er gleichzeitig sein Amt als ÖGB-Präsident zurück. Im selben Jahr flog dann eine Veruntreuung von Zinsenbonifikationen der BAWAG an den ÖGB auf, die durch Olah veranlasst worden war.¹⁷⁸ Im Zuge dieser Affäre kam dann auch noch zu Tage, „dass Franz Olah ein Sparbuch dieser Gewerkschaft [Anm. Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter] über zehn Millionen Schilling bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ohne Wissen des Gewerkschaftsvorstands verpfändet hatte.“¹⁷⁹ Franz Olah war ein Politiker, der es verstand, die Medien für sich und die Partei zu nützen und so trachtete er danach Österreichs ehemals größte Tageszeitung – die „Kronenzeitung“ als „Sprachrohr“ der SPÖ, unter einem Vorsitzenden Franz Olah, zu nützen.¹⁸⁰ Er unterstützte mit den Geldern des ÖGB den Wiederaufbau der Kronenzeitung und installierte neben Hans Dichand, den Sohn eines Freundes – Kurt Falk. Im Kampf um die Parteiführung schreckte Franz Olah auch nicht davor zurück, seine parteiinternen Gegner wie Pittermann, Benya und Broda durch die Kronenzeitung öffentlich vorzuführen.¹⁸¹

Im Zuge der Überprüfung der ÖGB Finanzen durch Olahs Nachfolger im Präsidentenamt Anton Benya kam dann schließlich auch eine Zuwendung an die FPÖ ans Tageslicht. Nach einem Interview mit der Zeitschrift „Die Presse“ in der Olah auch noch parteischädigende Aussagen getätigt hatte, wurde schließlich ein Parteischiedsgericht einberufen, das über den Ausschluss von Franz Olah beraten sollte. Als Konsequenz kam es zu zahlreichen Pro-Olah Demonstrationen und auch die SPÖ Niederösterreich, hier unter der Federführung von Bruno Kreisky, ergriff für Olah Partei, was in der Partei nicht goutiert und ihm noch Jahre nachgetragen wurde. Der Ausschluss von Franz Olah erfolgte am 4. November 1964.¹⁸² Sein Nationalratsmandat behielt er, nach einer Klage bei der Hauptwahlbehörde, bis 1966 ohne

¹⁷⁷ Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 32.

¹⁷⁸ Vgl. Fritz Klenner/ Brigitte Pellar (1999): Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, S. 634.

¹⁷⁹ Ebenda. S. 634.

¹⁸⁰ Vgl. Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 33.

¹⁸¹ Vgl. ebenda, S. 34.

¹⁸² Vgl. ebenda, S. 36 ff.

Klubzugehörigkeit als „wilder Abgeordneter“. Doch der Machtpolitiker wollte sich nicht geschlagen geben. Die kommende Nationalratswahl bot Olah dann noch eine Chance für eine Revanche. Mit der Gründung der „DFP – Demokratische Fortschrittliche Partei“, im Jahre 1965, verstärkte er durch seine Kandidatur die empfindliche Niederlage der SPÖ in der Nationalratswahl 1966. Die DFP bekam zwar nur 3% Prozent der Stimmen und kam somit nicht ins Parlament, sie brachte aber der ÖVP die Mandatsmehrheit im Vergleich zur SPÖ. 1969 wurde wegen der Veruntreuung von ÖGB-Geldern ein Strafprozess gegen den ehemaligen Präsidenten geführt, in dem Olah zu einem Jahr Kerker verurteilt wurde. Nach Verbüßung der Haft zog sich Franz Olah aus der Politik zurück.¹⁸³

Kreisky hielt bis zum Schluss, als er schließlich erkennen musste, dass Olah erdrückende Schuld auf sich geladen hatte, zu seinem Mentor.

3.2.4 Die Affäre Fußach

1964 war für die SPÖ kein glorreiches Jahr. Neben der bereits angeführten „Olah – Krise“ trug auch die „Fußach – Affäre“ zum Schwinden der Sympathien der Bevölkerung, speziell der in Westösterreich beheimateten, für die Sozialisten bei.

Die Sozialistische Partei hatte, historisch bedingt, ihr Machtzentrum immer in der Bundeshauptstadt. Die Wiener SPÖ besetzte die Schlüsselämter und war tonangebend für die Linie der Partei. Konträr zur Linie der ÖVP, die auf Föderalismus auch in den Parteistrukturen setzte, negierten die Wiener Gremien sehr oft die Stimmen aus den Bundesländern – so auch im Falle von Fußach.¹⁸⁴

Die Republik Österreich hatte für die ÖBB zwei Schiffe in der Korneuburger Schiffswerft bauen lassen. Eines davon sollte die Donau bereichern, das andere auf dem Bodensee eingesetzt werden. Für das Donauschiff war der Name „Theodor Körner“ geplant und für die Bodenseeflotte „Karl Renner“.¹⁸⁵ Zog man in Betracht, dass die Vorarlberger dem damaligen Staatskanzler Renner nie ganz verziehen hatten, dass beim

¹⁸³ Vgl. www.dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie: <http://www.dasrotewien.at/olah-franz.html>, 13.1.2012.

¹⁸⁴ Vgl. Harald Pesendorfer (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiobmann. Diplomarbeit, Universität Wien. S 43.

¹⁸⁵ Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>, 13.1.2012.

Frieden von St. Germain nie, der mit 80% beschlossene Anschluss Vorarlbergs¹⁸⁶ an die Schweiz zur Sprache gekommen war, eine nicht ganz unproblematische Wahl. Vorarlbergs ÖVP-Landeshauptmann Ulrich Ilg wurde daher beim damaligen SPÖ-Verkehrsminister Otto Probst vorstellig und erbat, das Schiff für den Bodensee „Vorarlberg“ zu taufen, ein Name für den sich auch der gesamte Landtag ausgesprochen hatte. Probst sicherte ihm sein wohlwollendes Eintreten in den Gremien zu und teilte dann kurz darauf mit, dass man beschlossen hatte, doch bei dem Namen „Karl Renner“ zu bleiben. Von den Vorarlbergern wurde dieses Übergehen ihrer Wünsche als Affront und diktatorischer Akt aus Wien gesehen. Die Vorarlberger Nachrichten schürten den Volkszorn und machten gegen die Entscheidung aus Wien mobil.

Am 21. November 1964, dem offiziellen Tauftermin, wurde Bundesminister Probst, samt Gattin und einer Delegation aus Wien, durch zahlreiche – die Chronik berichtet von über 20.000¹⁸⁷ - auch gewaltbereiten Demonstranten, daran gehindert, die Werft in Fußach zu betreten.¹⁸⁸

„Die Busse mit den Ehrengästen wurden mit Pfiffen, Beschimpfungen, Tomaten¹⁸⁹ und faulen Eiern empfangen, auf das Auto des Generaldirektors der ÖBB wurden Steine geworfen. Der Minister für Verkehr, Otto Probst¹⁹⁰, und seine Gattin kehrten um, da die Gendarmerie ihnen mitteilte, für ihre Sicherheit nicht garantieren zu können“¹⁹¹.

Das Schiff wurde von den Demonstranten unter ihrem Anführer Ernst Marxgut auf den Namen „Vorarlberg“ getauft und die Vorgehensweise sowohl des Ministers als auch der Demonstranten rief eine Medienkampagne auf den Plan, die in erster Linie die SPÖ nicht gut dastehen ließ.¹⁹² Sogar die große Koalition war, durch eine heftige Nationalratsdebatte am 25. November 1964, wo eine dringliche Anfrage der ÖVP zu

¹⁸⁶ Hans Jakob Reich (2009): Als Vorarlberg zur Schweiz wollte. Der Alvier. Geschichte. http://www2.comanitas.com/uploads/media/alvier_vlbg_1.pdf, 13.1.2012

¹⁸⁷ Etwa 9% der damaligen Landesbevölkerung!

¹⁸⁸ Vgl. Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>, 13.1.2012.

¹⁸⁹ Der Spruch „Obst für Probst“ wurde legendär.

¹⁹⁰ Verkehrsminister Probst hat dann auch noch versucht durch die Staatsanwaltschaft Feldkirch die Beschlagnahme der gesamten Tagesausgabe der Vorarlberger Nachrichten zu veranlassen.

¹⁹¹ Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>, 13.1.2012.

¹⁹² Vgl. ebenda, 13.1.2012.

diesem Thema gestellt wurde, vom Scheitern bedroht.¹⁹³ Die Diskussion über die Benennung fand schließlich nach über einem halben Jahr ein gütliches Ende in einer Fernschiffstaufe im Juli 1965 auf den Namen „Vorarlberg“ und mittels eines Erlasses ließ Bundespräsident Franz Jonas die Verfahren im Zusammenhang mit Fußach einstellen.¹⁹⁴ „Fußach´ selbst wurde in kurzer Zeit zum Symbol für erfolgreichen Widerstand gegen Zentralismus. Der ‚Geist von Fußach‘ wird immer wieder gerne in Reden beschworen.“¹⁹⁵ So erbringt die Volltextsuche auf der Parlamentshomepage nach dem Begriff Fußach derzeit 33 Treffer, wo in Nationalratsdebatten auf die Affäre Fußach hingewiesen wird oder sie als mahnendes Beispiel angeführt wird.¹⁹⁶

3.2.5 Die Wahl 1966

Die vorgezogene Nationalratswahl 1966 brachte für die SPÖ ein vernichtendes Ergebnis. Von 4,531.885 gültig abgegebenen Stimmen erhielt die ÖVP 2,191.109 Stimmen, das entsprach 48,35% und somit 85 Mandaten im Nationalrat- ein Plus von 4 Mandaten im Vergleich zu 1963. Die SPÖ erhielt 1,928.985 der Stimmen, das waren 42,56% und somit 74 Mandate - ein Minus von 2 Mandaten. Und schließlich die FPÖ 242.570 Stimmen, 5,35% und 6 Mandate mit ebenfalls einem Minus von 2 Mandaten. Die übrigen kandidierenden Parteien, wie Olahs DFP – die Demokratische Fortschrittliche Partei, die Kommunisten und Linksozialisten (KLS), die Liberale Partei Österreichs (LPÖ) und die Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ) schafften den Einzug ins Parlament nicht.¹⁹⁷ Speziell das Antreten von Olahs DFP schadete der SPÖ massiv. Heinz Fischer beschreibt in seinen Erinnerungen an die Kreisky Jahre seine Gedanken am Tag der Wahl:

¹⁹³ Nationalrat X. GP. - 59. Sitzung - 25. November 1964

http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ_00059/imfname_154281.pdf, 13.1.2012.

¹⁹⁴ Vgl. Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>, 13.1.2012.

¹⁹⁵ Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>, 13.1.2012.

¹⁹⁶ Volltextsuche Parlament nach „Fußach“:

<http://www.parlinkom.gv.at/SUCH/index.shtml?mode=simple&advanced=false&simple=true&s.sm.query=Fu%C3%9Fach&s.sm.type=simpleall&s.ac.language=de&s.ac.hitsPerPage=10&s.ac.offset=20&s.ac.linkHits=true&s.ac.sortBy=default&s.ac.sortOrder=&s.ac.spellchecking=suggest&s.ac.synonyms=true&s.ac.lemmatization=true&s.ac.filterTerms=&s.sm.tid=7e67817f7cfe448188575fb5d2c3ff4e&s.si%28navigation%29.navigationEnabled=true&s.si%28navigation%29.unsupervisedClustersLevel=0&s.si%28navigation%29.breadcrumbs=&s.si%28similarity%29.similarType=&s.si%28similarity%29.documentVector=&#messagesAnchor>, 13.1.2012.

¹⁹⁷ Nationalratswahl vom 6. März 1966:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx, 13.1.2012.

„Ich versuchte mich in die Rolle von Bruno Pittermann zu versetzen, der den Wahlkampf nicht nur gegen eine damals in guter Form befindliche ÖVP führen mußte, sondern auch noch die traumatische Olah-Krise und die Kandidatur Olahs am Bein hatte. Olah hatte seinen Wahlkampf fast ausschließlich gegen die SPÖ geführt und dabei massive Unterstützung durch die Kronen Zeitung erhalten. Genau 14 Tage vor der Wahl hatte die Krise um Olah und die Kronen Zeitung einen Höhepunkt erreicht, als die Kronen Zeitung am 23. Feber 1966 durch Gerichtsbeschluß aufgrund einer Klage des ÖGB unter öffentliche Verwaltung gestellt wurde, diese Entscheidung aber wenig später wieder aufgehoben wurde.“¹⁹⁸

Man kann sich die Wahlberichterstattung der Kronenzeitung nun lebhaft vorstellen. Einen weiteren Grund für die Niederlage 1966 sieht der ehemalige Kreisky-Weggefährte und Innenminister a. D. Karl Blecha in den Unterstützungserklärungen der KPÖ für die SPÖ. Die Angst vor dem Kommunismus war damals in der Gesellschaft so verhaftet, dass man befürchtete, die SPÖ könne dem Kommunismus ein Forum bieten. SPÖ Vorsitzender Bruno Pittermann hatte, als die KPÖ ihre Unterstützungserklärung¹⁹⁹ abgegeben hatte, verabsäumt diese abzulehnen. Etwas, was Bruno Kreisky nach seiner Wahl sofort klarstellte - eine der ersten Äußerungen, die Bruno Kreisky 1967 im Rahmen eines Parteitags im Burgenland abgab, war die Eisenstädter Erklärung.

„Da gab es zuerst einmal die Eisenstädter Erklärung, die festgelegt hat, dass es mit den Kommunisten keine Verbindung geben darf, was äußerst wichtig war, weil die KPÖ 1966 für die SPÖ eine Wahlempfehlung abgegeben hat, die nicht zuletzt zur Niederlage beigetragen hatte. Damals war die Furcht vor dem Kommunismus noch nicht aus der Bevölkerung herausen und Pittermann hatte diese Wahlempfehlung nicht zurückgewiesen. Die Kommunisten haben nur in 2 Wahlkreisen – von 25 – kandidiert und in den restlichen 23 haben sie ihre Anhänger aufgefordert, die SPÖ zu wählen. Das hat Kreisky nie für richtig gefunden und hat daher

¹⁹⁸ Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 13 f.

¹⁹⁹ Franz Muhri, der damalige Vorsitzende der KPÖ hatte im Jänner 1966 bekanntgegeben, dass die Partei nur in einem Wahlkreis, Wien – Nordost, kandidieren werde und empfahl den Genossen im übrigen Österreich die SPÖ zu wählen.

die Eisenstädter Erklärung befürwortet, in der jeder mit Ausschluss bedroht wurde, der sich mit den Kommunisten einlässt.“²⁰⁰

Nach der Wahl gab es interne Beratungen, wie nun vorzugehen sei. Grundsätzlich wurde in der Öffentlichkeit transportiert, dass eine große Koalition wieder das gewünschte Ziel wäre, allerdings mit der Einschränkung, nicht um jeden Preis, abhängig von den Vorschlägen der ÖVP. Hinter den Kulissen war der Parteivorstand gespalten. Ein Großteil des Führungsgremiums der SPÖ zog den Gang in die Opposition vor – hierzu zählten u.a. Bruno Pittermann, Anton Benya und Karl Waldbrunner. Man befürchtete von der ÖVP vorgeführt zu werden, unpopuläre Änderungen mittragen zu müssen und weiter an Stimmen zu verlieren.²⁰¹ Die anderen Funktionäre – zu denen auch Bruno Kreisky zählte, *„waren der Auffassung, daß es für die SPÖ, aber insbesondere auch für das politische Klima in Österreich zu gefährlich wäre, wenn ÖVP und SPÖ bzw. Bürgertum und Arbeiterschaft ähnlich wie in der Ersten Republik wieder durch den Graben zwischen Regierung und Opposition getrennt wären.*“²⁰² Als Verhandlungsteam wurden Bruno Pittermann, Bruno Kreisky und Alfred Schachner entsandt. Die ÖVP stellte in den Verhandlungen untragbare Bedingungen über die Beschneidung der Kompetenzen SPÖ-geführter Ministerien und verlangte vor allem eine Zusammenlegung der Kompetenzen für Bundesheer und Exekutive. Eine für die SPÖ, historisch gesehen, untragbare Verflechtung. Im April 1966 traf die Führungsspitze der SPÖ daher die historisch-bedeutsame Entscheidung in die Opposition zu gehen. Das Abstimmungsergebnis in den Gremien war eindeutig – 30 Stimmen für die Opposition, 10 dagegen. Unter diesen 10 Gegenstimmen fand sich auch die von Bruno Kreisky, dessen große Chance diese Entscheidung noch werden sollte.²⁰³

²⁰⁰ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²⁰¹ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, Wien, S. 14 ff.

²⁰² Ebenda, S. 16.

²⁰³ Ebenda, S. 20 f.

3.3 Die SPÖ unter der Führung von Bruno Kreisky

3.3.1 Reformbestrebungen innerhalb der Partei

Bruno Pittermann war 1966, wahrscheinlich auch aufgrund der politischen Situation und der massiven Wahlniederlage, gesundheitlich angeschlagen. In dem, mit ihm am 14. Dezember 2011 geführten Interview, berichtet BM a.D. Karl Blecha, der Kreisky auch nach Niederösterreich gefolgt war, von den parteiinternen Diskussionen, die die verlorene Wahl nach sich zog:

„Die Übernahme wurde vorbereitet - seit der Niederlage der SPÖ 1966 hat es innerhalb der SPÖ ein großes Rumoren gegeben. Wie das nach einer schweren Niederlage immer ist, wird nach den Schuldigen gesucht. Dies gab es zu dieser Zeit in der SPÖ in großem Maße.“²⁰⁴

Der „Schuldige“ wurde offensichtlich in Bruno Pittermann gefunden – ein Generationswechsel musste her. Bruno Kreisky, der sein Amt als Außenminister mit der Wahl 1966 verloren hatte, hatte sich in seine politische Heimat Niederösterreich zurückgezogen, um dort den Parteivorsitz am 05. Juni 1966 zu übernehmen. Es war zwar ein wenig auch ein Rückzug nach der Olahkrise, aber er begann vor allem hier bereits damit die Partei zu erneuern.²⁰⁵

„...wir haben dort ein Konzept für die Modernisierung Österreichs vorbereitet. Bruno Kreisky war nur für ca. neun Monate der Landesvorsitzende und in dieser Zeit ist etwas, wenn man sich die heutigen gemächlichen Entwicklungen ansieht, Unvorstellbares gelungen: Einerseits wurden viele Weichenstellungen gemacht und andererseits führte die sehr gute Aufnahme Kreiskyscher Ideen in NÖ dazu, dass man sich nach seiner Wahl zum Bundesparteivorsitzenden 1967, aufgrund der Testergebnisse aus NÖ auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten konnte.“²⁰⁶

²⁰⁴ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²⁰⁵ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 156 ff.

²⁰⁶ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

Kreisky begann zuerst einmal damit, die Wirtschaftskräfte des Landes miteinzubeziehen – ganz im Sinne seiner späteren Arbeitsmarktpolitik. Österreich hatte sich nach dem Krieg erholt und war zu einer Industrienation aufgestiegen. Bruno Kreisky war sich immer klar, dass seine Pläne nur erfolgreich sein konnten, wenn er die Bevölkerung hinter sich hatte. Und er ging auf sie zu, egal welcher Couleur sie angehörten:

„Wir haben 1966 zum ersten Mal einen ganz großen Entwicklungsplan für ein, durch die lange russische Besatzung zurückgebliebenes Industrieland, den so genannten NÖ Plan, entworfen. Das war ein großartiges Raumordnungs- und Wirtschaftsentwicklungskonzept, bei dem man alle Wirtschaftstreibenden, natürlich mehrheitlich Schwarze, miteinbezogen hatte. Es sind die Industriellen aus Niederösterreich fast zur Gänze zu diesen Beratungen gekommen. Zum ersten Mal hat man alle in den Entwicklungsprozess für ein Wirtschaftsprogramm eingebunden und damit das erste Highlight – den NÖ Plan geschaffen.“²⁰⁷

Die zweite Bevölkerungsgruppe, die er für sich gewinnen konnte, waren die Künstler. Lange Jahre schon gehörten Maler und Bildhauer, wie z.B. Fritz Wotruba zu seinen besten Freunden. Kreisky initiierte in Niederösterreich einen Pilotversuch, der zur Aussöhnung zwischen Politik und Kunst dienen sollte, ein Verhältnis, das durch die konservativen Kräfte der Vergangenheit mehr als angespannt war.²⁰⁸ Kreisky war mit seinen Pilotversuchen für Wirtschaft- und Kunst so erfolgreich, dass er bereits mit seinem Mitarbeiter Karl Blecha am nächsten Schritt arbeitete, dem Dialog mit der katholischen Kirche, eine Auseinandersetzung, die in Parteikreisen als absolutes Tabuthema gehandhabt wurde. Er sollte dies in einer Funktion weiterführen können, die über die Landesgrenzen von Niederösterreich hinausging.²⁰⁹

Die Zeichen in der Bundespartei standen, wie bereits erwähnt, schon kurz nach der Wahl auf Veränderung und es wurde nach einem neuen Vorsitzenden gesucht. Karl Waldbrunner lehnte aufgrund seines fortgeschrittenen Alters die Kandidatur ab. So sah Bruno Pittermann in Hans Czettel, seinem stellvertretenden Klubobmann, den idealen

²⁰⁷ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²⁰⁸ Vgl. ebenda.

²⁰⁹ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 162 ff.

Nachfolger. Aufgrund seiner Erfolge in Niederösterreich, seiner langjährigen spitzenpolitischen Erfahrungen und seines Reformwillens wurde auch Bruno Kreisky ins Gespräch gebracht. Er selbst, berichtet Karl Blecha, musste erst von seinen Freunden zur Kandidatur überredet werden, da er der Überzeugung war, dass er, aufgrund der Österreichischen Geschichte, als Jude, nie eine Chance auf Wahl in das Amt des Parteivorsitzenden hätte:

„Dann hat man aufgrund dieser Erfolge in Niederösterreich eine Kampagne für die Wahl von Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden organisiert. Bruno Kreisky war eher skeptisch, weil er unverblümt gemeint hat – ich mit jüdischer Herkunft werde in so einem Land keine Chance haben. Wir in seinem Freundes- und Beraterkreis haben ihn überzeugt, dass das sicher keine Rolle mehr spielt. Es wurde begonnen für Bruno Kreisky als Kandidaten zu werben, wobei hier sehr klare Fronten entstanden sind.“²¹⁰

Es zeigte sich hier deutlich die Spaltung zwischen der Wiener SPÖ, mit den mächtigen Männern Bruno Pittermann, Anton Benya, dem damaligen ÖGB-Präsidenten und Karl Waldbrunner, alle hinter Hans Czettel stehend, und den Bundesländern, die ihren Kandidaten in Bruno Kreisky gefunden hatten.²¹¹ Karl Blecha, damals schon eine Koryphäe in der Meinungsforschung und Mitbegründer des IFES, Institut für empirische Sozialforschung,²¹² war beauftragt, die Stimmungen in den Bundesländern einzufangen.

„Ich hatte deshalb großen Einblick, weil ich, wie einige andere auch, mit Bundesländerkontakten beauftragt war und ich weiß daher, auch von meinem Reisen in die Bundesländer, dass starke Sympathien für Kreisky in erster Linie in der Steiermark vorhanden waren – unter dem Landesparteivorsitzenden Schachner – Blasicek, der sozusagen die Fahne der Kreisky-Freunde in die Hand genommen hat. Dann hat es auch in OÖ starke Pro-Kreisky Stimmung gegeben. Dort standen der Linzer

²¹⁰ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²¹¹ Vgl. Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria, S. 348 ff.

²¹² Vgl. Wolfgang Müller: Die Organisation der SPÖ, 1945 – 1995. In: Wolfgang Maderthaler/ Wolfgang C. Müller [Hrsg.]: Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889 -1995. Sozialistische Bibliothek, Löcker Verlag, S. 217.

Bürgermeister Koref und die ganze Landespartei hinter Kreisky. Ich hatte im Auftrag Kreiskys in erster Linie mit dem Bürgermeister Kontakt – um auszuloten, was er von der Politik, die Kreisky machen würde, aufgrund der NÖ Erfahrungen, hält. Dann gab es eine starke Stimmung in Salzburg – durch den dortigen Vorsitzenden Steinacher und schließlich auch in Kärnten. Hier war es der Landesvorsitzende Sima, der für Kreisky massiv eingetreten ist und da er Landeshauptmann war, war sein Gewicht ein sehr großes.“²¹³

Der Parteitag am 1. Februar 1967 sollte sich als sehr spannend gestalten und bedeutete nicht nur einen weiteren Karriereschritt von Bruno Kreisky, sondern auch einen Wandel in der Ideologie der SPÖ.

3.3.2 Der 01. Februar 1967 – der neue Vorsitzender Bruno Kreisky

Der Parteitag fing am 30. Jänner 1967 mit einem Grundsatzreferat von Bruno Pittermann mit einer Empfehlung für Hans Czettel, als seinen Nachfolger, an. Hans Czettel, der in Niederösterreich auch von Kreisky gefördert worden war, hatte von vornherein seine Kandidatur davon abhängig gemacht, dass es weder zu einer Kampfabstimmung mit Bruno Kreisky noch mit Bruno Pittermann kommen werde.²¹⁴ Pittermann hatte noch im Vorfeld erklärt, dass er seine Funktion nur dann zurücklegen würde, wenn eine Mehrheit für Czettel stimmen würde. Sollte Kreisky kandidieren, dann würde er sein Amt nicht zur Verfügung stellen. Doch bereits am ersten Tag des Parteitags zeigte sich, dass eine neuerliche Kandidatur Bruno Pittermanns auf sehr großen Widerstand stoßen würde.²¹⁵

„Es war also Hans Czettel überredet worden am Parteitag zu kandidieren, nachdem alle anderen Angefragten abgelehnt hatten – und er war wirkliche eine Lichtgestalt, der Hans Czettel - dem das Ganze sehr unangenehm war. Vor allem gegen Kreisky kandidieren zu müssen, auch weil er schon gewusst hat, dass er gegen Kreisky nicht wirklich Chancen hat. Und

²¹³ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²¹⁴ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 39.

²¹⁵ Vgl. Karl Heinz Ritschel (1972): Der Pragmatiker. Sozialdemokrat ohne Dogma. In: Paul Lendvai/ Karl Heinz Ritschel (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag, S. 80.

genauso war es. Dieser Schachzug mit Hans Czettel ist nicht aufgegangen. Bruno Kreisky hat gewonnen.“²¹⁶

Schließlich trat auch der ÖGB-Präsident Anton Benya ans Rednerpult und hielt eine vernichtende Rede auf Bruno Kreisky. Er beschuldigte Kreisky darin, Pittermann zum alleinigen Sündenbock für den Verlust der Nationalratswahl zu machen, wobei er betonte, dass auch Kreisky seit 1959 stellvertretender Parteivorsitzender gewesen sei und somit die Politik mitgestaltet habe. Außerdem habe Kreisky die internen Konflikte in die Medien getragen, indem er einige Tage vor dem Parteitag seine Chancen in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diskutiert hätte.²¹⁷

Im Zuge des Parteitages kristallisierten sich dann Kreisky und Czettel als Spitzenkandidaten um das Amt des Parteivorsitzenden heraus, wobei Czettel ja schon im Vorfeld klar gemacht hatte, dass er sich auf eine Kampfabstimmung mit Kreisky nicht einlassen wollte. Interessant ist hier auch die Tatsache, dass die Wiener SPÖ eine „Streichenweisung“ an ihre Delegierten ausgegeben hatte:²¹⁸

„Die Wiener SPÖ, die mächtigste SPÖ -Landesorganisation überhaupt, hat sich gegen Kreisky, unter dem Einfluss des Otto Probst gestellt. Hier wurden sogar in den Bezirken die Leute durch schriftliche Erklärungen verpflichtet, gegen Kreisky zu stimmen. Wobei nur zwei der Wiener Delegierten, von hunderten Wiener Delegierten, diese Vereinbarung nicht unterschrieben haben und für Kreisky gestimmt haben – nämlich Felix Slavik und Hannes Androsch. Die zweite große Gruppierung gegen Kreisky war die Gewerkschaft mit Toni Benya.“²¹⁹

Kreisky gewann schließlich die Abstimmung mit 347 von 497 Stimmen der Delegierten. In seiner Antrittsrede thematisierte er bereits einen kommenden Wandel der Partei. Er strich die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften hervor und betonte, dass es für die Partei nötig wäre, sich mit dem „Morgen“ der Gesellschaft zu beschäftigen. Er thematisierte auch hier bereits eine drohende Welle der

²¹⁶ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²¹⁷ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 40.

²¹⁸ Vgl. Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²¹⁹ Ebenda

Arbeitslosigkeit, die die Technologisierung mit sich bringen würde und dass es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, hier gestaltend vorzubeugen.²²⁰ Er reichte auch mittels eines Zitats von Abraham Lincoln „*Ohne Feindschaft, ohne Groll gegen irgend jemanden [sic!] – Verständnis, Freundschaft für jeden!*“²²¹, symbolisch seinen Gegnern die Hände. Das Verhältnis zu seinen Gegnern sollte sich auch im Laufe der nächsten Jahre empfindlich verbessern – ja teilweise sogar in Wertschätzung und Freundschaft umschlagen.

Nach der Wahl zum Parteivorsitzenden begann Kreisky sofort mit der Verwirklichung seiner Pläne. So wie er bereits in Niederösterreich begonnen hatte, öffnete er die Partei nun auch bundesweit für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen. Eine Annäherung, die er und seine Mitstreiter schon in Niederösterreich geplant hatten, war die Aussöhnung mit der katholischen Kirche. Hier stand ihm auch Karl Blecha, zur Organisation des ersten Dialogs, tatkräftig zur Seite:

„Dann, nachdem er schon Bundespartei vorsitzender geworden ist, aber vorher bereits in NÖ vorbereitet, forcierte er das Gespräch mit der Katholischen Kirche, dessen besonderes Highlight im April 1967 das St. Pöltner Gespräch war. Das durfte ich mit dem unvergesslichen Chefredakteur der Kath-Press Dr. Richard Barta, mit dem mich eine enge Freundschaft verbunden hat, vorbereiten. Wir haben uns in enormen Maß bemüht, die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und der Katholischen Kirche zu beseitigen. Barta war der engste Mitarbeiter Kardinal Königs – u.a. auch sein Redenschreiber, ich Kreiskys und deshalb ist dieses St. Pöltner Gespräch von uns organisiert worden. Kreisky hat vorher auch noch selbst mit dem Kardinal darüber gesprochen. Diese Initiative war ein voller Erfolg. Die Kirche wurde durch einen Weihbischof und durch die Präsidenten der katholischen Verbände und die SPÖ war durch Kreisky und eine Reihe niederösterreichischer Funktionäre vertreten. [...] Und auch das war wieder ein Highlight – zum ersten Mal ist sichtbar und hörbar die Stille

²²⁰ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 44.

²²¹ Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 160.

zwischen diesen beiden ideologischen Zentren durchbrochen und der Weg der Verständigung beschritten worden.“²²²

Schon als Vorbereitung für die nächste Nationalratswahl wurde ein Konzept für ein „modernes Österreich“ entworfen. Kreiskys Weg war es, erstens in der Partei die innerparteilichen Zwistigkeiten zu bereinigen, das hatte er ja bereits mit seiner Wahl begonnen. Dann musste die SPÖ auch in Wirtschafts- und nicht nur Sozialfragen als kompetenter Partner der Bevölkerung erscheinen, die Aussöhnung mit der Kirche hatte er bereits mit den St. Pöltner Gesprächen in Angriff genommen und außerdem wollte er auch die Bauern auf Seite der Sozialisten ziehen, da sie mit den Arbeitern sehr viel gemein hätten.²²³

Kreisky betraute seine engsten Mitarbeiter mit der Führung von insgesamt elf Arbeitsgruppen, bzw. Konferenzen, die sich mit den gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen sollten. Wie in Niederösterreich ausgehend von den „ökonomischen Konferenzen“, breitete sich die Diskussionsrunde auf die Bereiche Finanzen, Wissenschaft, erstmals auch Ökologie – ein Thema auf das Kreisky erstmals in Schweden gestoßen war, Justiz, Medien²²⁴ – dieser Bereich war ihm extrem wichtig, etc... aus. Karl Blecha, der für das Medienprogramm zuständig war schildert die Bildung der Arbeitsgruppen:

„Kreisky hat sofort „ökonomische Versammlungen“ einberufen, wiederum aufgrund der Erfahrungen in NÖ. Alles, was mit Wirtschaft zu tun hatte wurde in den ökonomischen Konferenzen zusammengefasst. Der Organisator für diese Konferenzen war Ernst Eugen Veselsky. Als die Pläne dafür dann fix und fertig waren, wurde dafür ein Finanzierungskonzept entwickelt – auch unter Einbeziehung nicht der SPÖ angehörender Finanzexperten und unter der Führung des ganz jungen Hannes Androsch. Weiters hat man ein großes Humanprogramm erstellt, das sich auch mit Fragen der Umwelt beschäftigt hat und das zu einem Zeitpunkt, wo es noch keine Grünen gegeben hat. Kreisky und Hertha Firnberg haben schon

²²² Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²²³ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 49.

²²⁴ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 165 ff.

damals dieses Thema entdeckt. Wobei man sagen muss, dass Kreisky dazu auch Anregungen aus Schweden bekommen hat. Und dann ist ein großes Justizprogramm unter Christian Broda entwickelt worden, der wiederum parteiferne und –fremde Persönlichkeiten miteinbezogen hat – Sektionschefs des Justizministeriums, die dem ÖAAB angehört haben, die Präsidenten der Notariats- und Rechtsanwaltskammer, etc... So ist praktisch auf jedem gesellschaftspolitischen Sektor ein Programm entstanden. Ich war für die Entwicklung eines Medienprogramms verantwortlich.“²²⁵

Die ÖVP witterte sehr schnell in Kreisky große Konkurrenz, der verstand, auch Experten aus anderen Fraktionen für die Erarbeitung neuer Konzepte zu gewinnen. Es entstand das „*Programm der 1400 Experten für ein modernes Österreich*“.²²⁶ Neben den oben erwähnten - Eugen Veselsky, Hannes Androsch, Hertha Firnberg und Christian Broda – war unter anderem auch noch Heinz Fischer für die Ausarbeitung eines Hochschulprogrammes verantwortlich. Unter seiner Ägide und unter der Mitarbeit von zahlreichen Professoren, Assistenten und Studenten wurde der Grundstock für ein Mitbestimmungsmodell der bis dahin konservativ und restriktiv geführten Universitäten, entworfen, auf dem das spätere Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975, von Hertha Firnberg umgesetzt, fußt. Aufbauend auf dem nach wie vor geltenden Parteiprogramm 1958 – dem „Wiener Programm“, das die Grundzüge der Reformen bereits im Ansatz beinhaltet hatte,²²⁷ enthielt das neue Programm die gesellschaftlichen Veränderungen der 60er und 70er Jahre und wurde auch in Hinblick auf einen neuen Nationalratswahlkampf 1970 als potentiell Regierungsprogramm ausgearbeitet.

Die Veränderungen in der SPÖ zeigten ihre Auswirkungen – das politische Klima in Österreich änderte sich zugunsten der SPÖ:

„Neun Monate nach der Wahl Kreiskys zum Parteivorsitzenden erzielte die SPÖ bei den Landtagswahlen in Oberösterreich einen sensationellen Erfolg: Die ÖVP verlor zwei ihrer bis dahin 25 Mandate, die SPÖ stieg von

²²⁵ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²²⁶ Vgl. ebenda.

²²⁷ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 36.

19 auf 23 Mandate und wurde zur stimmenstärksten mit Partei in Oberösterreich. (...) Wenige Tage später, am 5. November 1967, wurde die SPÖ bei den Gemeindewahlen im Burgenland zur stimmenstärksten Partei, und am 24. März 1968 erzielte die SPÖ im Burgenland erstmals die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen. Am gleichen Tag gab es einen sensationellen Wahlerfolg bei den Gemeinderatswahlen in Graz.“²²⁸

Der Vorsitzende Bruno Kreisky hatte auch die Partei wieder geeint - am nächsten Parteitag am 19. Oktober 1968 wurde er bereits mit 97,5% der Stimmen zum Vorsitzenden gewählt.²²⁹ Am bereits erwähnte Eisenstädter Parteitag, an dem u.a. die „Eisenstädter Erklärung“ – eine „...Grundsatzerklärung gegen Diktatur und gegen jede Gemeinsamkeit mit den Kommunisten,...“,²³⁰ verabschiedet wurde, präsentierte das SPÖ Führungsgremium stolz die Ergebnisse des „Programmes der 1400 Experten“ und ließ sich diese als Programm für die kommende Nationalratswahl von den Funktionärinnen und Funktionären bestätigen.²³¹

Kreisky war es gelungen innerhalb von zwei Jahren einer ideologisch und traditionalistisch tief verwurzelten Partei ein neues Erscheinungsbild zu geben. Er brach dabei nicht mit den sozialistischen Idealen, sondern transformierte sie in eine moderne fortschrittliche Partei.²³²

²²⁸ Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 51.

²²⁹ Vgl. ebenda S. 58.

²³⁰ Ebenda, S. 58.

²³¹ Vgl. ebenda, S. 58.

²³² Vgl. Robert Kriechbaumer (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 22.

4 Die Wahlen 1970

4.1 Wahlkampf

Der Beginn des „SPÖ-Wahlkampfes“ begann bereits mit der Erarbeitung des „Programmes für ein modernes Österreich“ und entwickelte sich ab 1967 stetig weiter. Ziel der SPÖ war es, ein neues Konzept für ein modernes und menschenfreundliches Regierungsprogramm zu erarbeiten. Die ÖVP, als Regierungspartei, setzte auf einen klassischen, traditionell-gestalteten Wahlkampf, der aber in erster Linie angriffig auf die SPÖ war. Als die ÖVP ihre Kampagne präsentierte, brandete die Empörung hoch.²³³ Als Sujet eines Wahlplakates wurde vom der Österreichischen Volkspartei ein Bild von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus affiziert mit den Worten „*Ein echter Österreicher*“²³⁴

„Damit wurde in kodierter, aber allgemein verständlicher Sprache auf die jüdische Herkunft Bruno Kreiskys hingewiesen. Das für Österreich problematische Selbstbild so Typische, nämlich immer schon zwischen einem diffusen Deutschtum katholisch-barocker Prägung einerseits und dem „Anderen“ – in diesem Falle dem Agnostiker und Juden Bruno Kreisky – unterscheiden zu wollen, war durch den Slogan auf den Punkt gebracht worden.“²³⁵

So sehr Kreisky diese Äußerung auch getroffen haben mag, er stellte sich seiner österreichisch – jüdischen Herkunft in der Öffentlichkeit und stellte klar: „*Für mich glaube ich in Anspruch nehmen zu dürfen, ebenfalls ein echter Österreicher zu sein.*“²³⁶ Weiters sollte ein TV-Werbespot der ÖVP, Kreiskys Schattenkabinett, welches er noch nicht offenlegen wollte, dämonisieren. Einerseits war die Besetzung eines Kabinetts Kreisky noch nicht fix und andererseits sollte die Nichtnennung der Volkspartei die Gelegenheit nehmen, potentielle Kandidaten persönlich angreifen zu können.²³⁷ Die ÖVP sah im Zurückhalten der Namen künftiger Regierungsmitglieder eine

²³³ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, St. Pölten-Salzburg. S. 173 ff.

²³⁴ Vgl. Demokratiezentrum: „Ein echter Österreicher“, <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/oesterreich.html?index=10&dimension=>, 19.1.2012.

²³⁵ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 173.

²³⁶ Ebenda. S. 174.

²³⁷ Vgl. Plasil, Tina (k.A.): Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich. Die Nationalratswahlen 1970 und 1971. Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971. Österreichische Mediathek. Wien. <http://www.mediathek.at/downloadplattform/file/source/1159121>, 19.1.2012, S.20f.

Gefahrenquelle,²³⁸ und stellte die Minister rund um Kreisky mit schwarzen Kapuzen, als „Kapuzenmänner“ dar. Der vermeintliche Schachzug der ÖVP ging nicht auf und Kreisky konnte die Kampagne für sich nutzen.

*„Die Kapuzenmänner – das war ein Sujet der ÖVP-Wahlwerbung. Die Kapuzenmänner sollten das Schattenkabinett Kreiskys, die Gefahr durch nicht genannte mögliche zukünftige Minister symbolisieren. Tatsächlich weigerte sich Kreisky im Wahlkampf, Namen für die Besetzung von Regierungsämtern zu nennen. Ich habe natürlich klare Vorstellungen darüber, wer die Männer und Frauen sein könnten, die gewisse Funktionen, also gewisse Regierungsämter ausüben könnten, von denen ich weiß und überzeugt bin, dass sie sie in großartiger Weise erfüllen können. Aber ich sage noch einmal: Ich werde keine Namen nennen, weil ich niemanden in die Situation bringen will, ein Mächtgern-Minister zu sein oder andere zu disqualifizieren“.*²³⁹

Hervorzuheben ist in dieser Aussage die Tatsache, dass es für Kreisky eine Selbstverständlichkeit war, auch Frauen, geprägt durch seine Erfahrungen mit den großen sozialistischen Politikerinnen der Zwischenkriegszeit, wie z.B. Rosa Jochmann, als potentielle Regierungsmitglieder in Betracht zu ziehen.²⁴⁰

Mit Kreiskys Übernahme des Parteivorsitzes, sollte sich auch das Medien- und Kommunikationskonzept der SPÖ von Grund auf ändern. Der Wahlkampf wurde, gestützt durch Meinungsumfragen des parteinahen „Institutes für empirische Sozialforschung“ (IFES), unter der Leitung von Karl Blecha, maßgeschneidert.²⁴¹

„Die wichtigsten Männer in der Planung des Wahlkampfes waren neben dem Parteivorsitzenden Kreisky Heinz Brantl und Karl Blecha. Brantl war ein Angestellter der SPÖ, Blecha war zu diesem Zeitpunkt Leiter des IFES-

²³⁸ Vgl. Journal-Panorama. 40 Jahre Ära Kreisky: Die denkwürdige Wahl am 1. März 1970. ORF. Ö1, 01.03.2010. Transkript: http://www.androsch.com/media/news/10-03-01_OE1-JP_40-Jahre-Aera-Kreisky.pdf, 19.1.2012, S.6.

²³⁹ Ebenda, S.6.

²⁴⁰ Vgl. ebenda, S.6.

²⁴¹ Vgl. Wolfgang Müller: Die Organisation der SPÖ, 1945 – 1995. In: Wolfgang Maderthaler/ Wolfgang C. Müller [Hrsg.]: Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889 -1995. Sozialistische Bibliothek, Löcker Verlag, S. 217.

Institutes und kein Parteiangestellter. Blecha stützte sich aufgrund seiner Forschungen darauf, wann was im Wahlkampf zu geschehen hatte. Brantl war derjenige, der vieles formulierte und umsetzte. Er beriet Kreisky auch bei Kleidung und Gestik. Für das graphische Design wurde eine Agentur hinzugezogen.“²⁴²

Kreisky, der im schwedischen Exil selbst als Journalist tätig gewesen war, beschäftigte sich verstärkt mit der Entwicklung des damals noch relativ neuen Mediums Fernsehen, das er für seinen Wahlkampf auch besser nützte als sein eher farbloser Konkurrent Josef Klaus.

„In späteren Jahren wurde Kreisky der Titel „Medienkanzler“ zugesprochen. Er beherrschte den im Fernsehen geforderten small talk: Kreisky vereinfachte, brachte alles auf den Punkt. Der ÖVP-Kandidat Klaus war dabei chancenlos. Ein unterhaltsames Detail war Kreiskys physiologische Eigenschaft, stark zu schwitzen. Man wusste, dass in der TV-Diskussion zwischen den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Kennedy und Nixon das Schwitzen Nixons als sehr negativ beurteilt wurde, und dass dieser letztendlich auch die Wahl verloren hatte. Da Kreisky vor der Kamera immer schwitzte und dagegen auch nichts zu tun war, beschloss man, den Umstand nicht zu verbergen, sondern – im Gegenteil – hervorzuheben, indem Kreisky öffentlich, auffallend und großzügig den Schweiß mit einem Tuch von der Stirn wischte.“²⁴³

Der Wahlkampf gestaltete sich modern und innovativ. Der Fokus lag zwar auf dem Spitzenkandidaten Bruno Kreisky, auf den Plakaten, die schlicht und sachlich gestaltet waren, standen aber die Sachthemen im Vordergrund. Bewusst wurde auf Untergriffigkeiten der ÖVP gegenüber verzichtet.²⁴⁴

²⁴² Plasil, Tina (k.A.): Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich. Die Nationalratswahlen 1970 und 1971. Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971. Österreichische Mediathek.

<http://www.mediathek.at/downloadplatform/file/source/1159121>, 19.1.2012, S 17.

²⁴³ Ebenda, S. 14.

²⁴⁴ Vgl. ebenda, S. 10.

Die Themenwahl umfasste:

- *„Die Eindämmung der Preissteigerungen und die Stabilität des Schillings*
- *Der Bau von 775.000 neuen Wohnungen in den folgenden zehn Jahren*
- *Die Verkürzung des Präsenzdienstes auf 6 Monate*
- *Die Schaffung moderner Schulen und besserer Bildung für alle*
- *Die schnelle und weitere Industrialisierung des Landes, um die Arbeitsplätze und den Wohlstand zu sichern.*“²⁴⁵

Es sollte neben der klassischen Wählerschichten der SPÖ, den Arbeitern, eine neue Mittelschicht und vor allem die Jungwähler durch das moderne Image der SPÖ angesprochen werden. Bruno Kreisky lud die Menschen ein mitzureden und mitzubestimmen, egal welchem Lager sie angehörten – gemeinsam für ein aufstrebendes und modernes Österreich. Man vermittelte einerseits durch das Programm, den Wandel in der SPÖ und neue, junge Kandidaten, Vorausschau und Perspektive, andererseits stand Bruno Kreisky und Teile der Kandidatenliste, die im Jänner 1970 präsentiert wurden, für Beständigkeit und Erfahrung.²⁴⁶ Durch Reisen quer durch Österreich versuchte Bruno Kreisky neben der ländlichen Bevölkerung in Städten und Dörfern auch noch eine traditionelle Wählerschicht der ÖVP zu akquirieren – die Bauern. Der Wahlkampf war denkbar anstrengend für Kreisky und sein Team und niemand, einschließlich des Spitzenkandidaten glaubte an einen Erfolg in diesem Ausmaß.

Heinz Fischer erzählt in seinem Buch „Die Kreisky Jahre“, dass er Bruno Kreisky, als er ihn auf einer seiner zahlreichen Wahlkampfreisen Anfang 1970 begleitet hatte, fragte, was er wohl dächte, wie die Wahlen ausgingen. Kreisky soll, es war im Februar 1970, darauf geantwortet haben:²⁴⁷

„Die ÖVP wird deutlich verlieren, wir werden einige Mandate dazugewinnen, und der Vorsprung der ÖVP wird nur mehr drei oder vier Mandate betragen. Da wird Klaus nichts anderes übrig bleiben, als mit uns

²⁴⁵ Plasil, Tina (k.A.): Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich. Die Nationalratswahlen 1970 und 1971. Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971. Österreichische Mediathek.

<http://www.mediathek.at/downloadplattform/file/source/1159121>, 19.1.2012, S 10.

²⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 9 ff.

²⁴⁷ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 60.

*eine Koalition zu bilden. Die Schwierigkeiten in der ÖVP werden dadurch größer werden, und 1974 könnte uns dann der Durchbruch zur Mehrheit gelingen, wenn wir keine Fehler machen.*²⁴⁸

Kreisky irrte - der Wahlabend am 1. März 1970 sollte Geschichte schreiben.

4.2 Wahlergebnisse

Der 1. März 1970 brachte der Sozialistischen Partei Österreichs unter der Führung von Bruno Kreisky ein denkwürdiges Ergebnis. Die SPÖ erreichte mit rund 160.000 Stimmen Platz eins vor der ÖVP.²⁴⁹

Der Nationalrat bestand 1970 aus 165 Mandaten und Österreich war in 25 Wahlkreise aufgeteilt.²⁵⁰ Insgesamt hatten sieben Parteien kandidiert, wobei nicht alle in allen Wahlkreisen angetreten waren. Die Liste 1 war die Regierungspartei, die Österreichische Volkspartei (ÖVP), Liste 2 die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), Liste 3 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Liste 4 die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Liste 5 die Demokratische Fortschrittliche Partei, Liste Franz Olah (DFP), Liste 6 die Nationaldemokratische Partei (NDP) und schließlich die Liste 7 von Adolf Glantschnig - Für Menschlichkeit, Recht und Freiheit in Österreich (MRF). Die Listen DFP und NDP waren eben nicht in allen Wahlkreisen vertreten und die Liste Adolf Glantschnig kandidierte nur im Wahlkreis 17, Salzburg.²⁵¹

Zur Nationalratswahl 1970 waren insgesamt 5.045.841 Staatsbürger wahlberechtigt gewesen, 4.678.735 Stimmen wurden abgegeben, davon waren 4.636.093 gültig²⁵²:

²⁴⁸ Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 60.

²⁴⁹ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, Oldenbourg., S. 23.

²⁵⁰ Bundesministerium für Inneres (1970): Die Nationalratswahl vom 1. März 1970. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien. S. 7.

²⁵¹ Vgl. ebenda S. 13.

²⁵² Vgl. B.M.I: Nationalratswahl vom 1. März 1970:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx, 19.1.2012.

<i>Partei</i>	<i>Stimmen</i>	<i>In %der gültigen Stimmen</i>	<i>Mandate</i>
ÖVP	2,078.010	44,8	(79) 78
SPÖ	2,235.905	48,4	81
FPÖ	254.363	5,5	(5) 6
KPÖ	46.689	1	-
DFP	17.405	0,4	-
NDP	3.484	0,07	-
MRF	237	0	-

Abbildung 1: Das Wahlergebnis der Nationalratswahl 1970 in eigener Darstellung²⁵³

In den Wahlkreisen 1, Innere Stadt, 3, Wien Nordwest und 5, Wien Südost in Wien wurde die Wahl im Juni 1970 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben, u.a. weil in einem Wahlsprenkel eine ungültige Stimme der ÖVP zugerechnet worden war.²⁵⁴

Präsident Blecha bestätigte dies im Interview:

„Die Nationalratswahl wurde in der Tat wegen formaler Fehler in einigen Wiener Wahlkreisen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. In diesen Wahlkreisen wurde im Oktober 1970 die Wahl wiederholt. Diese Neuwahl brachte der FPÖ ein sechstes Mandat und reduzierte die ÖVP auf 78 Sitze. Die SPÖ wurde auch noch stärker, als sie es im März war.“²⁵⁵

Der Vergleich mit dem Mandatsstand 1966 zeigte die deutliche Führung der Sozialistischen Partei:

²⁵³ B.M.I: Nationalratswahl vom 1. März 1970:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx, 19.1.2012.

²⁵⁴ Vgl. Bundesministerium für Inneres (1970) : Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970 nach der Wiederholungswahl vom 4. Oktober 1970 in den Wiener Wahlkreisen 1, 3 und 5. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien. S. 2.

²⁵⁵ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

Die Mandatsverteilung auf Grund der beiden Ermittlungsverfahren 1966 und 1970

Wahlwerbende Partei	Ermittlungsverfahren	Mandate (im)								insgesamt	
		I.		II.		III.		IV.			
		Wahlkreisverband								1966	1970
		1966	1970	1966	1970	1966	1970	1966	1970	1966	1970
Österreichische Volkspartei	Erstes.....	15	13	18	17	27	24	20	19	80	73
	Zweites.....	1	1	1	1	2	2	1	1	5	5
	Zusammen ..	16	14	19	18	29	26	21	20	85	78
Sozialistische Partei Österreichs	Erstes.....	19	22	13	15	17	19	20	20	69	76
	Zweites.....	2	1	1	—	1	2	1	2	5	5
	Zusammen ..	21	23	14	15	18	21	21	22	74	81
Freiheitliche Partei Österreichs	Erstes.....	—	—	—	—	1	1	1	1	2	2
	Zweites.....	1	1	—	—	2	2	1	1	4	4
	Zusammen ..	1	1	—	—	3	3	2	2	6	6
Zusammen...	Erstes.....	34	35	31	32	45	44	41	40	151	151
	Zweites.....	4	3	2	1	5	6	3	4	14	14
Zusammen ..		38	38	33	33	50	50	44	44	165	165

Abbildung 2: Die Mandatsverteilung auf Grund der beiden Ermittlungsverfahren 1966 und 1970²⁵⁶

Die ÖVP Stammwähler hatten sich teilweise neu orientiert. Die Wahlanalyse bescheinigte der SPÖ Gewinne in ehemaligen ÖVP-Hochburgen – speziell in Gemeinden bis 3.000 Einwohnern.²⁵⁷ „In diesen Gemeinden konnte die SPÖ am 1. März 1970 6,7 Anteilsprozente gewinnen, denen ÖVP-Verluste in der Höhe von 6,3 Prozent gegenüberstanden. (...) Der SPÖ gelang somit 1970 erstmals ein deutlicher Einbruch auf dem Land.“²⁵⁸ Der Jungwähler und der Anteil der Frauen waren bei der SPÖ sehr hoch, aber der „wahlentscheidende Faktor war der Einbruch der SPÖ in die gehobene Mittelschicht auch außerhalb der ÖVP-Hochburgen. Dies geschah vor allem in reichen Gemeinden oder solchen, in denen der Dienstleistungssektor überdurchschnittlich stark vertreten ist, also in großen Teilen Westösterreichs.“²⁵⁹

In der zweiten Republik hatte es, seit der Regierung Renner, die unter außergewöhnlichen Bedingungen zustande kam, keinen sozialistischen Kanzler gegeben. Allerdings wurde am Wahlabend klar, dass die SPÖ nur eine relative Mehrheit

²⁵⁶ Bundesministerium für Inneres (1970) : Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/nationalratswahl_131970.pdf, S. 42, 19.1.2012.

²⁵⁷ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 23.

²⁵⁸ ebenda, S. 23.

²⁵⁹ ebenda, S. 23.

erreichen würde. Da die FPÖ vor der Wahl bereits eine Koalition mit der SPÖ ausgeschlossen hatte, wurde in Hinblick auf eine große Koalition mit Verhandlungen begonnen.²⁶⁰

4.3 Das Scheitern der Regierungsverhandlungen – Bildung der Minderheitsregierung

Das Wahlergebnis hatte in der Parteizentrale für freudige Überraschung gesorgt. Alle Zeichen standen wieder für eine große Koalition, doch diesmal unter der Führung der Sozialistischen Partei. Einzig Bruno Kreisky dachte schon im Vorfeld über die Möglichkeit einer Minderheitsregierung nach²⁶¹:

„Kreisky hatte bereits vor der Wahl seinen Mitarbeitern optimistisch erklärt, er halte die Erringung der relativen Mehrheit für durchaus möglich. Seinem Chauffeur vertraute er während einer Wahlreise an, er würde bei einem Mandatsstand von 80 eine Minderheitsregierung wagen. Mit dieser Absicht, zumindest jedoch mit der Erwägung dieser Möglichkeit, befand sich Kreisky zunächst in seiner eigenen Partei in der Minderheit.“²⁶²

Favorisiert wurde von der Führung der SPÖ dennoch zuerst eine große Koalition. Die Arbeiterzeitung stützte diesen Kurs und schwor die Genossinnen und Genossen auf eine Kompromisslösung mit der ÖVP ein. Kreisky taktierte allerdings bereits mit der neuen Lösung. Einen Zusammenschluss der ÖVP und FPÖ konnte er ausschließen, da die beiden Parteiobmännern nicht miteinander konnten und vor allem Franz Jonas, historisch bedingt, einen Zusammenschluss der bürgerlichen Lager nicht abgesegnet hätte. Die FPÖ hatte sich bereits vor der Wahl gegen eine Koalition mit der SPÖ ausgesprochen und schied daher als Koalitionspartner für Kreisky aus. Aber hier hatte der zukünftige Kanzler bereits eingehakt und mit der FPÖ informelle Arbeitsgespräche bezüglich der Unterstützung einer Minderheitsregierung begonnen. Als Gegenzug bot Kreisky der FPÖ die Durchführung einer Wahlrechtsreform an, die bei zukünftigen

²⁶⁰ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 25.

²⁶¹ Vgl. ebenda, S. 26.

²⁶² Ebenda, Wien, S. 26.

Wahlen eine gerechtere Mandatsverteilung bringen sollte.²⁶³ Karl Blecha, damals in die Überlegungen involviert, erinnert sich:

„Die Option einer Minderheitsregierung spielte bei Bruno Kreisky seit der Nacht nach dem Wahlsieg am 1. März 1970 eine große Rolle. Noch in der Nacht wurde der FPÖ Obmann Peter, der mit Kreisky zusammentraf, von diesem gefragt, ob er zu einer Wahlrechtsänderung wie er sie im Wahlkampf verlangt hatte, auch jetzt stehe. Denn jetzt gibt es eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform. Die ÖVP hatte 1966 mit 48% der Stimmen 85 Abgeordnete bekommen, die SPÖ 1970 mit mehr als 48% nur 81. Die FPÖ kam gar nur auf 5 Sitze. Peter war bereit eine Wahlrechtsreform deren Ziel es war, möglichst jede Stimme gleich zu bewerten, zu unterstützen und damit zumindest am Anfang eine SPÖ Minderheitsregierung arbeiten zu lassen.“²⁶⁴

Auch Hannes Androsch erinnert sich an ein spontanes Treffen mit der FPÖ Führung in der Wahlnacht.

„Der Kreisky hat noch in der Wahlnacht bei den drei Husaren, dem ziemlich gebrochenen Friedrich Peter, der mit dem Zeilinger und mit dem Geschäftsführer Bogner und ich glaube, mit dem Broesike und dem jungen Assistenten Jörg Haider, die das Wahlergebnis betrauert haben, nach Mitternacht zu sich in die Löwelstraße gebeten und hat ihn davon abhalten können, am darauf folgenden Donnerstag zurückzutreten – mit der Zusage einer Wahlrechtsreform.“²⁶⁵

Kreisky respektierte vorerst den mehrheitlichen Wunsch nach Koalitionsverhandlungen – speziell der ÖGB und auch die konservative Wirtschaftskammer hatten ihrer Präferenz nach einer großen Koalition Ausdruck verliehen. Doch bereits am 3. März vor Beginn der Gespräche betonte er im SPÖ Bundesgremium, dass in den Verhandlungen

²⁶³ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 26 f.

²⁶⁴ Interview mit BM a.D. Karl Blecha, geführt am 14. Dezember 2011, siehe Anhang.

²⁶⁵ Journal-Panorama. 40 Jahre Ära Kreisky: Die denkwürdige Wahl am 1. März 1970. ORF. Ö1, 01.03.2010. Transkript: http://www.androsch.com/media/news/10-03-01_OE1-JP_40-Jahre-Aera-Kreisky.pdf, 19.1.2012.

das Programm der SPÖ die Grundlage der Verhandlungen sei und für ihn Priorität vor Ressortverhandlungen hätte. Die ÖVP konterte, dass dies für sie indiskutabel sei, da auch die Grundsätze der ÖVP Eingang finden müssten. Ein kluger Schachzug Kreiskys, der damit die Kompromissbereitschaft der ÖVP einschätzen konnte.²⁶⁶

Die Vorverhandlungen begannen am 5. März und wurden in mehreren Runden festgelegt. Zuerst wurde einmal die Form der Zusammenarbeit diskutiert, z.B. der Gang mit einer Entscheidung ins Parlament, wenn es zu keiner Einigung im Ministerrat käme, die Durchführung von Neuwahlen im Falle einer Kündigung der Zusammenarbeit, etc... Am 17. März erklärte Bruno Kreisky erstmals in den Medien, dass er sich eine Minderheitsregierung mit der Bildung von ad hoc Mehrheiten im Parlament vorstellen könne.²⁶⁷ In der Zwischenzeit kam es in der ÖVP zum überraschenden Rücktritt des Vorsitzenden Dr. Josef Klaus, der zwar erklärt hatte in einer Koalitionsregierung nicht mehr für ein Regierungsamt zur Verfügung zu stehen, allerdings Parteiobmann zu bleiben. Aufgrund des Verlustes der absoluten Mehrheit zog er sich dann aber komplett aus der Politik zurück. Das Amt des Parteiobmannes übernahm Herman Withalm.

Bezüglich der Formen der Zusammenarbeit in einer potentiellen Koalition beschloss das SPÖ-Führungsgremium in seiner Sitzung vom 17. März folgende Punkte:

- „1. Es sollte keine Koalitionspakt und keinen Koalitionsausschuß mehr geben.*
- 2. Sollte es auf Grund von Differenzen zwischen den Koalitionspartnern zu einer Regierungskrise kommen, bestand nur die Möglichkeit von Neuwahlen. Die Alternatie einer Kleinen Koalition, für die nur ÖVP und FPÖ in Frage kamen, blieb ausgeschlossen.*
- 3. Sollte ein Minister mit seiner Initiative vom Regierungspartner abgelehnt werden, blieben zwei Monate Zeit, um die Gegensätze zu überbrücken. Nach dem Ablauf dieser Frist hatte der Minister das Recht, den Gesetzesentwurf in der Form eines Berichtes an den Nationalrat zu*

²⁶⁶ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 28 f.

²⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 30.

*übermitteln, wo dann die Vorlage nach freier Mehrheitsbildung behandelt werden sollte.*²⁶⁸

Parallel zu den Verhandlungen mit der ÖVP fanden die Treffen mit der FPÖ statt. Man hatte schließlich, gegen Zusicherung der Wahlrechtsreform, die FPÖ dazu gebracht, sich potentiellen Misstrauensanträgen der ÖVP nicht anzuschließen. Dies diente einerseits der Absicherung der Minderheitsregierung, andererseits war Kreisky bestrebt dadurch auch seine Sachthemen in Angriff zu nehmen bevor es zu Neuwahlen kommen könnte.²⁶⁹

Die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP verliefen kontroversiell. Im Bereich der Sachthemen war ein Konsens rasch erzielt, aber die ÖVP stellte unmäßige Forderungen die Paritäten in Regierung und Parlament betreffend. Das absolute Aus der Verhandlungen war aber durch die Frage der Ressortverteilungen gekommen.²⁷⁰

In der Verhandlungsrunde am 13. April 1970 hatte der designierte Kanzler Kreisky folgende Ressortverteilungen vorgeschlagen:

„SPÖ Bundeskanzleramt, Innenministerium, Finanzministerium, Soziale Verwaltung, Justizministerium, Unterrichtsministerium und Verkehrsministerium.

*ÖVP: Vizekanzler, Außenministerium, Handelsministerium, Landwirtschaftsministerium, Landesverteidigungsministerium und Bautenministerium.*²⁷¹

Für die ÖVP war die Ressortaufteilung ein Affront, da laut Chefverhandler Withalm das budget- und personalmäßige Übergewicht bei der SPÖ liegen würde. Die Verhandlungen scheiterten schließlich am 20. April 1970. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Bruno Kreisky, wurde daraufhin von Bundespräsident Franz Jonas mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt.

²⁶⁸ Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, Wien, S. 31 f.

²⁶⁹ Vgl. ebenda, S. 32.

²⁷⁰ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 65.

²⁷¹ Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 34.

5 Die Regierung Kreisky I

5.1 21. April 1970 – Angelobung des neuen Kabinetts

Am 21. April 1970 waren die Weichen gestellt – das neue Kabinett Kreisky I, der XII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, war konstituiert und auf dem Weg zur Angelobung zu Bundespräsident Franz Jonas in die Präsidentschaftskanzlei:

<i>„Bundeskanzler:</i>	<i>Dr. Bruno Kreisky</i>
<i>Vizekanzler und Sozialminister:</i>	<i>Ing. Rudolf Häuser</i>
<i>Innenminister:</i>	<i>Otto Rösch</i>
<i>Justizminister:</i>	<i>Dr. Christian Broda</i>
<i>Unterrichtsminister:</i>	<i>Leopold Gratz</i>
<i>Finanzminister:</i>	<i>Dr. Hannes Androsch</i>
<i>Landwirtschaftsminister:</i>	<i>Dipl.-Ing. Dr. Johann Öllinger</i>
<i>Handelsminister:</i>	<i>Dr. Josef Staribacher</i>
<i>Verkehrsminister:</i>	<i>Erwin Frühbauer</i>
<i>Verteidigungsminister:</i>	<i>Johann Freihsler</i>
<i>Außenminister:</i>	<i>Dr. Rudolf Kirchschräger</i>
<i>Bautenminister:</i>	<i>Josef Moser</i>
<i>Minister ohne Portefeuille (ab 24. Juli 1970 Wissenschaftsminister:)</i>	<i>Dr. Hertha Firnberg</i>
<i>Staatssekretäre:</i>	<i>Dr. Ernst Eugen Veselsky</i> <i>Gertrude Wondrack</i> ²⁷²

Heinz Fischer beschreibt in seinem Buch die „Die Kreisky Jahre“ die Besetzung der Regierungspositionen als nicht ganz einfach, da es bereits im Vorfeld zu einigen Wechseln gekommen war. Als Finanzminister hatte Bruno Kreisky an Felix Slavik gedacht, der als Wiener Vizebürgermeister aber den Bürgermeistersessel anstrebte und ablehnte. So vertraute Kreisky dem jungen Hannes Androsch, einer der zwei Wiener

²⁷² Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 69.

Delegierten am Parteitag 1967, die ihn unterstützt und nicht gestrichen hatten, das Finanzministerium an.²⁷³

In den Beständen des Kreisky Archivs findet sich zur Regierungsbildung 1970 ein Papier das wahrscheinlich, da teilweise in der Ich-Form verfasst, persönliche Notizen von Bruno Kreisky zu den Kandidaten enthält. Zu Dr. Hannes Androsch meinte er:

„Viele glauben, dass es mutig war, einen so jungen Mann zum Finanzminister vorzuschlagen. Wer aber um seine Kenntnisse weiß und um seine Gabe, den Dingen auf den Grund zu gehen, wer sein starkes Gefühl für die Bedeutung, die der Finanzminister für ein geordnetes Staatswesen hat, kennt, dem wird die Jugend des Hannes Androsch den Schlaf nicht rauben.“²⁷⁴

Dr. Josef Staribacher war ursprünglich für das Amt des Landwirtschaftsministers vorgesehen, Kreisky wurde dann aber durch parteiinterne Kreise darauf hingewiesen, dass es ein AK-Funktionär im bäuerlichen Umfeld wohl schwer haben würde und er betraute ihn daraufhin mit dem Handelsministerium²⁷⁵.

„Unkonventionell, das wissen alle, Tag und Nacht bereit, wenn man ihn braucht. Er kennt die Probleme der Wirtschaft und versteht durch seine offene Art sich Freunde zu erwerben – Feinde hat er keine. Manchmal scheint er ein vorsichtiger Skeptiker zu sein, Pessimist ist er keiner. Wo es das politische Getümmel gibt, wird er nicht ausweichen.“²⁷⁶

Für das Außenministerium hatte Bruno Kreisky zuerst an den Außenminister der Regierung Klaus, Dr. Kurt Waldheim, er war von 1968 bis 1970 Chef dieses Ressorts, gedacht. Dies wurde ihm allerdings vom Parteipräsidium – allen voran Karl

²⁷³ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 66 f.

²⁷⁴ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen.

²⁷⁵ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 178.

²⁷⁶ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen.

Waldbrunner – untersagt. So entschied er sich schließlich für den österreichischen Gesandten in Prag, Dr. Rudolf Kirchschräger, einen parteilosen Spitzendiplomaten.²⁷⁷

„Mein engster und verlässlichster Mitarbeiter aus der Zeit meiner Tätigkeit als Außenminister. Ein kluger Mann, der um die verschlungene Wege der Weltpolitik weiß, der seinerzeit mit mir zusammen die österreichische Neutralitätspolitik konzipierte. Wo seine politischen Sympathien sind, weiß ich nicht. Aber eines weiß ich: daß er frei von Vorurteilen auch die Innenpolitik zu beurteilen versteht.“²⁷⁸

Sozialminister und Vizekanzler wurde ein langjähriger Weggefährte Bruno Kreisky, der ÖGB-Vizepräsident Ing. Rudolf Häuser, ein Sozialpolitiker durch und durch.²⁷⁹

„Ein erfahrener Gewerkschafter. Als Sozialpolitiker hat er wesentlichen Anteil an der Errichtung des österreichischen Wohlfahrtsstaates. Er ist Realpolitiker genug um zu wissen, was sich der Staat leisten kann. Ein Mann, dem ich seit 43 Jahren durch meine Tätigkeit in der sozialdemokratischen Bewegung verbunden bin.“²⁸⁰

Den jungen Leopold Gratz, Schulsprecher der SPÖ und Vollblutparlamentarier, machte er zum Unterrichtsminister. Gratz blieb nur in der Minderheitsregierung Unterrichtsminister.²⁸¹

„Hat an den Arbeiten der „Schulpolitischen Kommission“ mitgewirkt, deren Resultat das Große Schulprogramm der Sozialistischen Partei ist. Er hat sich im politischen Leben trotz seiner Jugend den Ruf eines sehr

²⁷⁷ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 181 f.

²⁷⁸ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 3.

²⁷⁹ Vgl. Ein Team. Werbebroschüre. (1970). Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen Keine Seitenangabe.

²⁸⁰ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 1.

²⁸¹ Vgl. Ein Team. Werbebroschüre. (1970). Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen Keine Seitenangabe.

*balancierten Politikers erworben und genießt rasch wachsenden Respekt. Ich habe seinen Werdegang seit 20 Jahren aufmerksam verfolgt*²⁸².“

Erwin Frühbauer, einen ehemaligen ÖBB-Maschinenschlosser, der seinen Weg über die Eisenbahnergewerkschaft gemacht hatte, berief er zum Verkehrsminister.

*„Sein Aufstieg, seiner ruhige und gediegene Arbeit als Parlamentarier haben mich stark beeindruckt. Er kommt aus der Werkstätte, er kommt von der Eisenbahn, aber er weiß, daß zu den Verkehrsproblemen nicht nur die Eisenbahnen gehören, sondern daß es eines Gesamtkonzepts bedarf. Ich habe große Erwartungen in ihn gesetzt und seine bisherige Tätigkeit hat sie schon mehr als erfüllt.“*²⁸³

Kreisky plante eine Bundesheerreform – u.a. sollte der Grundwehrdienst auf 6 Monate beschränkt werden. Ein Wahlversprechen, das ihm die Stimmen der jüngeren Bevölkerung gebracht hatte. Seine Wahl fiel auf den SP-nahen Brigadier Hans Freihsler, der allerdings vom Amt überfordert, aus gesundheitlichen Gründen im Februar 1971 zurücktreten musste.²⁸⁴

*„Ein Mann, der nicht nur mit dem Kopf des Militärs, sondern auch mit dem Kopf des Zivilisten zu denken versteht. Ein Mann, der unsere begrenzten wirtschaftlichen Kräfte kennt und nicht einfach geistloser Nachbeter eines veralteten Traditionalismus ist, sondern der weiß, daß die Landesverteidigung ein Teil der Gesamtpolitik ist. Sein Konzept ist richtig und er vertritt es auch seinen Berufskollegen gegenüber, soweit ich sehen kann, mit milder, aber eindeutiger Konsequenz.“*²⁸⁵

Als Justizminister bestellte Kreisky Dr. Christian Broda, ehemaliger Justizminister des Kabinetts von Julius Raab, 1960 - 1966. Broda erwies sich als großer Reformier und

²⁸² Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 1.

²⁸³ Ebenda, S. 2.

²⁸⁴ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, S. 77 f.

²⁸⁵ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 2.

setzte gemeinsam mit Kreisky und auch Hertha Firnberg im Rahmen der großen Strafrechtsreform etwa die Fristenlösung durch.²⁸⁶

„Hat durch Jahre hindurch an der großen Reform unseres Rechtsstaates gearbeitet. Er ist konzilient, aber die Konzilianz, die meistens mit der Anerkennung des anderen beginnt, hindert ihn nicht seine Gedanken in überzeugender Weise zu vertreten. Mit ihm läßt es sich gut zusammenarbeiten.“²⁸⁷

Einer seiner engsten Mitarbeiter beim „Programm für Österreich“ wäre als Handelsminister prädestiniert gewesen und war auch für dieses Amt vorgesehen – Dr. Ernst Eugen Veselsky, der die „ökonomischen Konferenzen“ leitete. Aufgrund der Bestellung von Minister Staribacher für dieses Amt disponierte Kreisky um und holte sich Ernst Eugen Veselsky als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt.²⁸⁸

„Hat als Koordinator bei der Erstellung des 1. Programms der SPÖ mitgewirkt. Es war keine leichte Arbeit, der er sich unterzogen hat und ich weiß, daß, was er nicht von der österreichischen Wirtschaft weiß, nicht wert ist, gewußt zu werden. Er ist mehr als fleißig, er ist überzeugt davon, daß Österreich rasch seine Strukturprobleme lösen und ein moderner Industriestaat werden kann. Für den Bundeskanzler einer Regierung, die das moderne Österreich schaffen will, ein hervorragender und unermüdlicher Mitarbeiter.“²⁸⁹

Mit Gertraud Wondrack holte er sich eine Gewerkschafterin und Frauenpolitikerin mit Format als Staatssekretärin in das Sozialministerium. Sie verstarb auf tragische Weise durch einen Autounfall im Juli 1971 im Amt.²⁹⁰

²⁸⁶ dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Christian Broda. <http://www.dasrotewien.at/broda-christian.html>, 20.1.2012.

²⁸⁷ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 3.

²⁸⁸ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 179.

²⁸⁹ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 4.

²⁹⁰ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 182.

5.1.1 Eine Frau an der Spitze der Wissenschaft

Als besondere Sensation des Kabinetts Kreisky I ist die Besetzung des neu einzurichtenden Wissenschaftsministeriums mit einer Frau – DDr. Hertha Firnberg – zu sehen. Im Kabinett Klaus war die erste Frau in einer österreichischen Ministerriege durch Grete Rehor, die als Bundesminister für soziale Verwaltung bestellt wurde. Die Männerdomäne der Wissenschaft und Forschung hatte man aber bisher noch nie einer Frau überantwortet. Firnberg wurde zuerst als erste sozialistische Ministerin ohne Portefeuille angelobt und mit Einrichtung des „Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung“ ab 24. Juli 1970 zur Wissenschaftsministerin ernannt.²⁹¹

Dr. Hilde Hawlicek, ehemalige Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport des Kabinetts Vranitzky II, war 1970 für die SPÖ im Nationalrat u.a. mit den Bereichen Wissenschaft und Unterricht betraut. Die damalige Jungpolitikerin lernte Hertha Firnberg im Bundesfrauenkomitee der SPÖ kennen. Hertha Firnberg war damals Leiterin der Abteilung für Statistik in der Arbeiterkammer und schrieb wöchentliche Kolumnen über die Situation der Frauen am Arbeitsmarkt für die SPÖ Zeitschrift „Die Frau“.²⁹² Firnbergs Familie hatte schon in frühen Jahren den Grundstein für eine gute Ausbildung der Tochter gelegt und unterstützte, ganz gegen die damaligen gesellschaftlichen Konventionen, die Unabhängigkeit ihrer Tochter.²⁹³ Eine Haltung, die Hertha Firnbergs Leben prägen sollte und die vielen jungen Frauen Mut machte, es ihr gleichzutun.

„Firnberg hat dadurch, allein durch ihr Beispiel als weibliche Ministerin und gebildete Frauenpolitikerin, sehr vielen Frauen und Mädchen Mut gemacht, in die Wissenschaft zu gehen. Sie war auch die erste Ministerin in einer sozialistischen Regierung und vor allem, bis dahin, in einem absolut männerdominierten Ressort. Sie war damals auch noch nicht Frauenvorsitzende in der SPÖ. Später war es Tradition, dass jede Vorsitzende Ministerin wurde. Sie war aber zuerst Ministerin – auch das ist eine Besonderheit an Hertha Firnberg.“²⁹⁴

²⁹¹ Vgl. Heinz Fischer (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag, Wien, S. 79 ff.

²⁹² Vgl. Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

²⁹³ Vgl. Marlene Schachinger (2009): Hertha Firnberg. Eine Biographie. Mandelbaum Verlag, S. 26.

²⁹⁴ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

Bruno Kreisky erkannte die Zeichen der Zeit und das Potential der Wählerinnen. Um die Anliegen der Frauen zu transportieren war in erster Linie eine Frau glaubwürdig, somit erfüllte Hertha Firnberg eine Doppelfunktion – sie repräsentierte aufgrund ihrer Ausbildung die Wissenschaft und auch u.a. durch Engagement für eine höhere Bildung bei jungen Frauen und der Stellung der Frau am Arbeitsmarkt, Frauenpolitik auf Bundesebene.²⁹⁵

„Ich nehme an, in erster Linie wollte Kreisky Firnberg aufgrund ihrer Kompetenz in der Regierung haben und natürlich auch weil sie eine Frau war. Sie hätte z.B. auch, wenn man nach ihrem Programmschwerpunkt geht, das Sozialministerium übernehmen können, aber man hat ihr, anhand ihrer Fähigkeiten die Führung des Wissenschaftsministeriums zugetraut. Hier kommt aber auch Staribacher ins Spiel und seine Nähe zu den Gewerkschaften. Denn Sozialminister war immer ein Gewerkschafter – das ist die Tradition bei den Sozialisten. Firnberg war, nicht zuletzt aufgrund ihrer statistischen Tätigkeiten in der Arbeiterkammer auch immer eine Frau der Wissenschaft. Es kam ihr auch zugute, dass sie selbst Akademikerin war, sonst hätte sie es in den oft sehr elitären Zirkeln der Hochschulprofessoren sicher schwerer gehabt. Sie begegnete ihnen auf Augenhöhe und hatte dadurch einen besseren Zugang. Soweit ich mich erinnern kann, war auch nie ein Nichtakademiker Wissenschaftsminister.“²⁹⁶

Sie kämpfte für die Rechte der Frauen, hatte dabei aber ihren persönlichen Stil. Ein Attribut, das untrennbar mit Nennung ihres Namens fällt ist die Bezeichnung „Grande Dame.“ Sie erreichte das von ihr Angestrebte mit Intellekt und Eleganz und das findet speziell bei den Genossinnen nicht immer Anklang. Hilde Hawlicek erinnert sich u.a. an die Beziehung zwischen Firnberg und Johanna Dohnal:

„Firnberg hat vor allem auch, nachdem sie in der Arbeiterkammer tätig war und immer Artikel für die Zeitschrift „Welt der Frau“, von den

²⁹⁵ Vgl. Marlene Schachinger (2009): Hertha Firnberg. Eine Biographie. Mandelbaum Verlag, S. 116.

²⁹⁶ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

Benachteiligungen der Frauen am Arbeitsplatz, in der Bildung, im Einkommen, das ja bis heute um 25% weniger als das der Männer beträgt, geschrieben hat, eine ganz andere Sichtweise auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft gehabt. Sie forcierte daher stets die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen. Sie hat das auch immer sachlich, obwohl sie kritisch war, vor allem in der Zusammenarbeit mit den Männern – Broda und Kreisky – diskutiert. Und das ist der Gegensatz zu Johanna Dohnal, die als Emanze, laut und übertrieben und immer gegen die Männer den Kampf der Frauen geführt hat. Meiner Meinung nach, aber damit bin ich wahrscheinlich alleine, hat Firnberg mehr für die Frauen erreicht, als Johanna Dohnal. Zusammenarbeit schafft immer produktivere Ergebnisse. Das Verhältnis der beiden Politikerinnen war zeitlebens auch immer ein gespaltenes, da Hertha Firnberg Johanna Dohnals Stil nicht sehr geschätzt hat. Hertha Firnberg glänzte stets mit Eleganz und Stil, wohingegen Johanna Dohnal sich mehr als das Arbeiterkind aus dem Gemeindebau darstellte. Firnberg galt als die „grande dame“ – das wurde auch in den Medien über sie geschrieben. Sie hatte hier ihren eigenen Stil, was durchaus legitim ist, aber sie hat immer für die Sache der Frauen gearbeitet – ich würde nicht sagen gekämpft, sondern mit Argumenten ,gearbeitet.“²⁹⁷

Mit Hertha Firnberg hatte Kreisky eine Frau für sein Team gefunden, die ihn zwar respektierte, aber nicht immer bedingungslos folgte. Das Verhältnis der beiden war nicht immer leicht, aber durchaus prosperierend. So konnten Firnberg und Broda Kreisky davon überzeugen mit dem Thema der Fristenlösung, dem ehemaligen § 144 StG, in den Wahlkampf 1975 zu gehen, was Kreisky aufgrund der katholischen Prägung Österreichs nicht wollte, und diese auch zu gewinnen.

5.1.2 Die „Schatten der Vergangenheit“ über dem Kabinett Kreisky I

Doch nicht in allen Bestellungen bewies Kreisky eine glückliche Hand. Die „braune Vergangenheit“ einiger seiner Ministerkandidaten holte diese nun ein. Als ihm durch die Berufung Staribachers zum Handelsminister sein eigentlicher Landwirtschaftsministerkandidat abhanden gekommen war, riet man ihm aus der

²⁹⁷ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

Landesorganisation Kärnten zum Agrarexperten der Kärntner Landesregierung Johann Öllinger. Kreisky in Zeitnot, war froh einen Kandidaten empfohlen bekommen zu haben und akzeptierte diesen ohne Überprüfung seiner Vergangenheit – ein Fehler, wie sich nach kurzer Zeit herausstellen sollte.

„Denn sehr bald wurde bekannt, dass Öllinger seit Dezember 1937 Mitglied der Waffen-SS gewesen war. Kaum kam dieser Umstand an die Öffentlichkeit – dabei spielte es keine Rolle mehr, dass Öllinger 1940 aus der SS ausgeschieden war und als Wehrmachtsoffizier an die Front musste – ,erlitt der Minister einen Herzinfarkt und trat nach nur einem Monat im Amt krankheitshalber zurück.“²⁹⁸

Öllingers Nachfolger Oskar Weihs, ebenfalls ein Agrarexperte, soll seit 1932 NSDAP Mitglied gewesen sein.²⁹⁹ Ihn beließ Kreisky trotz dieser Tatsache im Amt und charakterisierte ihn als³⁰⁰:

„Ein ausgesprochener Fachmann in dem so komplizierten Gestrüpp unserer Landwirtschaftspolitik. Wenn einer hier weiterkommen kann, so ist er es. Eine Mischung von großer Sachkenntnis, milder Autorität, einer beträchtlichen Portion Humor und Jovialität und einer ganz leichten Portion sehr begründeter Besserwisserei. Alles Eigenschaften, die man braucht, um mit den hart gekochten Agrarbürokraten auszukommen. Von großem Einfühlungsvermögen in die Probleme, die den einzelnen Landwirt beschäftigen.“³⁰¹

Als Bautenminister berief Kreisky Josef Moser, aus der Mietervereinigung kommend wusste er um die Probleme im Wohnbau, ins Amt. Er sollte ein Garant dafür sein, dass

²⁹⁸ Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 179.

²⁹⁹ Dies wurde allerdings von der Regierung Kreisky bestritten – siehe Brief Dr. Mussi an World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims. Tel-Aviv.

³⁰⁰ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 179.

³⁰¹ Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Kreisky-Archiv Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 3.

das Wohnbauprogramm der SPÖ so schnell wie möglich umgesetzt werden sollte.³⁰² Josef Moser war in seiner Jugend NSDAP Mitglied.³⁰³

Der designierte Innenminister des Kabinetts Kreisky, Otto Rösch, war NSDAP Mitglied seit dem Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland und war außerdem als „*Lehrer an der nationalsozialistischen Eliteschule NAPOLA in Traiskirchen*“³⁰⁴ tätig gewesen. Weiters hatte man den Träger des Deutschen Kreuzes in Gold, einer Kriegsverdienstauszeichnung, unter Verdacht noch 1947 der „*nationalsozialistischen Untergrundbewegung anzugehören*“³⁰⁵, als er mit einer Vielzahl an gefälschten Papieren bei einer Kontrolle aufgegriffen wurde.³⁰⁶

Die NS-Vergangenheit der Regierungsmitglieder wurde auch international mit großem Misstrauen und Verwunderung gesehen. Im Kreisky Archiv fand sich unter den Dokumenten der Regierung Kreisky I auch ein Briefwechsel zwischen der „World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims“ in Tel Aviv und dem Büro des Bundeskanzlers.

Datiert mit dem 29. Juli 1970 enthält der Brief der World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims folgende Anfragen:

“... Wir erfuhren aus der Presse, dass zwei Ihrer Kabinettsminister frueher der Nazipartei angehoerten und zu jener Zeit hohe Posten bekleideten. Es geht um den jetzigen Innenminister Dr. Otto Rasch [sic!] und den Agrarminister Herrn Oskar Weiss [sic!] (der, nebenbeigesagt, jetzt die Stellung des verstorbenen frueheren SS Ofziers Dr. Hans Elinger [sic!] einnimmt). Es ist uns nicht ganz verständlich, dass Ihre Exzellenz, der Fuehrer der Sozialistischen Partei in Oesterreich und selber ein Opfer der Naziverfolgungen in der Hitlerzeit, es fuer richtig befunden haben, Leute mit einer Nazivergangenheit in Ihr Kabinett aufzunehmen und Sie sogar zu rechtfertigen. Als Weltorganisation frueherer juedischer Freiheitskaempfer

³⁰² Vgl. Ein Team. Werbebroschüre. (1970). Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen Keine Seitenangabe.

³⁰³ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 180.

³⁰⁴ Ebenda S. 180.

³⁰⁵ Ebenda S. 180.

³⁰⁶ Vgl. ebenda S. 180.

und KZ-Häftlinge, der in sich Hunderte Tausende der Opfer des Nazismus in 15 Ländern vereinigt, erheben wir energischen Protest dagegen, dass Leute mit einer Nazivergangenheit in hohe Regierungsposten gesetzt werden, Leute die in unseren Augen Kriegsverbrecher sind. Diese und ähnliche Leute sollten vor ein Gericht gebracht und gezwungen werden, ueber Ihre Taetigkeit in der Hitlerzeit Rechenschaft abzulegen.“³⁰⁷

Prompt, fünf Tage nachdem der Brief das Kanzleramt erreicht hatte, antwortete das Büro des Bundeskanzlers:

„...Eingedenk der Tatsache, daß in den politisch und wirtschaftlich so turbulenten Dreißiger Jahren viele Österreicher sich guten Glaubens dem Nationalsozialismus anschlossen, von dem sie sich eine Besserung der Zustände erhofften, und daß seit dem Ende des Naziregimes genügend Zeit vergangen ist, um mit der pauschalen Verurteilung aller, die je diesem Regime anhängen, ein Ende zu machen, hat der Herr Bundeskanzler seit Jahren die Ansicht vertreten, daß jenen, die sich während der Nazizeit keine strafbaren Handlungen zuschulden kommen ließen und sich in den seither vergangenen Jahren aktiv und eindeutig von ihrer Vergangenheit distanziert und zum demokratischen System bekannt haben, aus dieser Vergangenheit kein Nachteil erwachsen soll. Ihrer Meinung, dass Kriegsverbrecher vor Gericht gebracht und abgeurteilt werden müssen, schließt sich der Herr Bundeskanzler selbstverständlich an, (...) Was ihre konkreten Vorwürfe angeht, so sind Sie leider falsch informiert worden. Es stimmt nicht, daß irgendein Mitglied der österreichischen Bundesregierung einen hohen Posten unter dem Naziregime bekleidete. Der wegen Krankheit aus dem Amt geschiedene Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Hans Öllinger gehörte wohl bis 1941 der SS an, wo er jedoch keineswegs Offiziersrang hatte, schied dann aber aus, indem er sich freiwillig zum Frontdienst bei der Wehrmacht meldete. Sein Nachfolger, Bundesminister Dr. Oskar Weihs, war niemals Mitglied der NSDAP (...) Otto Rösch; war zwar in den Listen der NSDAP als Parteimitglied (mit einer

³⁰⁷ Pessach Burstein/ Stefan Grajek (1970): Brief der World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims. Tel-Aviv.

Mitgliedsnummer von über 8 Millionen) geführt, konnte aber nach dem Krieg überzeugend nachweisen, daß er selbst davon nichts wußte und wurde demgemäß 1949 (...) als „nicht registrierungspflichtig“ eingestuft. Die von gewisser Seite inspirierten Angriffe und Gerüchte sind von der Bundesregierung im Sinne der obigen Ausführungen als energisch zurückgewiesen und entkräftet worden.“³⁰⁸

Bruno Kreisky führte diese Publizität der NS-Vergangenheit seiner Regierungsmitglieder auf Simon Wiesenthal zurück – eine Feindschaft, die bis in den Tod andauern sollte. Kreisky vermutete hinter Wiesenthals Diffamierungen parteipolitisch motivierte Gründe³⁰⁹ und bemerkte einmal in einem Kreis von Journalisten: *„Ich warte nur darauf, dass Herr Wiesenthal nachweist, dass ich auch bei der SS gewesen bin.“*³¹⁰

Kreisky Meinung zu der NS-Vergangenheit seiner Minister war klar:

*„Ich bin der Meinung, dass man niemandem seine Vergangenheit – sofern er keine Verbrechen begangen hat, sich keine Unmenschlichkeit zuschulden kommen hat lassen – Fehler, politische Irrtümer, die so weit zurückliegen, vorwerfen soll. Man soll an diese Zeit dann nicht erinnern, wenn nicht der Betreffende selber daran erinnert durch sein Verhalten, indem er zum Ausdruck bringt, dass er diesen Ideen auch heute noch anhängt. Wer das nicht tut, muss unbedingt damit rechnen können, dass ihm die Demokratie die Rechte gibt, die jeder andere hat.“*³¹¹

Die Haltung Kreiskys in dieser Sache war und ist für viele nicht verständlich, zählte Kreisky doch ebenfalls zu den Verfolgten des NS-Regimes. Sein enger Weggefährte Peter Jankowitsch schreibt in seiner Kreisky Biographie, dass Kreisky diese Affäre bewusst nutze, um sich als Verteidiger ehemaliger Nationalsozialisten einzusetzen, da diese Versöhnungsgeste von einem ehemaligen Opfer eine größere Symbolik hätte.³¹²

³⁰⁸ Dr. Ingo Mussi im Auftrag von Bruno Kreisky (1970): Brief an die World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims. Tel-Aviv.

³⁰⁹ Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 181.

³¹⁰ Ebenda S. 181.

³¹¹ Journal-Panorama. 40 Jahre Ära Kreisky: Die denkwürdige Wahl am 1. März 1970. ORF. Ö1, 01.03.2010. Transkript: http://www.androsch.com/media/news/10-03-01_OE1-JP_40-Jahre-Aera-Kreisky.pdf, 19.1.2012, S. 8.

³¹² Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 180.

Trotz kontroversieller Diskussionen um das Regierungsteam von Bruno Kreisky, deren Beweggründe nach den Jahren des Naziregimes nachvollziehbar waren, gelang es Kreisky mit diesem Team erfolgreich das Programm für ein modernes Österreich umzusetzen.

5.2 Regierungsprogramm der SPÖ 1970

Mit der Ausarbeitung des Regierungsprogramms der SPÖ war ab 1967, mit der Wahl Kreiskys zum Vorsitzenden, begonnen worden.

Im Kreisky Archiv fanden sich bei den Recherchetätigkeiten zu dieser Arbeit einige interne Dokumente der Führungsriege rund um Kreisky, die Grundsätzliches, im Hinblick auf die Regierungserklärung, zur Gestaltung eines potentiellen Regierungsprogramms transportieren sollte und so auch einen interessanten Einblick in die Politikarbeit hinter den Kulissen geben. So wurde zum Thema „Regierungsprogramm – grundsätzliche Überlegungen“ folgendes konzipiert:

„- Das Programm sollte nur so weit als nötig konkret sein. Die positive momentane Wirkung, möglichst viele sozialistische Forderungen im Programm verankert zu haben, wird weit überkompensiert durch die zu befürchtenden negativen Auswirkungen bei Neuwahlen (Möglichkeit der vorzeitigen Auflösung des Nationalrates), wenn das Erreichte mit den Programmpunkten konfrontiert wird. Die Regierungserklärung der ÖVP-Alleinregierung sollte als Warnung dienen („Alles versprochen, nicht gehalten“)

- Äußerste Zurückhaltung ist bei allen jenen Punkten am Platze, aus denen finanzielle Versprechungen resultieren.

- Die gesellschaftspolitischen und sonstigen Probleme, denen die Regierung gegenübersteht, sollten zwar katalogartig, möglichst vollständig, abrißhaft angeführt werden, um zu dokumentieren, daß die Regierung sich der Schwere ihrer Aufgabe voll bewußt ist. Jedoch: keine konkrete Feststellung hinsichtlich Lösungen. (...)

- Auf die Probleme der Frau sollte jedoch besonders eingegangen werden (Frauen als SPÖ-Hoffnungsgruppe); SPÖ als Anwalt der Fraueninteressen. (...) (Diese Frage sollte von einer Frau in der Öffentlichkeit vertreten

werden!) Dieser ganze Bereich ist sehr günstig, da er äußerst öffentlichkeitswirksam ist und keine finanziellen Mehrbelastungen für den Staatshaushalt daraus resultieren.“³¹³

Als Kernpunkte des Programmes und somit als konkret zu behandeln, wurden die Themenbereiche

- Steuerreform: Hier wird darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung Konkretes erwartet, da es im Wahlkampf Thema war
- Budgetprobleme: „Die Regierungserklärung sollte eine nüchterne Situationsschilderung (Defizit!) bringen. Der Bevölkerung sollte der Ernst der Lage vor Augen geführt werden.“³¹⁴
- Wohnungsbau: Dieses Thema war im Wahlkampf eines der Hauptthemen. Es soll mehr Geld für den sozialen Wohnbau ausgegeben werden.
- Industriepolitik: Hier sollten die kommenden Jahre eine Forcierung der Verstaatlichten Industrie mit sich bringen. Dies war auch der Kernpunkt des Wirtschaftsprogramms.
- Arbeitsmarktpolitik: Die Arbeitsmarktpolitik sollte intensiviert werden. Kreisky sah auch sehr früh durch die steigenden Modernisierung und Technisierung ein Problem für den Arbeitsmarkt.
- Preise: „Ein guter Teil des Wahlkampfes wurde mit diesem Thema bestritten. Die Öffentlichkeit erwartet sich hier Zusicherungen. Besondere Vorsicht ist aber gerade hier angebracht, da einerseits eine Preissteigerung von 4 ½ % für das Jahr 1970 zu erwarten ist und andererseits die Erwartungen der Öffentlichkeit besonders hochgespannt sind. (Breite Masse erwartet sich von einem sozialistischen Bundeskanzler Preissenkungen).“³¹⁵
- Konsumentenschutz: Es sollte ein „Verbraucherreferat“, entweder im Wirtschaftsministerium oder im Bundeskanzleramt geschaffen werden.
- Beamtenkörper (öffentlicher Dienst): „Im Hinblick auf die gegnerische Propaganda sowie die Notwendigkeit, sich der Kooperation der Beamten zu

³¹³ o.V. (ca.1969/ 70): Regierungsprogramm – grundsätzliche Überlegungen. Kreisky Archiv. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 1.

³¹⁴ Ebenda, S. 2.

³¹⁵ Ebenda, S. 2.

versichern, wäre eine nochmalige Zusicherung wohlverborener Rechte nicht anzutasten, zweckmäßig.“³¹⁶ Hier wurden noch Ausbildungsaspekte, eine freie Stellenausschreibung und eine Verbesserung der Mitbestimmungsrechte angesprochen.

- Arbeitsrecht: Hier sollten die Arbeitnehmerrechte und die Mitspracherechte der Betriebsräte gestärkt werden.
- Sozialversicherungen: „Verbesserung der Richtzahlberechnung; Erhöhung der Witwenpension auf 60%; Erstellung eines langfristigen Finanzierungskonzepts für die Sozialversicherung; Verbesserung des Leistungsrechts in der Arbeitslosenversicherung.“³¹⁷
- Sozialgerichtsbarkeit: Es sollte eine Sozialgerichtsbarkeit geschaffen werden, da diese noch nicht vorhanden war.
- Fürsorgerecht: Auch hier mangelte es an gesetzlichen Regelungen.
- Gesundheitspolitik: Eines der sozialen Kernthemen – die Gesundheitsfürsorge sollte ausgebaut und das Krankenanstaltenwesen verbessert werden.
- Familienpolitik: „Ausarbeitung eines Finanzierungskonzepts und Änderung des Leistungsrechts.“³¹⁸
- Schulreform: Es sollten nicht nur neue Formen der Schule angeboten werden und neue Schulbauten, es sollte vor allem Schülern aus allen Schichten die Möglichkeit gegeben werden, eine höhere Ausbildung machen zu können. Dies geschah auch mit Hilfe eines Stipendienwesens für Schüler ab 14 Jahren.³¹⁹

Zu diesem Themenschwerpunkt schildert Dr. Hilde Hawlicek die sozialen Errungenschaften der Kreisky Ära im Schulwesen.

„...durch das Stipendienwesen und es gab damals schon für die Schulen eine Kampagne der SPÖ „Mehr Arbeiterkinder an höhere Schulen“. Das war die Voraussetzung um studieren zu können. Hier erinnere ich mich, dass ich, vor allem in Wien, aber durch das ganze Land gefahren bin und Referate gehalten habe. Auch in den Parteiinformationsschriften wurde

³¹⁶ o.V. (ca.1969/ 70): Regierungsprogramm – grundsätzliche Überlegungen. Kreisky Archiv. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 2.

³¹⁷ Ebenda, S. 3.

³¹⁸ Ebenda, S. 3.

³¹⁹ Ebenda, S. 3.

diese Kampagne „Mehr Arbeiterkinder an höherer Schulen“ sehr beworben. Und zu dieser Zeit waren an den Hochschulen ja nur ein Viertel weibliche Studenten und an den AHS ein Drittel. Außerdem gab es nur 6% Arbeiter- und Bauernkinder an den höheren Schulen. Was wir Sozialisten wollten: Mehr Mädchen, mehr Arbeiter- und mehr Bauernkinder zu einer höheren Ausbildung hinzufügen. Mit den Arbeiter- und Bauernkindern ist es uns nur in geringem Ausmaß gelungen, diese an die Hochschulen zu bringen, aber die Mädchen haben in der Tat von dieser Kampagne am meisten profitiert. Denn heute studieren nicht nur mehr Mädchen als Burschen, es schließen auch mehr ab. Früher haben zwar viele Mädchen studiert, aber weniger abgeschlossen. Da gab es – u.a. auch unter den Professoren das Vorurteil, dass die Mädchen in erster Linie an die Hochschule gehen, um dort einen Doktor als Ehemann zu finden. Aber jetzt sind die Abschlüsse der Mädchen mehr – das hat sich zu einer wirklichen Erfolgsstory entwickelt. Hier hat Hertha Firnberg durch ihr Auftreten und vor allem, dass sie eine hochgebildete Frau war, Ansehen überall, auch außerhalb der Partei hatte, maßgeblich als Vorbild für junge Frauen beigetragen.³²⁰

- Permanente Weiterbildung: Auf Bildung wurde im Regierungsprogramm ein Hauptaugenmerk gelegt – es sollte, durch Intensivierung der Angebote und auch finanzieller Entlastung, Menschen im Berufsleben ermöglicht werden, sich weiterzubilden.
- Wissenschaft und Forschung: Für dieses Ressort sollten mehr Mittel eingeplant werden. Außerdem wurde an einer Organisationsreform der Universitäten gearbeitet.
- Sonstige kulturpolitische Maßnahmen: Es sollte der Kunst und Kulturszene mehr Raum, finanzielle Mittel und auch gesetzliche Grundlagen geboten werden.³²¹

³²⁰ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

³²¹ Vgl. o.V. (ca.1969/ 70): Regierungsprogramm – grundsätzliche Überlegungen. Kreisky Archiv. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen, S. 3.

In dem Papier nicht zu finden, aber ebenfalls Hauptpfeiler des Regierungsprogramms waren

- Reformen des Familienrechts: Hier sollte u.a. der rechtliche Status zwischen den Ehegatten angepasst, und die Herabsenkung der Volljährigkeit auf 19 Jahre beschlossen werden.
- Strafrechtsreform: Es sollte das veraltete Strafrecht erneuert werden.
- Bundesheerreform: Im Rahmen einer Reform sollte vor allem der Grundwehrdienst von neun auf sechs Monate verkürzt werden.

Wie man den Programmschwerpunkten entnehmen kann, beabsichtigte Bundeskanzler Kreisky Reformen in fast allen Gesellschafts- und Lebensbereichen durchzuführen. Ziel war eine umfassende soziale Absicherung der Bevölkerung in allen Lebensbereichen garantieren zu können.

5.3 Regierungserklärung Bruno Kreisky

Die Regierungserklärung wurde mit Spannung erwartet. Dr. Bruno Kreisky, sozialistischer Kanzler der ersten Minderheitsregierung Österreichs, trat am 27. April 1970, dem 25. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik, vor den versammelten Nationalrat. Kreisky schildert in seinen Memoiren die Stimmung, die im Hohen Haus während seiner Ausführungen herrschte.

„Meine ersten Regierungsdeklarationen nach den Wahlen 1970 und 1971 wurden nicht schweigend gehört, sondern waren unterbrochen von stürmischen Zwischenrufen, um mich daran zu hindern, sie zu Ende zu sprechen. So sehr ich mit den Menschen in der anderen Partei, der ÖVP, persönlich gut ausgekommen bin, so sehr haben sie mich auf diese Art unter Druck setzen wollen.“³²²

Die gesamte Rede in Transkriptionsform umfasst 21 geschriebene Seiten und die komplette Wiedergabe würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es soll daher in Folge nur auf die wichtigsten Punkte eingegangen werden.

³²² Oliver Rathkolb (Hrsg.) (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Styria. S.378 f.

Gleich zu Beginn ging der Kanzler auf die Ungerechtigkeiten des geltenden Wahlrechts ein und versprach in diesem Punkt Reformen in die Wege zu leiten, mit der Unterstützung, in Anspielung auf die FPÖ, anderer Parteien:

„Eine umfassende Reform des Wahlrechts bietet sich daher an. Die Bundesregierung wird Vorschläge aus verschiedenen politischen Lagern aufgreifen, deren gemeinsames Ziel es ist, ein gerechteres Ermittlungsverfahren zu schaffen und gleichzeitig der persönlichen Neigung des Wählers für den einen oder anderen Kandidaten besser entsprechen zu können.“³²³

Kreisky erläuterte auch den Prozess und das Scheitern der Regierungsverhandlungen mit der ÖVP ohne näher auf die Gründe dafür einzugehen. Auch hier betonte er wieder die Fülle der Reformen und das Streben nach sozialem Aufschwung für die gesamte Bevölkerung.

„Die Bundesregierung wird ein großes Reformprogramm in Angriff nehmen, dessen Ziel die Wohlfahrt und der Fortschritt des freien Menschen in der Gesellschaft ist. Nur eine Politik, die den Menschen zum Mittelpunkt des politischen Handelns macht, garantiert jeder Staatsbürgerin und jedem Staatsbürger, daß sie in den Umwälzungen der siebziger Jahre nicht zu hilflosen Objekten der Entwicklung, sondern zu ihren Gestaltern werden. Wahre Politik muß diese Perspektive erkennen lassen – nur so wird sie die Menschen von heute in ihren Bannkreis ziehen und zu Mitgestaltern ihrer Zukunft machen.“³²⁴

Eines der ersten Themen, die in der Regierungserklärung angesprochen werden, ist die Rechtsreform. Die Bundesregierung würde zu einer Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz beitragen. Erwähnt wurde neben der Familienrechtsreform auch eine umfassende Reform des aus dem 18. Jahrhundert stammenden Strafrechts.

³²³ Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 1.

³²⁴ Ebenda, S. 3.

„Die Bundesregierung wird die Familienrechtsreform zur Verwirklichung der verfassungsgesetzlich garantierten Rechtsgleichheit der Ehegatten und zur zeitgemäßen Gestaltung des Unterhaltsrechtes für Frau und Kinder fortführen. (...) Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die Volksvertretung ihre Zustimmung zu den auf jahrelangen Vorarbeiten beruhenden Reformvorschlägen erteilen wird, damit ein modernes Österreich auch ein modernes Recht an Stelle von überalterten Gesetzen erhält, die zum Teil noch auf das 18. Jahrhundert zurückgehen. Für die längst fällige Strafrechtsreform ist die Zeit reif geworden. Sie ist weder eine Frage der Parteipolitik noch der Weltanschauung, sondern eine Aufgabe, die durch das Zusammenwirken von Parlament und Bundesregierung zeitgemäß gelöst werden kann.“³²⁵

In der Passage das Rechtssystem betreffend, werden auch noch die Pressefreiheit, hier im Besonderen der Schutz des Redaktionsgeheimnisses, das Recht auf Privatsphäre und die Schaffung einer zeitgemäßen Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit und somit die Stärkung der Arbeitnehmerrechte erwähnt.³²⁶

Der nächste große Themenblock betraf bereits das österreichische Bildungssystem. Kreisky spannte hier den Bogen von der vorschulischen Bildung bis hin zum Zweiten Bildungsweg im Rahmen der Erwachsenenbildung. Hier sollte auch verstärkt die Wirtschaft ins Boot geholt werden, die auch ein Interesse an qualifizierten Mitarbeitern haben muss.

„Die Bildungspolitik bedarf daher eines in allen Teilen aufeinander abgestimmten Bildungswesens, das von der vorschulischen Erziehung bis zur Erwachsenenbildung reicht und auf den Prinzipien der regionalen und sozialen Chancengleichheit, Chancenverbesserung, der Demokratisierung der inneren Struktur der Bildungseinrichtungen und der Begabtenförderung aufbaut. (...) In einer sich rasch ändernden Gesellschaft kann die Bildung nicht in einer bestimmten Altersstufe als abgeschlossen betrachtet werden. Der permanenten Weiterbildung und insbesondere der Erwachsenenbildung

³²⁵ Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 4

³²⁶ Vgl. ebenda, S. 5.

als Hilfe zur persönlichen Lebensgestaltung und beruflichen Mobilität kommt daher große Bedeutung zu. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Frage spezieller Förderungsmaßnahmen für die Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftspartnern prüfen.“³²⁷

Die Hochschulpolitik mit ihren Reformen war der nächste Schwerpunkt – hier soll im „Exkurs: Das Hochschulpolitische Programm“ näher darauf eingegangen werden.

Kreisky betonte hier auch sehr stark die Bedeutung der jungen Menschen – er appellierte an das Plenum, in Anlehnung an die Proteste der 68er Jahre, die visionären Forderungen der Jungen ernst zu nehmen, um ihre Unterstützung und ihre aktives Zutun für eine moderne Gesellschaft zu erlangen.³²⁸

„Der moderne demokratische Staat bedarf dringendst einer politisch wachen und politisch mobilen Jugend, der gegenüber man sich nicht nur vor einer Wahl als modern und fortschrittlich gebärden darf, sondern der man auch nachher verpflichtet bleiben muß. Hielte man es anders, würde diese Jugend mit dem Entzug ihres Vertrauens reagieren, und dem, der sie irregeführt hat – so meinte ich ebenfalls vor einiger Zeit – Verachtung und blanken Zynismus entgegenbringen. Der junge Ministerpräsident Schwedens, Olaf Palme, hat recht, wenn er unlängst erklärte, daß, die Völker, die die Loyalität ihrer Jugend verloren haben, keiner guten Zukunft entgegengehen.“³²⁹

Im Bereich Wissenschaft und Forschung erwähnte Kreisky, dass die Bundesregierung plane, ein eigenes Wissenschaftsministerium einzurichten um der Wissenschaft und Forschung die Bedeutung zukommen zu lassen, die sie auch international hatte. Auch die Kunst und Kultur blieb nicht unerwähnt – die Weiterförderung zeitgenössischer

³²⁷ Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 6 ff.

³²⁸ Vgl. ebenda, S. 8.

³²⁹ Ebenda, S. 8.

Kunst und Wahrung des kulturellen Erbes standen in diesem Bereich im Vordergrund.³³⁰

In der Passage die Wirtschaft Österreichs betreffend, ging Kreisky auf das rasante Wirtschaftswachstum ein und propagierte eine ökonomische Politik unter Berücksichtigung menschlicher Werte. Er verschloss sich aber auch nicht den marktwirtschaftlichen Zugängen zur Wirtschaftspolitik.

„Unsere ökonomische Politik muß sich weiters, soll sie nicht den Menschen ignorieren, einem Wertsystem unterordnen, bei dem der Mensch, sein Lebensraum, sein wirtschaftliches Wohlergehen, seine Entwicklungsmöglichkeiten und seine kulturelle Entfaltung in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen gestellt werden. Die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft wird gewiß unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Grundsätze, aber dennoch im Rahmen eines langfristigen wirtschaftspolitischen Konzeptes erfolgen müssen.“³³¹

Im Bereich der Budgetpolitik stellte Bruno Kreisky Wirtschaftswachstum, die Kaufkraft des Schillings, Vollbeschäftigung und eine gerechtere Einkommensverteilung in den Mittelpunkt. Er wies auch auf die budgetäre Lage hin, die die ÖVP-Alleinregierung hinterlassen hatte.³³²

„Es ist nicht nur für das laufende Budgetjahr ein Defizit von 8,9 Milliarden Schilling präliminiert, für das Budgetjahr 1971 wird vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ein Defizit in einer Größenordnung zwischen 14,1 und 15,3 Milliarden Schilling, für das Budgetjahr 1972 ein Defizit zwischen 17,9 und 20,2 Milliarden Schilling prognostiziert. (...). Es wird daher vordringliche Aufgabe der Bundesregierung sein, den Bundeshaushalt etappenweise zu konsolidieren und gleichzeitig die

³³⁰ Vgl. Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 10.

³³¹ Ebenda, S. 11.

³³² Vgl. ebenda, S. 13.

*Erstellung eines längerfristigen wirtschaftspolitischen Konzeptes vorzunehmen.*³³³

Wie bereits im Wahlkampf versprochen, sprach er Steuerreformen an, sowie die Planung neuer Konzepte für den Verkehr auf der Straße, der Schiene, zu Wasser und in der Luft.

Neben der Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes sprach Kreisky Erneuerungen im Bereich der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens an.³³⁴

*„Die Krankenversicherung ist auf eine gesicherte finanzielle Grundlage zu stellen, die Unterversicherung schrittweise zu beseitigen, und die von der Krankenversicherung erbrachten Auftragsleistungen für andere Stellen sind kostendeckend abzugelten. (...) Ausbau und Sanierung der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, wobei der Einrichtung des ärztlichen Notdienstes und den Problemen der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.“*³³⁵

Auch andere Schwerpunkte des Regierungsprogramms wie die Forcierung des Wohnbaus, die Bundesheerreform und auch die Stellung Österreichs in einem Europäischen Verband kamen zur Sprache. Er schloss mit dem Hinweis auf den 25. Jahrestag der Zweiten Republik.³³⁶

„Der 25. Jahrestag der Wiedererrichtung Österreichs scheint mir der richtige Anlaß zu sein, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß es das unveräußerliche Recht der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen in der Demokratie ist, ihre politischen Auffassungen immer wieder im Lichte der Erfahrungen und Erkenntnisse zu überprüfen. Das muß auch für die Zeit vor 25 Jahren gelten. Die Bundesregierung ist sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt, aber sie betrachtet es als ein gutes Omen, daß sie ihre

³³³ Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 13.

³³⁴ Vgl. ebenda, S. 14 ff.

³³⁵ Ebenda, S. 18.

³³⁶ Vgl. ebenda, S. 19 ff.

Erklärung am 27. April, an diesem wahrhaft österreichischen Feiertag, abgeben kann.“³³⁷

5.4 Die Umsetzung der Reformen im ersten Kabinett

Kreisky präsentierte dem Parlament ein umfassendes Arbeitsprogramm, das alle Bereiche der Gesellschaft berührte und in Österreich viel verändern sollte. Bei der Präsentation dieses engagierten Programms musste aber bereits allen Beteiligten klar gewesen sein, dass dies nicht im Rahmen einer Minderheitsregierung umzusetzen wäre. Eindeutiges Ziel von Bruno Kreisky war es, eine absolute Mehrheit bei den kommenden Wahlen zu erreichen. Die Möglichkeit einer Auflösung der Minderheitsregierung zu einem für die SPÖ günstigen Zeitpunkt hatte Kreisky ebenfalls in der Regierungserklärung indirekt ausgesprochen.

„Sollte aber die Bundesregierung für gesetzliche Vorlagen, die ihr für das Wohl des Landes unerlässlich erscheinen, keine Mehrheit erhalten, so wird sie in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung beantragen, dem österreichischen Volk die Möglichkeit der Entscheidung zu bieten.“³³⁸

Was konnten Kreisky und seine Regierung vom „Programm für ein modernes Österreich“ nun bereits während einer Minderheitsregierung umsetzen?

Die erste Konsequenz der Vereinbarung zwischen SPÖ und FPÖ zeigte sich in der Zustimmung der FPÖ zu einem Kompetenzgesetz, das es der SPÖ möglich machte das „Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung“ einzurichten. Ihm wurden neben den Belangen Wissenschaft und Forschung auch Kompetenzen des Unterrichtsministeriums zugeordnet, welches übrigens in „Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur“ umbenannt wurde.³³⁹ BM a.D. Hilde Hawlicek erinnert sich:

„Bereits in der Antrittsrede Bruno Kreiskys betonte er, dass wir einen Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung setzen wollen. Dies wurde bisher vernachlässigt. Die Wissenschaft befand sich im Unterrichtsministerium, unter Minister Piffl-Perčević. Hier hat man sich

³³⁷ Bruno Kreisky, Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2, S. 22.

³³⁸ Ebenda, S. 1.

³³⁹ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 40.

aber vor allem auf die Schulpolitik konzentriert. Kunstpolitik sehr wenig – das ist auch erst im Laufe der Zeit entstanden. Hier hat man nun geteilt, die Wissenschaft – Forschung und die „tote Kunst“, das waren die Museen und die Bibliotheken, kamen zu Firnberg. Auf der anderen Seite hat Fred Sinowatz [Anmerkung: Fred Sinowatz folgte 1971 Leopold Gratz in dessen Funktion als Unterrichtsminister nach, die Aufteilung wurde aber bereits bei Entstehung des Wissenschaftsministeriums getroffen.] die gesamten Schulen bekommen und die lebende Kunst – also u.a. die Subventionen an die Künstler, die Festspiele und die Bundestheater, also die zeitgenössische Kunst – wir haben damals in „tote und lebende Kunst“ unterschieden.“³⁴⁰

Obwohl Hertha Firnberg das Wissenschaftsministerium neu installieren musste und sich ihr Beamtenstab aus dem ehemals schwarzen Unterrichtsministerium rekrutierte, genoss die Ressortchefin von Anfang an den Respekt ihrer Mitarbeiter und konnte relativ rasch arbeiten:

„Hertha Firnberg hatte auch im Ministerium bestqualifizierte Mitarbeiter – obwohl sie das Ministerium mit Beamten vom Unterrichtsministerium neu schaffen musste. Ein Beispiel dafür ist ihr Kabinettschef und späterer Sektionschef Dr. Wolf Frühauf, der all die Jahre einer ihrer engsten und besten Mitarbeiter war. Auch die andere Beamtenschaft – die Sektionschefs im Ministerium und natürlich auch die Museumsdirektoren, wie z.B. der Kunsthistoriker Fillitz, der das Kunsthistorische Museum leitete, in der Nationalbibliothek Direktor Marthe, der übrigens der ÖVP nahe stand – standen hinter ihr. Damals hatten die Museen noch nicht so viel Geld zur Verfügung wie heute, aber sie hat z.B. die elektrische Beleuchtung in den staatlichen Museen installieren lassen. Im Kunsthistorischen Museum war es z.B. im Winter ab 16 Uhr finster – das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.

Durch den seriösen Beamtenapparat und auch speziell durch Dr. Frühauf – so einen Mitarbeiter konnte sich jede Ministerin und jeder Minister nur wünschen, er hat für die Sitzungen immer alles parat gehabt, Minister

³⁴⁰ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

Firnberg vorgelegt und Tag und Nacht für die Sache gearbeitet – konnte Hertha Firnberg effizient ihre Ideen verwirklichen.“³⁴¹

Auch das Budget 1971 wurde mit den Stimmen der FPÖ beschlossen. Dieses fiel allerdings anders aus, als noch im Wahlkampf versprochen. Die angekündigten großen Steuersenkungen bleiben zunächst aus, es wurde nur eine „kleine Variante“ beschlossen³⁴². Begründet wurde dies von Finanzminister Dr. Hannes Androsch damit, dass das „budgetpolitische Erbe“ das man übernommen hatte, so schwer gewesen sei, dass man sonst für neue Ausgaben nicht das benötigte Kapital aufbringen hätte könnte.³⁴³

Als Gegenzug für die Zustimmung beim Budget 1971 begannen die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform. FPÖ-Obmann Peter begründete diesen Schritt damit, „*dass die ÖVP ein Mandat mit rund 26.000, die SPÖ mit 27.000, die FPÖ hingegen erst mit rund 42.000 Stimmen erhalte.*“³⁴⁴ Die SPÖ und FPÖ verhandelten über eine sogenannte „kleine Wahlrechtsreform“, die mit einfacher Mehrheit im Parlament beschlossen werden konnte und die Vorschläge der SPÖ enthielt, die man bereits bei den Nationalratswahlen davor entwickelt hatte. „*Die Zahl der Abgeordneten wurde von 165 auf 183 erhöht und das Bundesgebiet in 9 Wahlkreise, die mit den Bundesländern identisch waren, eingeteilt. An die Stelle der bisherigen vier Wahlkreisverbände traten zwei.*“³⁴⁵ Da das Interesse der Parteien an dieser Reform sehr groß war, wurde sie bereits am 27. November 1970 mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen.³⁴⁶

Als sehr kontroversiell erwies sich die Ausarbeitung der Bundesheerreform, die nicht nur die Gesundheit des Verteidigungsministers Freihslers kostete, sondern zu einer Verstimmung zwischen Offizierscorps und der Regierung führte. Im Programm der SPÖ war eine Verkürzung des Präsenzdienstes von neun auf sechs Monate plus 14 Tage Waffenübungen vorgesehen, die junge Generation der Partei stand dem Heer noch kritischer gegenüber und verlangte eine Abschaffung desselbigen mittels

³⁴¹ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

³⁴² Vgl. Kleine Steuerreform durch Bundesgesetz vom 16. Dezember 1970, BGBl. Nr. 370/1970.

³⁴³ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 43.

³⁴⁴ Ebenda, S. 44.

³⁴⁵ Ebenda, Wien, S. 44.

³⁴⁶ Vgl. ebenda, Wien, S. 44.

Volksabstimmung. Das Militär selbst erwartete sich von der Reform mehr Budget und notwendige Änderungen. Die Fronten, die sich allerdings hier gegenüberstanden, konnten also unterschiedlicher nicht sein.³⁴⁷ Es wurde im Mai 1970 eine Heeresreformkommission gegründet, die aus Vertretern des Offizierscorps in Form der Verbände der Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaft, der Jugendorganisationen, Frauen, Heeresexperten und Vertreter der Parteien bestand. Die SPÖ legte ihren Vorschlag zur Verkürzung des Präsenzdienstes vor, mit weiteren Vorschlägen zur Umstrukturierung des Bundesheeres in ein Ausbildungsheer, das im Ernstfall durch entsprechende gesetzliche Regelungen einsatzbereit gemacht werden sollte. Die ÖVP hingegen forderte ein Einsatzheer und einen Präsenzdienst in der, die Sicherheit des Landes gewährleistenden Länge. Verteidigungsminister Freihsler erklärte sich mit dem Regierungsprogramm solidarisch und es kam zum Bruch mit dem Corps, welches wiederum einen Untersuchungsbericht vorlegte, der bescheinigte, dass die Grundausbildung unzureichend wäre. Kreisky erklärte in der Zwischenzeit in einem Interview in den Medien, dass die Herabsetzung des Wehrdienstes unabdingbar wäre, was in der Reformkommission zu einer weiteren Verhärtung der Fronten führte.³⁴⁸ Zum absoluten Bruch kam es durch einen Erlass des Ministers, der aufgrund eines Berichtes der „Generalsrunde“, bei Verkürzung des Grundwehrdienstes die Schaffung einer 15.000 Mann starken Bereitschaftstruppe zu bilden, um den ordentlichen Wehrdienst aufrecht zu erhalten, dieser Forderung stattgegeben hatte. Die SPÖ Jugend ging auf die Barrikaden und Minister Freihsler musste sich dem Druck der Partei beugen und den Erlaß wieder rückgängig machen. Der Zwiespalt zwischen Heer und Partei ließ Freihsler schließlich so schwer erkranken, dass er zurücktreten musste.³⁴⁹ Sein Nachfolger Brigadier Lütgendorf wurde dann im Februar 1971 Gegenstand einer heftigen Parlamentsdiskussion, nachdem ihm ÖVP Obmann Withalm vorgeworfen hatte, noch vor einiger Zeit der Meinung der ÖVP nach vorheriger Reform des Heeres, gewesen zu sein. Die folgenden Diskussionen brachten dem neuen Verteidigungsminister einen Misstrauensantrag der ÖVP, der mit Hilfe der FPÖ abgewandt werden konnte. In Hinblick auf sich bereits abzeichnende Wahlen im Herbst schwenkte die ÖVP kurz ein um sich dann doch wieder auf ihre Linie zurückzuziehen.

³⁴⁷ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, München, Oldenbourg, S. 49 ff.

³⁴⁸ Vgl. ebenda, S. 51 ff.

³⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 54 ff.

Die Wehrgesetznovelle wurde von SPÖ und FPÖ am 10. Juli beschlossen. Die Einigung lautete auf sechs Monate Grundwehrdienst und 60 Tage Waffenübungen, wovon die ersten 30 innerhalb von fünf Jahren nach dem Präsenzdienst abgeleistet werden musste. Die restlichen 30 mussten bis zum 30. Lebensjahr abgedient werden. Die SPÖ war in dieser Frage zwar ihrem Programm und somit dem Wahlversprechen treu geblieben, hatte aber verabsäumt, die Chance für eine zielführende Heeresreform zu nützen.³⁵⁰

Die Reformen in den anderen Gesellschaftsbereichen wurden systematisch in Angriff genommen und gestalteten sich weniger aufreibend. Am 7. Juli 1970 wurde eine „kleine Strafrechtsnovelle“ vom Nationalrat³⁵¹ beschlossen. In ihr waren u.a. die Aufhebung der Strafe bei gleichgeschlechtlicher Liebe und Lockerung der Strafandrohung bei Ehebruch enthalten.³⁵² Auch familienrechtlich konnte das erste Kabinett Kreisky einige Versprechen verwirklichen – die rechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder wurde mit der Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes am 30. Oktober 1971 beschlossen.³⁵³

Auch die Reformen im Bereich der Sozialpolitik gestalteten sich reibungslos. Die Neuberechnung der Pensionsrichtzahl, die Erhöhung der Witwenpension und die Anrechnung von Krankheit, Mutterschutz und Arbeitslosigkeit als Ersatzzeiten wurden in der 25. Novelle zum ASVG festgeschrieben. Im Rahmen des Familienlastenausgleichs wurde die Familienbeihilfe von 20,- Schilling auf 40,- Schilling erhöht.³⁵⁴ Die Schülerfreifahrt auf öffentlichen Verkehrsmitteln wurde genauso beschlossen, wie die Förderung finanzschwacher Kinder um eine höhere Ausbildung zu erlangen mittels des Schülerbeihilfengesetzes.³⁵⁵

Im Bereich der Schule und Bildung wurde im Rahmen der 4. Schulorganisationsgesetznovelle die Eröffnung von Vorschulklassen,

³⁵⁰ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, Oldenbourg, S. 61 ff.

³⁵¹ Der Bundesrat legte hier aufgrund der Fristenlösung sein Veto ein!

³⁵² Strafrechtsänderungsgesetz 1971,

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00050/imfname_150715.pdf, 20.1.2012.

³⁵³ Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00016/imfname_150422.pdf, 20.1.2012.

³⁵⁴ Heinz Fischer (1971): Die Bundesregierung informiert. Verwirklicht und gehalten. Ein Leistungsbericht der Regierung Kreisky. S. 11. und 35.

³⁵⁵ Schülerbeihilfengesetz:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00044/imfname_101021.pdf, 20.1.2012.

Fremdsprachenunterricht bereits in der 3. und 4. Volksschule und die Einrichtung von Ganztags- und Gesamtschulen beschlossen.³⁵⁶

Die Universitätsreform begann auch konkrete Züge anzunehmen – geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen wurden am 30. Juni 1971 im Plenum des Nationalrates beschlossen³⁵⁷ und es existierte bereits ein Konzept für ein neues Universitätsorganisationsgesetz, welches als Grundlage für den zuständigen Hochschulreformausschuss im Parlament dienen sollte.³⁵⁸

Im Bereich der Hochschulpolitik erinnert sich Dr. Hilde Hawlicek, die damals im Reformausschuss zur Hochschulpolitik saß, an die Situation der Universitäten bevor mit der Reformdiskussion gestartet wurde:

„...vorher sich bei der Hochschulreform überhaupt nichts getan hat. Es gab damals den Spruch „Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren“. Es gab an den Universitäten überhaupt keine Bewegung, die damaligen Universitätsprofessoren „herrschten“ – und es gab keine Chance für Mitbestimmung. Die Professoren bestimmten praktisch aus ihrem Kreis ihre Assistenten und Nachfolger. Es entwickelte sich dadurch eine Hochschulelite, wo man als Normalsterblicher keine Chance hatte hineinzukommen. Auf der einen Seite ging es uns also um Mitbestimmung – die Demokratisierung der Universitäten war das große Projekt, auf der anderen Seite, so wie bei den Schulen, der freie Zugang zu den Hochschulen.“³⁵⁹

Und schon beginnend mit der 68er Revolution an den österreichischen Universitäten änderte sich das Klima – man begann sich mit den Wünschen von Studenten, Assistenten und Professoren auseinanderzusetzen und ließ diese auch in die parlamentarische Arbeit einfließen.

³⁵⁶ 4. Schulorganisationsgesetznovelle:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00044/imfname_101021.pdf, 20.1.2012.

³⁵⁷ Geisteswissenschaftliche und Naturwissenschaftliche Studienrichtungen:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00049/imfname_150612.pdf, 20.1.2012.

³⁵⁸ Heinz Fischer (1971): Die Bundesregierung informiert. Verwirklicht und gehalten. Ein Leistungsbericht der Regierung Kreisky. S. 43.

³⁵⁹ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

„In den Ausschüssen im Parlament, wurden die Gesetze, die einzelnen Paragraphen, diskutiert. Und das, obwohl wir eine Alleinregierung hatten. Z.B. im Wissenschaftsausschuss war ich damals mit Wissenschaftssprecher der ÖVP Dr. Heinrich Neisser im Zuge der Reform des Akademie- und Kunsthochschulorganisationsgesetz gemeinsam an den Akademien um dort mit Professoren, Assistenten und Studenten zu sprechen.“³⁶⁰

Kreisky sah im Frühjahr 1971 seine Chance gekommen – sollte die Präsidentschaftswahl am 25. April 1971 zugunsten des sozialistischen Kandidaten Franz Jonas ausfallen, wäre dies ein deutlicher Beweis für eine Stärkung seiner Regierungsarbeit. Der amtierende Bundespräsident wurde mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt und Bundeskanzler Kreisky kündigte Herbstwahlen an. Als Knackpunkt für einen Neuwahltermin sollte das Budget 1972 dienen. Die FPÖ distanzierte sich als erste von einer Zustimmung und brachte daher die Budgetverhandlungen ins Wanken. Kreisky, der mit einer Absage der ÖVP an das Budget gerechnet hatte, wurde vom neuen Obmann Karl Schleiner überrascht, als dieser sich bereit erklärte, dem Budget zuzustimmen. Die ÖVP war durch interne Wechsel so geschwächt, dass sie fürchtete durch eine Neuwahl noch mehr zu verlieren. Kreisky verschärfte durch einen taktischen Kniff die Situation indem er der ÖVP das sprichwörtliche Messer ansetzte und ihnen jegliche Forderungen an ein Budget 1972 absprach. Wie verzweifelt die innere Konsolidierung der ÖVP tatsächlich gewesen sein muss, beweist der Umstand, dass die ÖVP sich auch auf diesen Pakt eingelassen hätte. Kreisky versuchte abermals durch ein für die ÖVP unzumutbares Preisregelungsgesetz dieser den „schwarzen Peter“ für Neuwahlen in die Hände zu spielen.³⁶¹

Am 7. Juli 1971 konfrontierte die ÖVP, in einer dringlichen Anfrage, die Regierung Kreisky mit der Frage *„warum sich die Regierung außerstande sehe, ihre Aufgaben über die gesamte Legislaturperiode zu erfüllen und was den Bundeskanzler veranlaßt habe, die ÖVP zu Budgetverhandlungen einzuladen, diese aber schließlich unmotiviert*

³⁶⁰ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

³⁶¹ Vgl. Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, Oldenbourg, S. 70 ff.

abzubrechen und Neuwahlen zu provozieren.“³⁶² Er warf Kreisky parteipolitische und taktische Gründe vor. Die FPÖ schloss sich dem Auflösungsantrag der SPÖ an.³⁶³

Als Abschluss dieser Debatte gab es noch einen historischen Wortwechsel:

Stefan Koren zu Bruno Kreisky: *„Herr Bundeskanzler, in Ihrem Spiel rollt die Kugel. Ihr Stern sinkt – Rien ne va plus.“*

Bruno Pittermann antwortete: *„Mein geschätzter Kollege Koren hat mit seinem Bild Recht gehabt, die Kugel rollt. Sie rollt auf Rouge und dort wird sie bleiben.“*³⁶⁴

Wie recht Bruno Pittermann haben sollte wissen wir heute – Dr. Bruno Kreisky blieb als bisher längst dienender Bundeskanzler bis 1983 im Amt.

³⁶² Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Verlag für Geschichte u. Politik, Oldenbourg, S. 72.

³⁶³ Vgl. ebenda, S. 72.

³⁶⁴ Ebenda, S. 73.

6 Zusammenfassung

Dr. Bruno Kreisky, bis jetzt der am längsten dienende Bundeskanzler der Zweiten Republik, war sicher das Beste was der Sozialistischen Partei in ihrer Situation in den sechziger Jahren hatte passieren können.

Aus einem bürgerlich-jüdischen Umfeld kommend, stieß der Intellektuelle in der Partei anfangs eher auf Ablehnung. Ohne Hausmacht ausgestattet, musste er sich seinen Weg an die Spitze erst hart erkämpfen. In Franz Olah fand Kreisky schließlich seinen Förderer, der an ihn glaubte und Kreisky hat ihm das nie vergessen. Er hielt ihm, nach der Olah Krise, die die Partei schwer geschädigt hatte, bis zu Letzt die Treue, musste aber auch erkennen, dass Machtpolitik Grenzen haben sollte.³⁶⁵ Nach dieser Krise zog sich Kreisky, der sich durch sein bedingungsloses Einsetzen für Olah zahlreiche Feinde in der Wiener SPÖ gemacht hatte, nach Niederösterreich zurück, um dort ein neues Konzept für eine offene, moderne Partei zu erarbeiten und in der Landesorganisation auszuprobieren. Eine taktische Entscheidung, die aufgehen sollte.

Die Krisen der sechziger Jahre hatten die Partei so schwer erschüttert, dass es zu einem Umdenken der traditionellen, ideologisierenden Politik der klassischen Arbeitervertreter kommen musste. Es ist fraglich, ob es einen Vorsitzenden Bruno Kreisky ohne die Einbrüche der Nationalratswahl 1966 gegeben hätte. Die Gesellschaft rund um die Sozialistische Partei hatte sich geändert und man hatte nicht reagiert. Der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie war überholt, es bildete sich ein neuer Mittelstand und die Werte der Gesellschaft änderten sich in allen Bereichen, sei es das Bild der Frau, die Rolle der Jugend, Ehe, Sexualität und auch das Verhältnis zur Kirche. Mit dem Parteiprogramm 1958 war man schon einen Schritt in die richtige Richtung gegangen, aber epochale Veränderungen wurden in der Partei stets noch blockiert. Man verharrte gerne im ideologischen Gedankengut der Altväter. Sowohl die Krisen der 60er, die die Partei völlig unvorbereitet trafen, als auch den Verlust der Regierungsbeteiligung 1966 holte die Partei aus der Lethargie. Man musste neue Wege gehen um für die Wähler wieder attraktiv zu werden. Hier bot sich der Weg an, den Kreisky bereits in Niederösterreich mit viel Erfolg eingeschlagen hatte. Man holte den Reformen an die Parteispitze, was

³⁶⁵ Vgl. Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, St. Pölten-Salzburg. S. 151.

parteintern auf heftigen Widerstand stieß. Geprägt, auch durch seine Vergangenheit, stellte Kreisky aber das Versöhnliche und das Einende in den Mittelpunkt seiner Politik – eine Linie, die er auch in der SPÖ praktizierte. Er wusste, dass Reformen nur möglich waren, wenn die Grabenkämpfe in der Partei beseitigt waren und man an einem Strang ziehen konnte. Mit seinem „Programm für ein modernes Österreich“ reformierte er die Partei. In nur drei Jahren öffnete er sie für alle Gesellschaftsschichten und führte sie zu einem Wahlsieg mit dem niemand in diesem Ausmaß gerechnet hatte.

Kreisky war auch stets neuen Ideen gegenüber offen. Das Exil in Schweden prägte auch seinen politischen Stil nachhaltig – konnte er sich doch einiges von der schwedischen Innenpolitik anschauen, so z.B. das Thematisieren ökologischer Themen, im Humanprogramm der SPÖ, ein Themenkomplex, der bis dahin in der öffentlichen Diskussion nicht existent gewesen war. Im Exil als Journalist tätig gewesen, verstand es Kreisky auch den Kontakt zu den Medien zu forcieren – er richtete z.B. nach dem Ministerrat das sogenannte „Pressefoyer“³⁶⁶ ein, um den Redakteuren die Möglichkeit zu geben, mit den Mitgliedern der Regierung zu reden und so an die neuesten Informationen aus erster Hand zu kommen. Ein kluger Schachzug, ermöglichte es ihm dadurch auch, die Medien für sich zu nutzen.

Doch Kreisky hatte auch schwierige Seiten. Er war oft aufbrausend, duldeten keinen Widerspruch und wenn dann nur einsichtig begründeten, war misstrauisch, eine Eigenschaft, die sich im Alter noch verstärkte und zu manchem Bruch mit seinen langjährigen Wegbegleitern führen sollte. Im Zuge des Interviews bestätigte Dr. Hilde Hawlicek sein große Charisma und seine Vorbildwirkung, aber auch durch einen Witz, der zu Kreiskys Zeiten im Parlament die Runde machte, seinen autokratischen Führungsstil. Sie sieht darin allerdings auch den Erfolg der Partei.

„Er war ein sehr charismatischer Mensch, aber auch sehr respektinflößend. Es gab z.B. bei den Klubsitzungen nur sehr wenig Diskussion. Vielleicht ist folgender Witz sehr kennzeichnend für die Führungsqualitäten eines Bruno Kreisky: ‚Im Plenarsaal des Parlaments versammeln sich alle Fraktionen vor einer Sitzung. Auf den Sitzen liegen

³⁶⁶ Vgl. Vgl. Wolfgang Petritsch (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag, S. 154.

überall Reissnägel. Die ÖVPLer setzen sich und beschwerten sich. Die FPÖler beschwerten sich ebenfalls bei ihrem Obmann Peter. Die Sozialisten kommen, setzen sich, beißen die Zähne zusammen und sagen: „Der Kreisky wird schon wissen warum.“ Das charakterisiert ihn wohl am besten – man hatte vollstes Vertrauen in ihn. Andererseits war er auch zu Diskussionen bereit und fundierten Argumenten zugänglich. (...) Grundsätzlich war er aber die große Autorität. (...) Wenn er etwas gesagt hat, dann hat man das mitgeschrieben und zitiert - und so ist es in der Partei vielen gegangen – das war auch der Grund für den doch sehr lange andauernden Erfolg der Partei.“³⁶⁷

Kehrt man nun zum Ausgangspunkt der Arbeit, der Frage nach der inneren Konsolidierung der Sozialistischen Partei und der Umsetzung ihrer Regierungspolitik im Rahmen der Minderheitsregierung zurück, muss man feststellen, dass das erste Kabinett Kreisky die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Es reagierte auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung und versuchte die Politik umzusetzen, die unter Beteiligung eines breiten Gesellschaftsspektrums in den Arbeitskonferenzen vor der Wahl erarbeitet wurde.

Man versprach den Menschen ein Leben in einem modernen Wohlfahrtsstaat, der für Arm und Reich die gleichen Möglichkeiten bieten sollte und begann auch sehr rasch mit der Verwirklichung. Der soziale Wohnbau wurde forciert und ein umfassendes Bildungsangebot auch nichtprivilegierten Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht. Die Jugend, die Zukunft des Staates, wurde erstmals gehört und ernst genommen. Die sozialen Maßnahmen betrafen alle Gesellschaftsschichten und alle Altersklassen. Sieht man sich das Regierungsprogramm an, hat man das Gefühl, dass auf keinen Lebensbereich vergessen wurde.

Es war allen Beteiligten klar, dass in eineinhalb Jahren Minderheitsregierung nicht alles umgesetzt werden könnte, aber es wurde ein Anfang in allen Bereichen gemacht. Einiges wurde verwirklicht, wie z.B. die Gründung des Wissenschaftsministeriums, die

³⁶⁷ Interview mit BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, geführt am 23. November 2011, siehe Anhang.

Erhöhung der Familienbeihilfe, Auszahlung eines Startgeldes bei Eheschließung, Freifahrt für Schulkinder und freie Schulbücher...

Die Umsetzung der Politik forderte auch Kompromisse von Kreisky und seinem Team und teilweise stießen sie auch an ihre persönlichen Grenzen, wie z.B. Verteidigungsminister Freihsler, der zurücktrat. Doch es wurden auch die Wege für soziale Reformen, gesellschaftliches Umdenken und den Aufbruch in ein modernes Österreich geebnet.

7 Anhang

7.1 Interview BM a.D. Karl Blecha

Interview mit **BM a.D. Präsident Karl Blecha**,
für die Diplomarbeit
„Das erste Kabinett Kreisky – Aufbruch in eine soziale Zukunft“

Interviewtermin: Mittwoch, 14. Dezember 2011
Büro des Pensionistenverbandes Österreichs, Gentzgasse 129,
1180 Wien

Anwesende: BM a.D. Präsident Karl Blecha
Sabine Wlazny

Wlazny: Sehr geehrter Herr Bundesminister, ich wollte mich vorab herzlichst dafür bedanken, dass Sie sich für das Interview Zeit genommen haben.

Meine Arbeit beschäftigt sich mit dem 1. Kabinett Kreisky – zuerst aber möchte ich einen kurzen Einblick in den Wandel in der SPÖ geben, der mit der Wahl Kreiskys am Parteitag 1967 zum neuen Vorsitzenden begonnen hat. Auf welche Schwierigkeiten ist Kreisky in der SPÖ gestoßen, wie hat er die Parteistruktur verändert? Öffnung der Partei? Wer stand hinter Kreisky?

Blecha: *Die Übernahme wurde vorbereitet - seit der Niederlage der SPÖ 1966 hat es innerhalb der SPÖ ein großes Rumoren gegeben. Wie das nach einer schweren Niederlage immer ist, wird nach den Schuldigen gesucht. Dies gab es zu dieser Zeit in der SPÖ in großem Maße.*

Bruno Kreisky, der sich trotz des großen Gewinnes der ÖVP für eine Koalition mit der ÖVP eingesetzt hat, ist dann in die NÖ Landespartei übersiedelt um dort Vorsitzender zu werden. Ich selbst bin als einer seiner engsten Mitarbeiter ebenfalls nach NÖ und wir haben dort ein Konzept für die Modernisierung Österreichs vorbereitet. Bruno Kreisky war nur für ca. neun Monate der Landesvorsitzende und in dieser Zeit ist etwas, wenn man sich die heutigen gemächlichen Entwicklungen ansieht, Unvorstellbares gelungen: Einerseits wurden viele Weichenstellungen gemacht und andererseits führte

die sehr gute Aufnahme Kreisky'scher Ideen in NÖ dazu, dass man sich nach seiner Wahl zum Bundesparteivorsitzenden 1967, aufgrund der Testergebnisse aus NÖ auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten konnte.

Wir haben 1966 zum ersten Mal einen ganz großen Entwicklungsplan für ein, durch die lange russische Besatzung zurückgebliebenes Industrieland, den so genannten NÖ Plan, entworfen. Das war ein großartiges Raumordnungs- und Wirtschaftsentwicklungskonzept, bei dem man alle Wirtschaftstreibenden, natürlich mehrheitlich Schwarze, miteinbezogen hatte. Es sind die Industriellen aus Niederösterreich fast zur Gänze zu diesen Beratungen gekommen. Zum ersten Mal hat man alle in den Entwicklungsprozess für ein Wirtschaftsprogramm eingebunden und damit das erste Highlight – den NÖ Plan geschaffen.

Das zweite war, dass es Kreisky gelungen ist, die Künstler anzusprechen. Die Maler, Bildhauer, mit denen er schon immer engsten verbunden war – z.B. gehörte Wotruba zu seinen engsten Freunden. Man hat sich der Künstler angenommen, durch den Pilotversuch Versöhnung der Politik mit der Kunst in NÖ.

Dann, nachdem er schon Bundesparteivorsitzender geworden ist, aber vorher bereits in NÖ vorbereitet, forcierte er das Gespräch mit der Katholischen Kirche, dessen besonderes Highlight im April 1967 das St. Pöltner Gespräch war. Das durfte ich mit dem unvergesslichen Chefredakteur der Kath-Press Dr. Richard Barta, mit dem mich eine enge Freundschaft verbunden hat, vorbereiten. Wir haben uns in enormen Maß bemüht, die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und der Katholischen Kirche zu beseitigen. Barta war der engste Mitarbeiter Kardinal Königs – u.a. auch sein Redenschreiber, ich Kreiskys und deshalb ist dieses St. Pöltner Gespräch von uns organisiert worden. Kreisky hat vorher auch noch selbst mit dem Kardinal darüber gesprochen. Diese Initiative war ein voller Erfolg. Die Kirche wurde durch einen Weihbischof und durch die Präsidenten der katholischen Verbände und die SPÖ war durch Kreisky und eine Reihe niederösterreichischer Funktionäre vertreten. Die Organisatoren waren wie gesagt, Barta und ich. Und auch das war wieder ein Highlight – zum ersten Mal ist sichtbar und hörbar die Stille zwischen diesen beiden

ideologischen Zentren durchbrochen und der Weg der Verständigung beschritten worden.

Dann hat man aufgrund dieser Erfolge in Niederösterreich eine Kampagne für die Wahl von Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden organisiert. Bruno Kreisky war eher skeptisch, weil er unverblümt gemeint hat – ich mit jüdischer Herkunft werde in so einem Land keine Chance haben. Wir in seinem Freundes- und Beraterkreis haben ihn überzeugt, dass das sicher keine Rolle mehr spielt. Es wurde begonnen für Bruno Kreisky als Kandidaten zu werben, wobei hier sehr klare Fronten entstanden sind.

Die Wiener SPÖ, die mächtigste SPÖ -Landesorganisation überhaupt, hat sich gegen Kreisky, unter dem Einfluss des Otto Probst gestellt. Hier wurden sogar in den Bezirken die Leute durch schriftliche Erklärungen verpflichtet, gegen Kreisky zu stimmen. Wobei nur zwei der Wiener Delegierten, von hunderten Wiener Delegierten, diese Vereinbarung nicht unterschrieben haben und für Kreisky gestimmt haben – nämlich Felix Slavik und Hannes Androsch. Die zweite große Gruppierung gegen Kreisky war die Gewerkschaft mit Toni Benya. Ich hatte deshalb großen Einblick, weil ich, wie einige andere auch, mit Bundesländerkontakten beauftragt war und ich weiß daher, auch von meinem Reisen in die Bundesländer, dass starke Sympathien für Kreisky in erster Linie in der Steiermark vorhanden waren – unter dem Landesparteivorsitzenden Schachner-Blasicek, der sozusagen die Fahne der Kreisky-Freunde in die Hand genommen hat. Dann hat es auch in OÖ starke Pro-Kreisky Stimmung gegeben. Dort standen der Linzer Bürgermeister Koref und die ganze Landespartei hinter Kreisky. Ich hatte im Auftrag Kreiskys in erster Linie mit dem Bürgermeister Kontakt – um auszuloten, was er von der Politik, die Kreisky machen würde, aufgrund der NÖ Erfahrungen, hält. Dann gab es eine starke Stimmung in Salzburg – durch den dortigen Vorsitzenden Steinacher und schließlich auch in Kärnten. Hier war es der Landesvorsitzende Sima, der für Kreisky massiv eingetreten ist und da er Landeshauptmann war, war sein Gewicht ein sehr großes. Und so haben wir dem Parteitag entgegengestittert und waren dann sehr überrascht, dass mit einer nahezu 70% Mehrheit Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Wlazny: Kreisky kandidierte 1967 gegen Hans Czettel und wurde auch vom ÖGB Präsidenten Benya scharf angegriffen – inwieweit haben diese Ereignisse die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern belastet?

Blecha: *Überhaupt nicht, denn es war so: Hans Czettel war der große Hoffnungsträger der NÖ Partei und wurde als solcher auch von Kreisky gefördert. Er war aber immer ein der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer verbundener Mandatar und wurde als solcher auch von Karl Waldbrunner, der eine ganz besondere Rolle in der SPÖ in dieser Zeit gespielt hat, unterstützt.*

Was Bruno Kreisky dann später, als ich es nur erwähnt habe, immer geärgert hat, war die Tatsache, daß er mich auch gefördert hat. Ohne Karl Waldbrunner hätte ich keine politische Rolle in der Jugendarbeit spielen können, denn er, als Vorsitzender des BSA, hat in der Partei durchgesetzt, dass die parteieigene Mittelschülerorganisation, die wir illegal 1950 gegründet hatten – der VSM – dann legalisiert wurde. Ich bin bereits schon als Student erster VSM-Obmann geworden und dann VSSTÖ-Obmann mit dem Wohlwollen, des für diesen Bereich zuständigen Karl Waldbrunner. Dass mich Bruno Kreisky immer gefördert hat, ist klar. Ich war mit ihm seit 1952 eng verbunden, aber einmal habe ich in einem Presseinterview am Rande erwähnt, dass nicht nur Bruno Kreisky, sondern auch Karl Waldbrunner alle meine Wege geebnet hat, sonst gäbe es den VSM nicht, der meine erste politische Heimat war. Darauf hat mich Kreisky angerufen und gemeint wieso ich den Waldbrunner erwähnen muss und ich habe geantwortet: Weil es die Wahrheit ist.

Es war also Hans Czettel überredet worden am Parteitag zu kandidieren, nachdem alle anderen Angefragten abgelehnt hatten – und er war wirkliche eine Lichtgestalt, der Hans Czettel – dem das Ganze sehr unangenehm war. Vor allem gegen Kreisky kandidieren zu müssen, auch weil er schon gewusst hat, dass er gegen Kreisky nicht wirklich Chancen hat. Und genauso war es. Dieser Schachzug mit Hans Czettel ist nicht aufgegangen. Bruno Kreisky hat gewonnen. Und dann, sofort nach der Übernahme des Parteivorsitzes durch Bruno Kreisky, begann eine neue Partei zu entstehen. Eine völlig neue SPÖ! Da gab es zuerst einmal die Eisenstädter Erklärung, die festgelegt hat, dass es mit den Kommunisten keine Verbindung geben darf, was äußerst wichtig war, weil

die KPÖ 1966 für die SPÖ eine Wahlempfehlung abgegeben hat, die nicht zuletzt zur Niederlage beigetragen hatte. Damals war die Furcht vor dem Kommunismus noch nicht aus der Bevölkerung herausen und Pittermann hatte diese Wahlempfehlung nicht zurückgewiesen. Die Kommunisten haben nur in 2 Wahlkreisen – von 25 – kandidiert und in den restlichen 23 haben sie ihre Anhänger aufgefordert, die SPÖ zu wählen. Das hat Kreisky nie für richtig gefunden und hat daher die Eisenstädter Erklärung befürwortet, in der jeder mit Ausschluss bedroht wurde, der sich mit den Kommunisten einlässt. Das nächste war dann, dass man sehr offensiv, aufgrund der Testergebnisse in NÖ, die Verständigung mit der katholischen Kirche betrieben hat. Das Allerwichtigste aber war dann, die Vorbereitung eines modernen Österreichs. Kreisky hat sofort „ökonomische Versammlungen“ einberufen, wiederum aufgrund der Erfahrungen in NÖ. Alles, was mit Wirtschaft zu tun hatte wurde in den ökonomischen Konferenzen zusammengefasst. Der Organisator für diese Konferenzen war Ernst Eugen Veselsky. Als die Pläne dafür dann fix und fertig waren, wurde dafür ein Finanzierungskonzept entwickelt – auch unter Einbeziehung nicht der SPÖ angehörender Finanzexperten und unter der Führung des ganz jungen Hannes Androsch. Weiters hat man ein großes Humanprogramm erstellt, das sich auch mit Fragen der Umwelt beschäftigt hat und das zu einem Zeitpunkt, wo es noch keine Grünen gegeben hat. Kreisky und Hertha Firnberg haben schon damals dieses Thema entdeckt. Wobei man sagen muss, dass Kreisky dazu auch Anregungen aus Schweden bekommen hat. Und dann ist ein großes Justizprogramm unter Christian Broda entwickelt worden, der wiederum parteiferne und -fremde Persönlichkeiten miteinbezogen hat – Sektionschefs des Justizministeriums, die dem ÖAAB angehört haben, die Präsidenten der Notariats- und Rechtsanwaltskammer, etc... So ist praktisch auf jedem gesellschaftspolitischen Sektor ein Programm entstanden. Ich war für die Entwicklung eines Medienprogramms verantwortlich. Zum Schluss habe ich alle Experten zusammengezählt, die an den Programmen mitgearbeitet haben und das waren knapp über 1400. Es entstand somit das sogenannte „Programm der 1400 Experten für ein modernes Österreich“. Wir haben dann, als wir die Regierung übernommen haben, erklärt, dass wir jetzt das Programm der 1400 Experten verwirklichen werden. Es wird oft gelächelt und mir unterstellt, ich hätte diese Zahl erfunden, aber es waren wirklich knapp über 1400 Personen, die die Teilnehmer an den Redaktionskonferenzen dieser verschiedenen Programme teilgenommen haben.

Wlazny: Warum sind die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP gescheitert? In der Presse sah es eigentlich bis zum 20. April 1970 so aus, als ob die Koalitionsverhandlungen im Werden seien, erst am 21. April 1970 wurde das definitive Scheitern der Koalitionsverhandlungen bekannt gegeben. Zeichnete sich das hinter den Kulissen bereits ab? Die Angelobung fand ja bereits am 21. April statt, war hier bereits im Vorfeld die neue Regierungsmannschaft gebildet worden oder war es wirklich so eine Überraschungsaktion für die einzelnen Regierungsmitglieder?

Blecha: *Die Verhandlungen sind an den unmäßigen Forderungen der ÖVP gescheitert. Sie wollte einfach nicht wahrhaben, dass sie nur mehr Juniorpartner sein kann. Die Option einer Minderheitsregierung spielte bei Bruno Kreisky seit der Nacht nach dem Wahlsieg am 1. März 1970 eine große Rolle.*

Noch in der Nacht wurde der FPÖ Obmann Peter, der mit Kreisky zusammentraf, von diesem gefragt, ob er zu einer Wahlrechtsänderung wie er sie im Wahlkampf verlangt hatte, auch jetzt stehe. Denn jetzt gibt es eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform. Die ÖVP hatte 1966 mit 48% der Stimmen 85 Abgeordnete bekommen, die SPÖ 1970 mit mehr als 48% nur 81. Die FPÖ kam gar nur auf 5 Sitze.

Peter war bereit eine Wahlrechtsreform deren Ziel es war, möglichst jede Stimme gleich zu bewerten, zu unterstützen und damit zumindest am Anfang eine SPÖ Minderheitsregierung arbeiten zu lassen. Die SPÖ war durch Programme auf die Regierungsübernahme sehr gut vorbereitet. Personell waren keine gleichwertigen Vorbereitungen getroffen worden.

Wlazny: In seinem Buch Erinnerungen schreibt Kreisky, dass er den Wahlausgang 1970 als klaren Auftrag der Wähler gesehen hat, dass die Sozialisten die Regierung stellen. War Kreisky von Beginn an für eine Minderheitsregierung unter Duldung der FPÖ?

Blecha: *Der Wahlsieg war für Kreisky der klare Auftrag zur Regierungsbildung. Da die ÖVP nicht zur Kenntnis nehmen wollte, nur mehr Zweiter zu sein, war es ganz klar, dass der Versuch einer Minderheitsregierung gemacht werden muss.*

Wlazny: Bei meinen Recherchen ist mir ein einziges Mal die Erwähnung einer teilweisen Aufhebung der NR- Wahl durch den VfGH 1970 untergekommen – war diese von Bedeutung, wurde sie ausjudiziert? Wie wurde damit umgegangen?

Blecha: *Die Nationalratswahl wurde in der Tat wegen formaler Fehler in einigen Wiener Wahlkreisen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. In diesen Wahlkreisen wurde im Oktober 1970 die Wahl wiederholt. Diese Neuwahl brachte der FPÖ ein sechstes Mandat und reduzierte die ÖVP auf 78 Sitze. Die SPÖ wurde auch noch stärker, als sie es im März war.*

Wlazny: Ich habe im Kreisky Archiv recherchiert, wo es doch einige Materialien über die Koalitionsverhandlungen gab, nirgends scheint aber eine Kontaktaufnahme mit der FPÖ auf. Kam diese überraschend, oder war es bereits geplant die FPÖ ins Boot zu holen? War hier das in Aussichtstellen einer Wahlrechtsreform maßgeblich?

Blecha: *Für die Duldung einer SPÖ Minderheitsregierung durch die FPÖ war ausschließlich die Zusage einer Wahlrechtsreform maßgebend. Es gab keine Gespräche, geschweige denn Verhandlungen über eine Regierungsbeteiligung der FPÖ. Aber es gab laufend Gespräche auf parlamentarischer Ebene um gemeinsame Initiativen im Nationalrat zu setzen. So gelang es eine Fülle populärer Reformen durchzubringen und dadurch mit großer Siegeszuversicht in eine Neuwahl am 10. Oktober 1971 zu gehen. Bei dieser Neuwahl erreichte dann die SPÖ die absolute Mehrheit der Stimmen und Mandate. Anzumerken wäre noch, dass im April 1971 auch als Ergebnis dieser unglaublich erfolgreichen Reformpolitik der Kandidat der SPÖ Franz Jonas bei den Bundespräsidentenwahlen über den ÖVP Kandidaten Waldheim siegte.*

Wlazny: Hat man damit gerechnet, dass sich die Minderheitsregierung doch von April 1970 bis Oktober 1971 hält oder war es für alle Beteiligten eine Überraschung?

Blecha: *Die Dauer der Minderheitsregierung war geplant – wir waren damals alle überzeugt, dass bis zur Beschlussfassung der Wahlrechtsreform überhaupt keine*

Schwierigkeiten bestehen, dass ein Misstrauensantrag gegen diese Regierung niedergestimmt werden wird.

Wlazny: Einen Schwerpunkt meiner Arbeit bildet Hertha Firnberg, die Einrichtung eines Wissenschaftsministeriums und das Hochschulpolitische Programm 1970. Wie war das Verhältnis zwischen Kreisky und Firnberg? Warum wurde ein eigenes Wissenschaftsministerium gegründet?

Hertha Firnberg war die „grande dame“ der österreichischen Politik. Sie war die erste, die aktive Frauenpolitik formulierte, die Umwelt- und Gesundheitsfragen in den Mittelpunkt der Politik rückte und die die Überlebenschancen eines kleinen Industriestaates mit Ergebnissen der Forschung und der Wissenschaft begründete. Die Errichtung eines eigenen Wissenschaftsministeriums mit dem Schwerpunkt Forschung war daher schon in der Zeit vor dem Wahlsieg der SPÖ festgelegt worden.

7.2 Interview BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek

Interview mit **BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek**,
für die Diplomarbeit

„Das 1. Kabinett Kreisky – Aufbruch in eine soziale Zukunft“

Interviewtermin: Mittwoch, 23. November 2011
Büro des Pensionistenverbandes Österreichs, Gentzgasse 129,
1180 Wien

Anwesende: BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek
Sabine Wlazny

Wlazny: Sehr geehrte Frau Bundesminister, ich wollte mich vorab herzlichst dafür bedanken, dass Sie sich für das Interview Zeit genommen haben.

Ich habe gesehen, dass Sie ab 1971 in den Bundesrat berufen wurden. Nun würde mich interessieren, wie Sie in diese Funktion gekommen sind und auch in welchen Politikbereichen bzw. in welchen Ausschüssen Sie im Rahmen dieser Funktion tätig waren?

Hawlicek: *Nachdem ich schon mit sechzehn Jahren in den sozialistischen Jugendorganisationen mitgearbeitet habe, zuerst im VSM, Gruppe Hietzing - der damalige Obmann war der heutige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer - während meines Studiums dann im VSSTÖ und dann in der SJ tätig war, habe ich bereits mit 17 die SJ im Bundesfrauenkomitee vertreten, in das auch Hertha Firnberg delegiert war. Sie hatte zur damaligen Zeit in der Arbeiterkammer eine wissenschaftliche Funktion und hat in der wöchentlich erscheinenden Zeitung „Die Frau“ entsprechende Statistiken über Frauen am Arbeitsmarkt, im Beruf und in der Bildung veröffentlicht. Sie war Mitglied des Bundesfrauenkomitees und wurde nach Rosa Jochmann 1967 zur Vorsitzenden gewählt. Ich selbst war sogar schon unter Gabriele Proft, dann unter Rosa Jochmann und unter Hertha Firnberg in diesem Komitee. D.h. dass ich eine persönliche Verbindung zu Hertha Firnberg auch über das Bundesfrauenkomitee hatte. Ich war in Floridsdorf, wo ich nach meiner Heirat hingezogen bin, politisch aktiv. Ein Grund dafür war auch, dass die Stadträte Fritz Hofmann und Heinz Nittel – der SJ-*

Vorsitzender war - mich von meiner Jugendarbeit bereits kannten. So wurde ich auf die Nationalratsliste gesetzt und 1971 vom Landtag in den Bundesrat entsandt. Hier habe ich von Beginn an in den Ausschüssen Unterricht und Wissenschaft mitgearbeitet. 1976 wurde ich dann in den Nationalrat gewählt.

Wlazny: Meine Arbeit beschäftigt sich mit der Minderheitsregierung Kreisky – mit einem Schwerpunkt. Nur eine kurze Zwischenfrage zum Scheitern der Regierungsverhandlungen 1970? Wissen Sie hier vielleicht ein paar Hintergründe?

Hawlicek: *Meine Ansicht ist, dass Kreisky etwas Neues beginnen wollte, nach den vielen Koalitionen und der Alleinregierung Klaus, sodass wir jetzt die Chance hatten, auch in einer Alleinregierung zu beweisen, wie Sozialisten alleine Politik gestalten, aber hier würde ich Präsident Blecha dazu befragen, der in dieser Zeit sein engster Mitarbeiter war.*

Wlazny: Was war die Intention zur Gründung eines eigenen Wissenschaftsministeriums, nachdem dieses ja vorerst im Bundeskanzleramt angesiedelt war?

Hawlicek: *Bereits in der Antrittsrede Bruno Kreiskys betonte er, dass wir einen Schwerpunkt auf Wissenschaft und Forschung setzen wollen. Dies wurde bisher vernachlässigt. Die Wissenschaft befand sich im Unterrichtsministerium, unter Minister Piffl-Perčević. Hier hat man sich aber vor allem auf die Schulpolitik konzentriert. Kunstpolitik sehr wenig – das ist auch erst im Laufe der Zeit entstanden. Hier hat man nun geteilt, die Wissenschaft – Forschung und die „tote Kunst“, das waren die Museen und die Bibliotheken, kamen zu Firnberg. Auf der anderen Seite hat Fred Sinowatz die gesamten Schulen bekommen und die lebende Kunst – also u.a. die Subventionen an die Künstler, die Festspiele und die Bundestheater, also die zeitgenössische Kunst – wir haben damals in „tote und lebende Kunst“ unterschieden. Sehr förderlich für die Zusammenarbeit war hier auch, dass sich Fred Sinowatz und Hertha Firnberg bestens verstanden haben. Sie haben wunderbar kooperiert. Die beiden gingen regelmäßig gemeinsam zu den Regierungssitzungen zum Ballhausplatz hinüber. Sie haben sich im Ministerium, da sie die Büros quasi Tür an Tür hatten, noch abgesprochen und haben*

sich hier wunderbar verstanden. Oft bestand ja Konkurrenz zwischen den Ministerien – hier überhaupt nicht.

Wlazny: Zur Hochschulreform – mir ist aufgefallen, dass die ÖVP bereits 1968 mit Hochschulreformgedanken begonnen hat...

Hawlicek: *Ja, weil vorher sich bei der Hochschulreform überhaupt nichts getan hat. Es gab damals den Spruch „Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren“. Es gab an den Universitäten überhaupt keine Bewegung, die damaligen Universitätsprofessoren „herrschten“ – und es gab keine Chance für Mitbestimmung. Die Professoren bestimmten praktisch aus ihrem Kreis ihre Assistenten und Nachfolger. Es entwickelte sich dadurch eine Hochschulelite, wo man als Normalsterblicher keine Chance hatte hineinzukommen. Auf der einen Seite ging es uns also um Mitbestimmung – die Demokratisierung der Universitäten war das große Projekt, auf der anderen Seite, so wie bei den Schulen, der freie Zugang zu den Hochschulen.*

Wlazny: Die Schulpolitik begünstigte damals ja auch den Zugang zu den Universitäten, indem bereits in der Schule die einkommensschwachen Schichten stärker gefördert wurden?

Hawlicek: *Das ist richtig, z.B. durch das Stipendienwesen und es gab damals schon für die Schulen eine Kampagne der SPÖ „Mehr Arbeiterkinder an höhere Schulen“. Das war die Voraussetzung um studieren zu können. Hier erinnere ich mich, dass ich, vor allem in Wien, aber durch das ganze Land gefahren bin und Referate gehalten habe. Auch in den Parteiinformationsschriften wurde diese Kampagne „Mehr Arbeiterkinder an höherer Schulen“ sehr beworben. Und zu dieser Zeit waren an den Hochschulen ja nur ein Viertel weibliche Studenten und an den AHS ein Drittel. Außerdem gab es nur 6% Arbeiter- und Bauernkinder an den höheren Schulen. Was wir Sozialisten wollten: Mehr Mädchen, mehr Arbeiter- und mehr Bauernkinder zu einer höheren Ausbildung hinzuführen. Mit den Arbeiter- und Bauernkindern ist es uns nur in geringem Ausmaß gelungen, diese an die Hochschulen zu bringen, aber die Mädchen haben in der Tat von dieser Kampagne meisten profitiert. Denn heute studieren nicht nur mehr Mädchen als Burschen, es schließen auch mehr ab. Früher haben zwar viele Mädchen studiert, aber weniger abgeschlossen. Da gab es – u.a. auch unter den Professoren das Vorurteil,*

dass die Mädchen in erster Linie an die Hochschule gehen, um dort einen Doktor als Ehemann zu finden. Aber jetzt sind die Abschlüsse der Mädchen mehr - das hat sich zu einer wirklichen Erfolgsstory entwickelt. Hier hat Hertha Firnberg durch ihr Auftreten und vor allem, dass sie eine hochgebildete Frau war, Ansehen überall, auch außerhalb der Partei hatte, maßgeblich als Vorbild für junge Frauen beigetragen.

Wlazny: Sie kam aus der Arbeiterkammer?

Hawlicek: *Ja, sie kam aus der Arbeiterkammer – sie hat dort die statistische Abteilung geleitet. Und sie war selbst bei den Universitätsprofessoren hoch angesehen – sie zollten ihr Respekt und Anerkennung und wurden oft bei ihr im Ministerium vorstellig. Firnberg hat dadurch, allein durch ihr Beispiel als weibliche Ministerin und gebildete Frauenpolitikerin, sehr vielen Frauen und Mädchen Mut gemacht, in die Wissenschaft zu gehen. Sie war auch die erste Ministerin in einer sozialistischen Regierung und vor allem, bis dahin, in einem absolut männerdominierten Ressort. Sie war damals auch noch nicht Frauenvorsitzende in der SPÖ. Später war es Tradition, dass jede Vorsitzende Ministerin wurde. Sie war aber zuerst Ministerin – auch das ist eine Besonderheit an Hertha Firnberg. Was hier auch interessant ist – Kreisky war in seiner Regierungsmannschaft sehr autoritär, aber sie war eine der wenigen, die auch ihm Paroli geboten hat. Ich sehe hier auch den Grund, warum zwischen Kreisky und Firnberg so eine Art intellektueller Zweikampf herrschte und sie nicht alles, was Kreisky verlangte zu 100% umgesetzt hat. Sie hat oft ihre eigenen Ideen eingebracht und umgesetzt. Man kann sagen, dass die drei, die in der Regierung am meisten an der Reformpolitik beteiligt waren, Firnberg, Sinowatz und Broda waren. Die drei haben sich bestens verstanden, auch Hertha Firnberg, die ja dann mit den SP-Frauen die Strafrechts- und Familienrechtsreform mit Broda erarbeitet hat. Diese gesellschaftspolitischen Reformen im Bereich Bildung, Hochschule und Rechts waren ein wesentlicher Bestandteil der Regierung Kreisky.*

Wlazny: Im Zuge meiner Recherchen wurde Hertha Firnberg auch im Rahmen der Frauenpolitik als maßgebliche Wegbereiterin erwähnt. Vor ihr war unter anderem auch Rosa Jochmann, eine weitere Frau mit Geschichte, Frauenvorsitzende der SPÖ-Frauen. War Rosa Jochmann nicht die Bedeutendere in Bezug auf die Frauenpolitik?

Hawlicek: *Nein, das sehe ich nicht so, wobei das sicher jeder anders sieht, aber Hertha Firnberg hat alleine durch ihr Beispiel die Frauenpolitik auf eine ganz andere Ebene gebracht. Jochmann war durch ihre KZ-Vergangenheit und ihr Engagement als Kämpferin für die Opfer des Nationalsozialismus sehr geachtet. Firnberg hat vor allem auch, nachdem sie in der Arbeiterkammer tätig war und immer Artikel für die Zeitschrift „Welt der Frau“, von den Benachteiligungen der Frauen am Arbeitsplatz, in der Bildung, im Einkommen, das ja bis heute um 25% weniger als das der Männer beträgt, geschrieben hat, eine ganz andere Sichtweise auf die Stellung der Frau in der Gesellschaft gehabt. Sie forcierte daher stets die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen. Sie hat das auch immer sachlich, obwohl sie kritisch war, vor allem in der Zusammenarbeit mit den Männern – Broda und Kreisky – diskutiert. Und das ist der Gegensatz zu Johanna Dohnal, die als Emanze, laut und übertrieben und immer gegen die Männer den Kampf der Frauen geführt hat. Meiner Meinung nach, aber damit bin ich wahrscheinlich alleine, hat Firnberg mehr für die Frauen erreicht, als Johanna Dohnal. Zusammenarbeit schafft immer produktivere Ergebnisse. Das Verhältnis der beiden Politikerinnen war zeitlebens auch immer ein gespaltenes, da Hertha Firnberg Johanna Dohnals Stil nicht sehr geschätzt hat. Hertha Firnberg glänzte stets mit Eleganz und Stil, wohingegen Johanna Dohnal sich mehr als das Arbeiterkind aus dem Gemeindebau darstellte. Firnberg galt als die „grande dame“ – das wurde auch in den Medien über sie geschrieben. Sie hatte hier ihren eigenen Stil, was durchaus legitim ist, aber sie hat immer für die Sache der Frauen gearbeitet – ich würde nicht sagen gekämpft, sondern mit Argumenten „gearbeitet.“ Gerade beim §144 der Strafrechtsreform hat sie, gemeinsam mit Broda, Kreisky überzeugt, dass wir damit in den Wahlkampf gehen. Kreisky war skeptisch und fürchtete, dass wir mit diesem Thema, wegen des katholischen Landes Österreich, verlieren. Aber er ließ sich überzeugen, er war ein Grundsatzpolitiker und kein Populist. Sie hat hier sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet und war maßgeblich beteiligt. Vielleicht noch ein kurzer Abriss über die parlamentarische Arbeit – die von Firnberg und Broda sehr ernst genommen wurde. In den Ausschüssen im Parlament, wurden die Gesetze, die einzelnen Paragraphen, diskutiert. Und das, obwohl wir eine Alleinregierung hatten. Z.B. im Wissenschaftsausschuss war ich damals mit Wissenschaftssprecher der ÖVP Dr. Heinrich Neisser im Zuge der Reform des Akademie- und Kunsthochschulorganisationsgesetz gemeinsam an den Akademien um dort mit*

Professoren, Assistenten und Studenten zu sprechen. Hertha Firnberg hatte auch im Ministerium bestqualifizierte Mitarbeiter – obwohl sie das Ministerium mit Beamten vom Unterrichtsministerium neu schaffen musste. Ein Beispiel dafür ist ihr Kabinettschef und späterer Sektionschef Dr. Wolf Frühauf, der all die Jahre einer ihrer engsten und besten Mitarbeiter war. Auch die andere Beamtenschaft – die Sektionschefs im Ministerium und natürlich auch die Museumsdirektoren, wie z.B. der Kunsthistoriker Fillitz, der das Kunsthistorische Museum leitete, in der Nationalbibliothek Direktor Marthe, der übrigens der ÖVP nahe stand – standen hinter ihr. Damals hatten die Museen noch nicht so viel Geld zur Verfügung wie heute, aber sie hat z.B. die elektrische Beleuchtung in den staatlichen Museen installieren lassen. Im Kunsthistorischen Museum war es z.B. im Winter ab 16 Uhr finster – das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen.

Durch den seriösen Beamtenapparat und auch speziell durch Dr. Frühauf – so einen Mitarbeiter konnte sich jede Ministerin und jeder Minister nur wünschen, er hat für die Sitzungen immer alles parat gehabt, Minister Firnberg vorgelegt und Tag und Nacht für die Sache gearbeitet – konnte Hertha Firnberg effizient ihre Ideen verwirklichen.

Wlazny: Ministerin Firnberg hat ja aus den schwarzen Ministerien die ganzen Beamten übernommen – stieß sie da auf Schwierigkeiten?

Hawlicek: *Die gesamte Regierung musste damals mit den Ministerialbeamten arbeiten, die da waren und die meisten waren der ÖVP nahe stehend. Andererseits waren sie natürlich auch froh, wenn eine Ministerin sich engagiert und Reformen macht. Die Beamten, die an ihrer Arbeit interessiert waren, haben das auch gefördert.*

Wlazny: D.h. sie ist auf keine Widerstände gestoßen?

Hawlicek: *Nein, sie wurde auch von den Beamten hundertprozentig akzeptiert.*

Wlazny: Noch eine allgemeine Frage zur Minderheitsregierung. War es eine Überraschung, dass sich die Minderheitsregierung von April 1970 bis Oktober 1971, gehalten hat?

Hawlicek: *Ja, da kann man wirklich sagen, dass es ein Experiment war und viele nicht wussten, wie es wirklich ausgeht.*

Wlazny: Zum Schluss auch ein Vergleich mit heute – Sie sind ja noch in den Wissenschaftsgremien aktiv tätig. Wenn Sie sich die Reformen anschauen, die in den 70er Jahren passiert sind und mit heute vergleichen, kann man dann sagen, dass die Universität einen Rückschritt macht?

Hawlicek: *Ja es ist wirklich leider so, dass in der Zeit der schwarz-blau-orangen Regierung hier Rückschritte zu verzeichnen waren. Dass die Drittelparität, die ja damals die Errungenschaft bei der Mitbestimmung war, dass die durchlöchert bzw. teilweise sogar abgeschafft wurde. Nicht nur was die Mitsprache betrifft, sondern dass die Existenz bei den Assistenten durch Zeitverträge gefährdet ist. Es ist jetzt ein völlig anderes Klima an den Hochschulen und man versucht jetzt, unter dem Titel „Autonomie“, die Eigenständigkeit der Universitäten zu betonen. Man muss auch sagen, dass es in den 60er Jahren viele Professoren gegeben hat, die noch mit der NS Zeit sympathisiert haben. In der Zeit Hertha Firnberg ist man diesen gegenüber schon entsprechend aufgetreten und hat darauf geschaut, diese abzusetzen. Ein Beispiel dafür ist der Fall Borodajkewycz, der durch das Zutun vom späteren Finanzminister Ferdinand Lacina aufgedeckt wurde, der in dessen Vorlesung antisemitische Äußerungen mitprotokollierte. Grundsätzlich ließ man damals den Unis sehr viel Autonomie von Seiten der Politik, eben mit der Ausnahme, dass man geschaut hat, dass Nazi-Professoren von der Uni verwiesen werden.*

Wlazny: Kann man sagen, dass die Studentenproteste von 1968 das Klima für eine sozialistische Regierung begünstigt haben?

Hawlicek: *Ja, haargenau. Bei uns haben die Studentenproteste der Reform der Universitäten den Weg bereitet. Es war früher eine Kaste unter sich, gut dass das aufgebrochen wurde. Mitbestimmung und Demokratisierung wurden durch die 68er ins Rollen gebracht.*

Wlazny: Ich habe mir das Hochschulpolitische Programm der SPÖ aus 1969 durchgesehen. Was mir aufgefallen ist, ist dass das Bildungskonzept der 1970er schön

langsam aber sicher Stück für Stück wieder rückgängig gemacht wurde? Empfinden Sie das auch so?

Hawlicek (blättert das Hochschulprogramm durch): *Ja genau, man muss sich hier auch vor Augen halten, dass in der damaligen Zeit bei jeder Regierungserklärung oder allen Parteitage die Bildungspolitik – sowohl Schule, als auch Hochschule - bei Kreisky eine zentrale Stellung eingenommen hat. Eben wie hier (zitiert aus der Broschüre) „Die Universitätsreform als Teil der sozialistischen Gesellschaftspolitik“... „Autonomie und Demokratisierung“ – heutzutage ist nur mehr die Autonomie geblieben und die lässt den Universitätsprofessoren oft sehr große, demokratisch schwierige Gestaltungsmöglichkeiten. Wenn man jetzt diskutiert, wobei hier sind die meistens sowieso dagegen, dass jede Uni selbst Studiengebühren einführen kann, ist das mehr als bedenklich. Der Zenit der Hochschulpolitik der Zweiten Republik war, rückblickend gesehen, eindeutig unter Hertha Firnberg, die sich für die Sache engagiert hat. Ebenso wie die Schulpolitik unter Sinowatz, auf die seine Nachfolger, so auch ich, aufbauen konnten. Ich habe das auch immer betont.*

Vor den Wahlen 1970 hat man all diese Programme erarbeitet – unter dem Titel „Das Programm der 1400 Experten“. Hertha Firnberg war hier für das Humanprogramm „Im Mittelpunkt der Mensch“ zuständig und Fred Sinowatz für das Bildungsprogramm. Es wurde daraufhin gearbeitet, dass man, als man an die Regierung kam, gleich ein fertiges Programm parat hatte. Eugen Veselsky z.B. war für das Wirtschaftsprogramm zuständig. Hier sieht man übrigens auch, dass Hertha Firnberg thematisch zuerst ein ganz anderes Programm erarbeitet hat und erst danach das Wissenschaftsministerium übernommen hat.

Wlazny: Hier möchte ich einhaken – ist bekannt, nach welchen Kriterien Hertha Firnberg bestellt wurde?

Hawlicek: *Ich nehme an, in erster Linie wollte Kreisky Firnberg aufgrund ihrer Kompetenz in der Regierung haben und natürlich auch weil sie eine Frau war. Sie hätte z.B. auch, wenn man nach ihrem Programmschwerpunkt geht, das Sozialministerium übernehmen können, aber man hat ihr, anhand ihrer Fähigkeiten die Führung des Wissenschaftsministeriums zugetraut. Hier kommt aber auch Staribacher ins Spiel und*

seine Nähe zu den Gewerkschaften. Denn Sozialminister war immer ein Gewerkschafter – das ist die Tradition bei den Sozialisten. Firnberg war, nicht zuletzt aufgrund ihrer statistischen Tätigkeiten in der Arbeiterkammer auch immer eine Frau der Wissenschaft. Es kam ihr auch zugute, dass sie selbst Akademikerin war, sonst hätte sie es in den oft sehr elitären Zirkeln der Hochschulprofessoren sicher schwerer gehabt. Sie begegnete ihnen auf Augenhöhe und hatte dadurch einen besseren Zugang. Soweit ich mich erinnern kann, war auch nie ein Nichtakademiker Wissenschaftsminister.

Wlazny: Noch eine abschließende Frage– wie haben Sie so einen charismatischen Menschen wie Bruno Kreisky in der Zusammenarbeit und als Mensch erlebt?

Hawlicek: *Natürlich hatten wir alle ihm gegenüber wahnsinnigen Respekt, aber ich erinnere mich, dass er sehr oft im Parlament und wenn man einander gesehen hat, freundliche Worte an mich gerichtet hat. Er war ein sehr charismatischer Mensch, aber auch sehr respekteinflößend. Es gab z.B. bei den Klubsitzungen nur sehr wenig Diskussion. Vielleicht ist folgender Witz sehr kennzeichnend für die Führungsqualitäten eines Bruno Kreisky: „Im Plenarsaal des Parlaments versammeln sich alle Fraktionen vor einer Sitzung. Auf den Sitzen liegen überall Reismägel. Die ÖVPler setzen sich und beschweren sich. Die FPÖler beschweren sich ebenfalls bei ihrem Obmann Peter. Die Sozialisten kommen, setzen sich, beissen die Zähne zusammen und sagen: „Der Kreisky wird schon wissen warum.““ Das charakterisiert ihn wohl am besten – man hatte vollstes Vertrauen in ihn. Andererseits war er auch zu Diskussionen bereit und fundierten Argumenten zugänglich. Der Paragraph §144 war sowohl für Firnberg als auch Broda so ein großes Anliegen, da war er zuerst skeptisch, hat sich dann aber doch überzeugen lassen. Grundsätzlich war er aber die große Autorität. Ich bin immer bewundernd an seinen Lippen geblieben. Wenn er etwas gesagt hat, dann hat man das mitgeschrieben und zitiert - und so ist es in der Partei vielen gegangen – das war auch der Grund für den doch sehr lange andauernden Erfolg der Partei. Natürlich trifft das auch auf Hertha Firnberg zu – auch sie war z.B. auch bei den Abgeordneten der anderen Parteien sehr anerkannt und die Arbeit im Ausschuss war mit ihr ein Erlebnis.*

Wlazny: Kann man davon ausgehen, dass die Zusammenarbeit früher im Parlament eine angenehmere war?

Hawlicek: *Auf jeden Fall. Hier kann man auch erwähnen, dass Broda, dessen Sitzungen oft stundenlang dauerten, damit angefangen hat, dass Kaffee, Tee und Gebäck serviert wurden und wenn sie über einen ganzen Tag gingen sogar Würstl, auch um das Klima zu verbessern. Hertha Firnberg hat das dann auch übernommen. Beide haben das übrigens aus der eigenen Tasche bezahlt und die Ausschussmitglieder eingeladen. Das hat selbstverständlich zur guten Stimmung beigetragen und auch bewirkt, dass alle bis zum Schluss bei den Sitzungen geblieben sind.*

Was auch für mich damals neu war, war dass ich bereits auch als Bundesrätin zu den Fraktionsbesprechungen ins Ministerium eingeladen wurde. Das gibt es heute auch nicht mehr. Es wurden hier wirklich alle herangezogen. Wenn man die Strafrechtsreform hernimmt, man hat sich hier in den Entscheidungsprozess sehr eingebunden gefühlt. Es ist im Ausschuss alles sehr detailliert besprochen worden. Jeder Paragraph, jede Formulierung.

Wlazny: Das heißt Sie haben das Programm an den Hochschulen vorgestellt?

Hawlicek: *Umgekehrt, wir haben gefragt, was für ihre Arbeit notwendig wäre. Weil die Anforderungen zwischen Hochschulen und Kunsthochschulen sehr verschieden waren und wir wollten alles berücksichtigen. Heutzutage wird ja alles nur apportiert. Die Regierung macht eine Vorlage, gibt es in den Ausschuss, es wird zwei Stunden diskutiert und aus. Meine Gesetze habe ich im Ausschuss auch immer ausführlichst besprochen und die parlamentarische Arbeit war damals eine interessantere Arbeit und wichtiger.*

Wlazny: Sehr geehrte Frau Bundesminister, ich danke Ihnen für das Gespräch.

8 Literaturverzeichnis

Bauer, Otto (1926): Das Linzer Programm. In: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.) (2001): ROT. Die österreichische Sozialdemokratie. Politik. Geschichte. Kultur. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende. CD-ROM. Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien. Unterpunkt Organisation, Utopie Klassenlose Gesellschaft. Parteiprogramme.

Bruckmüller, Ernst [Hrsg.] (2001): Parlamentarismus in Österreich. öbv & hpt Verlagsgesellschaft mbH. & Co KG.

Bundesministerium für Inneres (1970): Die Nationalratswahl vom 1. März 1970. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

Burstein, Pessach /Grajek, Stefan (1970): Brief der World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims. Anfrage betreffend die NS-Vergangenheit der Regierungsmitglieder. Tel-Aviv.

Bußjäger Peter/ Larch, Daniela (2005): Grundlagen und Entwicklungen der bundesstaatlichen Instrumente in Österreich. FÖDOK 21.

Bundesministerium für Inneres (1970): Die Nationalratswahlen vom 1. März 1970. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt. Kommissionsverlag der Österreichischen Staatsdruckerei.

Dachs, Herbert [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz.

Ein Team. Werbebroschüre. (1970): Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen. Kreisky – Archiv.

Fischer, Heinz (1993): Die Kreisky Jahre 1967 – 1983. Sozialistische Bibliothek, Band 5. Löcker Verlag.

Fischer, Heinz (1971): Die Bundesregierung informiert. Verwirklicht und gehalten. Ein Leistungsbericht der Regierung Kreisky. Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG.

Gerlich, Peter (2001): Das Parlament in der Zweiten Republik. In: Bruckmüller, Ernst (Hrsg.) (2001): Parlamentarismus in Österreich. öbv & hpt Verlagsgesellschaft mbH. & Co KG, S. 169 – 178.

Gläser, Jochen /Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrument rekonstruierender Untersuchungen. VS Verlag.

Kelsen, Hans (1929): Vom Wesen und Wert der Demokratie. Mohr.

Kleine Steuerreform durch Bundesgesetz vom 16. Dezember 1970, BGBl. Nr. 370/1970.

Klenner, Fritz/ Pellar Brigitte (1999): Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Kramer, Helmut (2006): Strukturentwicklung der Außenpolitik (1945 – 2005). In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. S. 807 - 837.

Kreisky, Bruno: Regierungserklärung I im Nationalrat am 27. April 1970. In: Kreisky – Reden. Band 2. Österreichische Staatsdruckerei.

Kriechbaumer, Robert (1981): Österreichs Innenpolitik 1970 – 1975. Oldenbourg Verlag für Geschichte u. Politik.

Lendvai, Paul/ Ritschel, Karl Heinz (1972): Kreisky. Portrait eines Staatsmannes. Paul Zsolnay Verlag.

Maderthaner, Wolfgang / Müller, Wolfgang C. [Hrsg.] (1996): Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889 -1995. Sozialistische Bibliothek, Löcker Verlag.

Marschall, Stefan (2005): Parlamentarismus. Eine Einführung. Studienkurs Politikwissenschaft. Nomos.

Müller, Wolfgang (1996): Die Organisation der SPÖ, 1945 – 1995. In: Wolfgang Maderthaner/ Wolfgang C. Müller [Hrsg.]: Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889 -1995. Sozialistische Bibliothek, Löcker Verlag. S. 195 – 357.

Müller, Wolfgang C. (2006): Regierung und Kabinettsystem. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz.

Mussi, Ingo im Auftrag von Bruno Kreisky (1970): Brief an die World Federation of Jewish Fighters, Camp Inmates and Nazi Victims. Tel-Aviv.

Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf [Hrsg.], (2004): Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2, N - Z: Theorien, Methoden, Begriffe. Beck.

Ohne Verfasser (ca.1969/ 70): Regierungsprogramm – grundsätzliche Überlegungen. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen. Kreisky - Archiv.

Ohne Verfasser, wahrscheinlich Bruno Kreisky (1970): Beschreibung der Kandidaten. Box II.3 (1970/71) Regierungserklärungen. Kreisky - Archiv.

Parlamentsdirektion Wien (2006): Das Österreichische Parlament. Parlamentarismus. Gebäude. Geschichte. Druckerei Bauer.

Pesendorfer, Harald (1996): Bruno Kreisky – Transformation der SPÖ? Bruno Kreisky wird Parteiohmann. Diplomarbeit, Universität Wien.

Petritsch, Wolfgang (2011): Bruno Kreisky. Die Biographie. Residenz Verlag.

Plasil, Tina (k.A.): Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich. Die Nationalratswahlen 1970 und 1971. Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971. Österreichische Mediathek.

Rathkolb, Oliver [Hrsg.] (2007): Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitiklers. Styria.

Rathkolb, Oliver (2011): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Haymon.

Schachinger, Marlene (2009): Hertha Firnberg. Eine Biographie. Mandelbaum Verlag.

Schefbeck, Günther (2006): Das Parlament. In: Herbert Dachs [Hrsg.] (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz, S. 139 - 167.

Schmid, Gerhard (1996): Die Ära Kreisky: (1970 - 1983). Ihre Auswirkungen auf das politische System Österreichs. Dissertation, Universität Wien.

Spectator (1971): Mann auf Draht. Österreichische Portraits. Bruno Kreisky. Elbemühl Ges.m.b.H. Buch-, Kunst- und Musikalienverlag.

Ucakar, Karl/ Gschiegl, Stefan (2010): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas.

Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hg.) (2001): ROT. Die österreichische Sozialdemokratie. Politik. Geschichte. Kultur. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende. CD-ROM. Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Wahlergebnisse 1919 – 2001 (2001): In: Ernst Bruckmüller [Hrsg.] (2001): Parlamentarismus in Österreich. öbv & hpt Verlagsgesellschaft mbH. & Co KG, S. 186 – 208.

Wimmer, Hannes (2000): Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Böhlau.

9 Internetquellen

Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/NR/>, Zugriff am 28.12.2011.

Abschaffung der Studiengebühren durch den Nationalrat:

http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2008/PK0771/, Zugriff am 28.12.2011.

Ausschüsse des Nationalrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/NR/ANR/index.shtml>, Zugriff am 28.12.2011.

B.M.I: Nationalratswahl vom 1. März 1970:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx, Zugriff am 19.1.2012.

Bußjäger Peter/ Larch, Daniela (2005): Grundlagen und Entwicklungen der bundesstaatlichen Instrumente in Österreich. FÖDOK 21.

<http://www.foederalismus.at/contentit25/uploads/129.pdf>, Zugriff am 2.1.2012.

Bundesministeriengesetz-Novelle 2009:

http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2009_I_3/BGBLA_2009_I_3.html, Zugriff am 3.1.2012.

Bundes-Verfassungsgesetz, Art. 1, Demokratisches Prinzip:

<http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR12015119/NOR12015119.pdf>
Zugriff am 14.12.2011.

Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG):

<http://www.bka.gv.at/site/4780/Default.aspx>, Zugriff am 01.01.2012.

dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Franz Olah:

<http://www.dasrotewien.at/olah-franz.html>, Zugriff am 13.1.2012.

dasrotewien.at. Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Christian Broda.

<http://www.dasrotewien.at/broda-christian.html>, Zugriff am 20.1.2012.

Das Bundesratspräsidium:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/BR/>, Zugriff am 28.12.2011.

Das Gleichbehandlungsgesetz:

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20003395>, Zugriff am 17.1.2012.

Demokratiezentrum: „Ein echter Österreicher“:

<http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/oesterreich.html?index=10&dimension=>, Zugriff am 19.1.2012.

Die drei Musketiere:

<http://www.zeit.de/2011/04/A-SI-Dreigestirn/seite-1>, Zugriff am 5.1.2012.

Die „Habsburgergesetze“:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=19190004&seite=00000513>,
Zugriff am 10.1.2012.

Die Informationsrechte des Parlaments haben sich mit dem Vertrag von Lissabon und durch das neue EU-Informationsgesetz auch auf die europäische Ebene ausgedehnt:

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20007573>, Zugriff am 3.1.2012.

Die Mitglieder des Bundesrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/MBR/index.shtml>,
Zugriff am 2.1.2012.

Mitglieder des Bundesrates ohne Fraktionszugehörigkeit:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/BR/>, Zugriff am 2.1.2012.

Die Präsidialkonferenz:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/NR/PRAESNR/index.shtml>,

Zugriff am 28.12.2011.

Das Präsidium des Nationalrats:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/NR/>, Zugriff am 28.12.2011.

Die Aufgaben des Parlaments:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/PARL/WAS/AUFGABEN/index.shtml>,

Zugriff am 28.12.2011.

Die Präsidialkonferenz:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/NR/PRAESNR/index.shtml>,

Zugriff am 28.12.2011.

Geisteswissenschaftliche und Naturwissenschaftliche Studienrichtungen:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00049/imfname_150612.pdf, Zugriff am 20.1.2012.

Journal-Panorama. 40 Jahre Ära Kreisky: Die denkwürdige Wahl am 1. März

1970. ORF. Ö1, 01.03.2010. Transkript: http://www.androsch.com/media/news/10-03-01_OE1-JP_40-Jahre-Aera-Kreisky.pdf, Zugriff am 19.1.2012.

Mitglieder des Bundesrates ohne Fraktionszugehörigkeit:

<http://www.parlinkom.gv.at/WWER/BR/>, Zugriff am 2.1.2012.

Nationalrat X. GP. - 59. Sitzung - 25. November 1964

http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ_00059/imfname_154281.pdf, Zugriff am 13.1.2012.

Nationalratswahl vom 6. März 1966:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1966.aspx, Zugriff am 13.1.2012.

Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00016/imfname_150422.pdf, Zugriff am 20.1.2012.

Parlament aktiv:

<http://www.parlament.gv.at/PAKT/>, Zugriff am 3.1.2012

Parlamentarische Klubs:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/PK/PK/index.shtml>, Zugriff am 2.1.2012.

Plasil, Tina (k.A.): Klare Verhältnisse für ein modernes Österreich. Die Nationalratswahlen 1970 und 1971. Die Radio-Berichterstattung des ORF über Wahlkampf und Wahltag bei den Nationalratswahlen 1970 und 1971. Österreichische Mediathek. Wien. <http://www.mediathek.at/downloadplatform/file/source/1159121>, Zugriff am 19.1.2012.

Plenarsitzungen des Bundesrates:

<http://www.parlinkom.gv.at/PERK/NRBRBV/BR/PLBR/index.shtml>,
Zugriff am 2.1.2012.

Pressedienst- Parlamentskorrespondenz:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2012/PK0001/index.shtml, Zugriff am 3.1.2012.

Reich, Hans Jakob (2009): Als Vorarlberg zur Schweiz wollte. Der Alvier. Geschichte.

http://www2.comanitas.com/uploads/media/alvier_vlbg_1.pdf, Zugriff am 13.1.2012

Republik Österreich. Parlament:

<http://www.parlament.gv.at/index.shtml>, Zugriff am 3.1.2012

Schülerbeihilfengesetz:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00044/imfname_101021.pdf, Zugriff am 20.1.2012.

4. Schulorganisationsgesetznovelle:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00044/imfname_101021.pdf, Zugriff am 20.1.2012.

Steiermark übernahm mit 1. Jänner Vorsitz im Bundesrat:

<http://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/420BR-Vorsitz.shtml>, Zugriff am 2.1.2012.

Strafrechtsänderungsgesetz 1971:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XII/NRSITZ/NRSITZ_00050/imfname_150715.pdf, Zugriff am 20.1.2012.

Stenographisches Protokoll der 125. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich vom 4. März 1933:

<http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0006&page=3756&size=45>, Zugriff am 28.12.2011.

Untersuchungsausschüsse:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, Zugriff am 3.1.2012.

Untersuchungsausschuss „Bau des Konferenzzentrum“:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, Zugriff am 3.1.2012.

Untersuchungsausschuss „Eurofighter“:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, Zugriff am 3.1.2012.

Untersuchungsausschuss „Lucona“:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, Zugriff am 3.1.2012.

Untersuchungsausschuss „Spionageaffäre“:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/UNTERS/>, Zugriff am 3.1.2012.

Volltextsuche Parlament nach „Fußach“:

=true&s.sm.query=Fu%C3%9Fach&s.sm.type=simpleall&s.ac.language=de&s.ac.hitsPerPage=10&s.ac.offset=20&s.ac.linkHits=true&s.ac.sortBy=default&s.ac.sortOrder=&s.ac.spellchecking=suggest&s.ac.synonyms=true&s.ac.lemmatization=true&s.ac.filterTerms=&s.sm.tid=7e67817f7cfe448188575fb5d2c3ff4e&s.si%28navigation%29.navigationEnabled=true&s.si%28navigation%29.unsupervisedClustersLevel=0&s.si%28navigation%29.breadcrumbs=&s.si%28similarity%29.similarType=&s.si%28similarity%29.documentVector=&#messagesAnchor, Zugriff am 13.1.2012.

Vorarlberg Chronik:

<http://www.vol.at/tools/chronik/viewpage.aspx?viewtype=artikel&id=146&left=artikel>,
Zugriff am 13.1.2012.

10 Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung und Politik des ersten Kabinetts Dr. Bruno Kreisky, des am längsten im Amt befindlichen Bundeskanzlers der Zweiten Republik. Sie gibt neben einem kurzen biographischen Einblick in das Leben des charismatischen Politikers Bruno Kreisky, einen Überblick über die Situation der SPÖ in den sechziger Jahren. Bereits krisengeschüttelt durch eine ideologische Zerrissenheit zwischen dem Verharren in alten Traditionen und dem notwendigen Aufbruch zur modernen Partei, erschütterten noch die Habsburg Affäre, die Olah Krise und die unglückliche Schiffstaufe von Fußach, die sozialistische Partei so nachhaltig, dass sie nach dem Wahlsieg der ÖVP 1966, den Gang in die Opposition antrat. Die Wahl Bruno Kreiskys zum Vorsitzenden brachte 1967 die Wende für die SPÖ. Mit dem „*Programm der 1400 Experten für ein modernes Österreich*“ öffnete dieser die Partei für alle Gesellschaftsschichten und auch Andersdenkende und lud sie ein, an einem Programm für ein modernes und fortschrittliches Österreich mitzuarbeiten, das die Zeichen der Zeit erkannte und der Bevölkerung ein politisches Gesamtpaket für alle Lebensbereiche bieten sollte. Die Wahlen 1970 bescherten Kreisky und seinem Team den gewünschten Erfolg – die SPÖ erlangte die relative Stimmenmehrheit. Mit Unterstützung der FPÖ in Sachfragen, gelang es Bruno Kreisky eine Minderheitsregierung zu installieren, die sich 562 Tage im Amt halten sollte und die das „*Programm für ein modernes Österreich*“ auf den Weg brachte. In der vorliegenden Arbeit wird auch das Kabinett Kreisky I näher vorgestellt – mit einem Schwerpunkt auf der ersten sozialistischen Ministerin DDr. Hertha Firnberg und auch mit einem kritischen Blick auf die NS-Vergangenheit einiger Regierungsmitglieder, die aber von Kreisky, der selbst Opfer des NS-Regimes gewesen ist, stets verharmlost wurde. Einen Schwerpunkt bildet die Erläuterung des Regierungsprogramms und der Regierungserklärung vom 27. April 1970. Zum Abschluss richtet sich der Focus noch auf die Umsetzung des Regierungsprogrammes 1970 mit einem kurzen Blick auf die Hochschulpolitik der ersten Wissenschaftsministerin.

In die Arbeit fließen neben Rechercheergebnissen aus dem Kreisky Archiv auch die Erkenntnisse aus zwei Experteninterviews mit Zeitzeugen der Ära Kreisky ein: BM a. D. Karl Blecha, ein enger Weggefährte Bruno Kreiskys seit 1952 und BM a.D. Dr. Hilde Hawlicek, die als ehemalige Unterrichtsministerin das Bildungsprogramm der SPÖ mitprägte und DDr. Hertha Firnberg gut kannte.

11 Lebenslauf

Name: Sabine Verena Wlazny

Geburtsdatum: 27. 08. 1970

Geburtsort: Wien

Ausbildung:

Seit 2005: Studium der Politikwissenschaft, Universität Wien

2002 - 2003: Ausbildung zur Lohnverrechnerin, WIFI Wien, Abschluss mit Diplom.

1994 - 1997: Studium der Betriebswirtschaft, WU- Wien

1988 – 1994: Studium der Rechtswissenschaften, Universität Wien

1980 – 1988: AHS – neusprachlicher Zweig, Wien 18., Haizingergasse 34

1976 – 1980: Volksschule Wien 18., Cottagegasse 32

beruflicher Werdegang:

seit 02.2004: Pensionistenverband Österreichs, Gentzgasse 129, 1180 Wien
(Organisationsassistentin und Sekretariat Generalsekretär,
Lohnverrechnung, Personaladministration)

10.2002 – 12.2003: T-Systems GesmbH, Modecenterstraße 14, 1030 Wien
(Personaladministration und Lohnverrechnung)

01.1998 – 10.2002: DISPOS Computersysteme GmbH und DISPOS Network und
Powersolution GmbH, Ketzergasse 208A, 1230 Wien,
(Organisation des gesamten Backofficebereichs der GL und der
Buchhaltung, Lohnverrechnung, Personaladministration)

09.1997 – 10.2002: freie Mitarbeit im ORF – Redaktion „Willkommen Österreich“

1995 – 09.1997: Anzeigenabteilung der Zeitung „Die Presse“

außeruniversitäres Engagement:

1988 - 1995: freiberufliches Engagement bei der österreichischen Hochschülerschaft
(VSSTÖ, MaturantInnen Beratung in Wiens Schulen)